



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die doppelte Herausforderung von Demokratie
und Ökologie

Perspektiven für eine sozial-ökologische Transformation

verfasst von / submitted by
Christopher Stefan Beil, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt / degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Beil, Christopher

(Nachname, Vorname)

30.05.2020

(Datum)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Beil Ch', written over a horizontal line.

(Unterschrift)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Problemstellung	7
1.2 Forschungsvorhaben und Forschungsfragen	10
2 Kontextualisierung	11
2.1 Die Vielfachkrise	12
2.2 Die Debatte um die sozial-ökologische Transformation	15
2.2.1 Ein Überblick über die Transformationsdebatte	15
2.2.2 Politisch-Strategische vs. kritisch-analytische Perspektive auf Transformation	18
2.2.3 Demokratietheoretische Leerstelle in der Transformationsdebatte	21
3 Methodisches Vorgehen	22
3.1 Warum Theorien?	23
3.2 Auswahl der Literatur	24
3.3 Analysekategorien	25
3.3.1 Demokratie	26
3.3.2 Staat	27
3.3.3 Gesellschaft-Natur-Verhältnis	27
3.3.4 Transformation	28
3.5 Aufbau der Arbeit	29
4 Die simulative Demokratie (Ingolfur Blühdorn)	30
4.1 Theoretische Grundannahmen - Modernisierungstheorie	31
4.2 Der „Formwandel“ der Demokratie – ein postdemokratisches Paradox	32
4.3 „New Politics 2.0“ oder „Democracy to go“	35
4.4 Zwischenfazit Blühdorns Demokratiebegriff	37
4.5 Die Rolle des Staates in der simulativen Demokratie	39
4.6 Zwischenfazit: Das Staatsverständnis bei Blühdorn	41
4.7 Demokratie und die Nicht-Nachhaltigkeit	41
4.8 Gesellschaft-Natur-Verhältnisse bei Blühdorn	43
5 The Green State (Robyn Eckersley)	44
5.1 Theoretische Grundannahmen	45
5.2 Die Krise des liberal-demokratischen Staates	46
5.3 Von der liberalen zur ökologischen Demokratie	48
5.4 Zwischenfazit: Eckersleys deliberativ-ökologische Demokratie	52
5.5 The Green Democratic State	53
5.6 The Green Democratic Transnational State	55
5.7. Zwischenfazit: Eckersleys Staatsverständnis	58

5.8 A Strong Ecological Modernization: Ökologie und Ökonomie.....	60
5.9 Gesellschaft-Natur-Verhältnisse bei Eckersley.....	63
6 Eine kritische Theorie der sozial-ökologischen Krise	64
6.1 Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie	64
6.2 Politische Ökologie	65
6.3 Das Konzept Gesellschaftliche Naturverhältnisse	66
6.4 Der Staat als soziales Verhältnis.....	69
6.5 Materialistische Demokratietheorie	71
6.5.1 Die soziale Materialität: Liberale Demokratie und Kapitalismus	72
6.5.2 Die biophysische Materialität: Liberale Demokratie und Fossilismus	74
6.6 Die Politische Ökonomie der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse	76
6.7 Zwischenfazit	78
7 Die Bearbeitung der doppelten Herausforderung.....	79
7.1 Krise und Zukunft der (liberalen) Demokratie?	80
7.2 Der Staat in der doppelten Herausforderung.....	83
7.3 Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse.....	85
7.4 Gesellschaftlicher Wandel – Aber wie?	88
7.5 Mehr sozial-ökologische Transformation wagen?.....	92
8 Resümee.....	96
9 Bibliographie.....	99
10 Anhang.....	115

1. Einleitung

Der menscheitsgeschichtliche Prozess der Aufklärung hat seinen Höhepunkt in einer heillos hungernden, von Seuchen geplagten, in Kriege und Völkermorde verwickelten Menschheit und in der Möglichkeit ihrer kriegerischen wie ökologischen Selbstzerstörung erreicht. (Steinert 2007: 7)

Hätte ich die Überlegungen meiner Masterarbeit im Laufe des Jahres 2020 begonnen, wäre wahrscheinlich die Corona-Krise, ihre Auswirkungen und Folgen im Zentrum der Arbeit gestanden, zumindest aber hätte die Corona-Krise einen deutlich größeren Einfluss auf die Arbeit gehabt.

Zum Zeitpunkt der Einreichung der Masterarbeit, ist noch nicht absehbar wie lange und wie tiefgreifend das Corona-Virus das gesellschaftliche Zusammenleben, aber auch Politik, Wirtschaft, Kultur, das Bildungs- und nicht zuletzt natürlich auch das Gesundheitssystem beeinflussen und verändern wird. Eine kritische Aufarbeitung und Debatte über die Ursachen und Folgen der Corona-Krise hat gerade erst begonnen und es ist offen, wann wieder zur Normalität zurückgekehrt werden kann...

Aber was heißt „Normalität“? „Normalität“ bedeutet, dass 1% der Menschen 45% des Vermögens der Welt besitzen¹. „Normalität“ bedeutet, dass jedes Jahr tausende Menschen auf der Flucht vor Krieg und Hunger sterben, weil reiche Länder im globalen Norden ihre Grenzen geschlossen haben und eine sichere und legale Einreise dieser Menschen verunmöglichen.² „Normalität“ bedeutet, dass die meisten Frauen weltweit Erfahrungen mit sexueller Belästigung oder gar Gewalt gemacht haben.³ „Normalität“ bedeutet auch, dass die Ausbeutung und Zerstörung der Natur durch den Menschen ein noch nie da gewesenes Ausmaß angenommen hat (Auf diesen letzten Punkt werde ich unten noch näher eingehen). Diese Beschreibung der „Normalität“ ließe sich noch lange fortsetzen. Doch ersichtlich wird, dass ein Zurück zur „Normalität“ vielleicht gar nicht so wünschenswert sein sollte.

Die Corona-Krise eröffnet insofern auch die Möglichkeit über gesellschaftliche Verhältnisse nachzudenken und darüber in den Diskurs zu treten, z.B. welche gesellschaftlichen Gruppen auf welche Weise von Krisen betroffen sind und grundsätzlich wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen, was gut funktioniert und was weniger gut.

¹ Eine groteske Zahl in diesem Zusammenhang: „Die kleine Gruppe der Milliardär*innen dieser Welt – 2.153 Personen – verfügt zusammen über die sagenhafte Summe von 8.700.000.000.000 (8,7 Billionen) US-Dollar“ (Oxfam 2020: 3)

² Allein 2016 ertranken im Mittelmeer über 5.000 Menschen (UNO Flüchtlingshilfe 2020)

³ Laut einer Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte von 2014 wurden 55% der Frauen in der EU sexuell belästigt, jede Zehnte hat seit ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlebt. (Nier 2017)

Bis vor kurzem schien es unvorstellbar, dass es weltweit zu so weitgehenden Ausgangsbeschränkungen kommt, dass praktisch niemand mehr in ein Flugzeug steigt (Müller 2020), und dass Automobilkonzerne statt Autos Atemschutzmasken produzieren (Sackmann 2020). Aber es wäre nun falsch zu sagen, das Corona-Virus wäre „von außen“ in und über die Gesellschaft gekommen. Ein Beispiel: Mehr als zwei Drittel aller epidemien-auslösender Erreger (z.B. Zika, Vogelgrippe, Ebola) stammen von Wildtieren aus den tropischen Regenwäldern. Und genau diese Wälder werden immer weiter abgeholzt, was bedeutet, dass diese Tiere ihrem natürlichen Lebensraum zunehmend verlustig werden und der Kontakt mit Menschen unweigerlich erhöht wird. Weitere ähnliche Beispiele lassen sich finden (Hartmann 2020). Das berühmte Zitat in der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer und Adorno könnte da durchaus in den Sinn kommen: „Jeder Versuch den Naturzwang zu brechen, damit Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein.“ (Horkheimer/Adorno 1987: 35) Klar wird, dass Corona eben nicht über uns hereingebrochen ist. Vielmehr braucht es Einsicht darüber, dass Corona „dieselbe strukturelle Ursache [hat] wie die ökologische und soziale Krise, zu der der Klimawandel, die Naturzerstörung wie die maroden Gesundheitssysteme gehören. Sie ist in der kapitalistischen Produktion und Ausbeutung der Natur zu suchen, in der imperialen Lebensweise der reichen Länder des Nordens, in der neoliberalen Ideologie. (Hartmann 2020) Die Corona-Krise darf also nicht getrennt von, sondern in Verbindung mit anderen Krisenmomenten betrachtet werden, als eine umfassende sozial-ökologische, multiple Krise. Auch wenn die Corona-Krise selbst nicht das Thema der folgenden Arbeit ist, die multiple Krise und die Frage nach einer sozial-ökologischen Transformation zur Lösung dieser Krise sind es durchaus.

Ich befasse mich mit dieser multiplen Krise entlang der Frage wie zwei ihrer Momente, die ökologische Krise einerseits und die Demokratiekrise andererseits in ihrem Zusammenhang gelöst werden könnten. Ich nenne dies im Folgenden die „doppelte Herausforderung von Ökologie und Demokratie“. Eine normative Folgerung der These dieser Herausforderung ist in meinen Augen dabei, dass die multiple Krise nur durch eine umfassende emanzipatorische sozial-ökologische Transformation nachhaltig (aber nicht in der derzeit dominanten Auffassung des Begriffs Nachhaltigkeit als Verbindung von Umweltschutz und ökonomischen Wachstums) gelöst werden kann. Wie ein gutes Leben für alle ermöglicht werden kann, hängt in meinen Augen auch an der Frage wie wir die doppelte Herausforderung lösen können. Einen Beitrag zur Debatte über eine solidarische Lebensweise zu leisten, auch das ist ein Anliegen dieser Arbeit.

1.1 Problemstellung

Im Jahr 2020 erscheint die ökologische Krise vielen als eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme. Derzeit sind die Auswirkungen in verschiedenen Regionen der Welt sehr unterschiedlich und der steigende Meeresspiegel, schmelzende Gletscher, das Absterben der Korallen-Riffe und eine steigende Zahl von Unwetter-Katastrophen sind dabei lediglich populäre Beispiele, der verhungerte Eisbär auf der immer kleiner werdenden Eisscholle nur *ein* trauriges Symbol. Die Langzeitfolgen dieser Krise sind, trotz zahlloser Prognosen, noch unabsehbar und unkalkulierbar. Klar ist aber, dass das ökologische System als Ganzes zu kollabieren droht, wenn nicht zeitnah umfassende Maßnahmen gesetzt werden. Große Fragen in diesem Zusammenhang sind: Was sind die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklungen? Oder: Wie können diese Entwicklungen rückgängig, gestoppt oder zumindest abgefedert werden?

Über diese Fragen diskutieren und streiten Politiker*innen⁴, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Akteure aller Couleur, von NGOs über wirtschaftliche Unternehmen bis hin zu Menschen, die direkt oder indirekt von den Auswirkungen betroffen sind.

Gerade auch die jungen Generationen tragen ihren Unmut und Protest auf die Straße und fordern insbesondere die politischen Entscheidungsträger*innen zu schnellem und entschlossenem Handeln auf.

Druck entsteht außerdem nicht zuletzt auch durch die zeitliche Dringlichkeit (Gleichwohl dieser Druck nicht von allen im nötigen Maße wahrgenommen wird). Die ökologische Krise müsste in wenigen Jahrzehnten ‚in den Griff‘ bekommen werden, damit die Folgen noch in einem möglichst erträglichen Maße ausfallen. Und deutlich wird auch, dass die Lösung der Krise nicht nur, wie einige noch glauben wollen, „eine Sache für Profis“ (vgl. Freybott 2019) ist.

Gibt es in der internationalen Politik zwar selbst unter Staats- und Regierungschef*innen noch keine Einigung darüber, dass die ökologische Krise durch die Menschen verursacht wird, sieht es in der Wissenschaft immerhin dahingehend schon deutlich besser aus. Auch wenn manche der sogenannten ‚Klimawandelleugner*innen‘ es (noch) nicht wahrhaben wollen, aber kein*e seriöse*r Wissenschaftler*in behauptet heute noch, der Mensch hätte keinerlei Mitschuld am Klimawandel und der ökologischen Krise insgesamt. Und wirft man nur einen kurzen Blick auf die von Steffen et al. berechneten Grafiken zum eklatanten Anstieg am Ressourcenverbrauch, am Verkehrsaufkommen, am Ausstoß von Kohlenstoffdioxid, an der Abholzung der Regenwälder usw. insbesondere ab den 1950er Jahren, kommt man nicht umhin einzusehen, dass der Mensch die Umwelt spätestens seit der Industrialisierung grundlegend beeinflusst und verändert hat (vgl. Steffen et al. 2015). Und so wundert es auch nicht, dass sogar ein

⁴ Ich gendere in der Arbeit mit dem Gender-Sternchen. Direkte Zitate lasse ich unverändert, weise aber mit einem „[sic!]“ an entsprechender Stelle darauf hin.

neues Erdzeitalter nach dem Menschen benannt werden soll, das Anthropozän (vgl. Subramanian 2019).

Wenig Einigkeit herrscht stattdessen bei der Frage wie diese Krise konkret gelöst werden soll. In der wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdebatte gibt es seit einigen Jahren eine rege Diskussion um den Begriff der Großen oder sozial-ökologischen Transformation. Der Begriff der Transformation deutet umfassende Änderung auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, global) an und ist außerdem nicht auf bestimmte Zeithorizonte (kurz- mittel-, langfristig) begrenzt (vgl. Brand 2016a). Transformation kann dabei als fundamentale Veränderung verstanden werden „that questions and challenges values and routine practices (...) and changes prior perspectives employed to rationalise decisions and pathways“ (Nalau/Handmer 2015: 351). 2011 veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen sein Gutachten „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) und das United Nations Department of Economic and Social Affairs publizierte seinen Bericht „The Great Green Technological Transformation“ (DESA 2011). Mehrere Forschungsprogramme (vgl. JPI Climate 2011; Hackmann/St. Clair 2012; UNESCO et al. 2013) und viele weitere wissenschaftliche Beiträge folgten (Überblicke in O'Brien 2012; Brie 2014; Nalau/Handmer 2015; Brand/Wissen 2017b).

Die meisten Beiträge in der wissenschaftlichen Debatte um eine notwendige Transformation zeichnen oft sehr realitätsnahe und angemessene Problemdiagnosen. So wird die Notwendigkeit einer Reduktion des Ausstoßes von CO₂ und anderen Treibhausgasen anerkannt, ebenso der dringend nötige Schutz von Umwelt, Biodiversität usw.

Allerdings lassen sich auch Leerstellen und Kritikpunkte an diesen Beiträgen formulieren. Die mit der ökologischen Krise in Zusammenhang stehenden sozialen Fragen oder auch Aspekte von Macht- und Herrschaftsverhältnissen werden oft ausgeblendet oder werden nur unzureichend berücksichtigt und reflektiert, der scheinbare Zwang des Wirtschaftswachstums bleibt ebenso unhinterfragt wie die destruktiven Auswirkungen des Kapitalismus auf die Umwelt. Dies kann auch als eine „neue kritischen Orthodoxie“ bezeichnet werden (Brand 2016b; Brand/Wissen 2017a: 31ff.).

Ebenso bleiben in der Debatte Fragen nach Zusammenhängen von Demokratie und Ökologie unterbelichtet. Dabei stellen Demokratie und Ökologie eine, wie ich sie nenne, „doppelte Herausforderung“ für eine gelingende sozial-ökologische Transformation dar. Denn die Selbstverständlichkeit einer demokratischen Gesellschaft scheint in vielen Ländern zunehmend brüchig zu werden. In vielen Ländern Europas, aber auch darüber hinaus, scheint auch die (liberale) Demokratie in einer Krise zu stecken. So sinkt das Vertrauen in die etablierten Volksparteien in mehreren europäischen Ländern. Schon Anfang der 2000er-Jahren machte Colin Crouch den Begriff der „Postdemokratie“ (2004) populär. Er argumentierte, dass die Demokratie ihren Zenit überschritten hätte und lediglich der Schein

von Partizipation und demokratischen Verfahren aufrechterhalten werde. Die breite Bevölkerung würde jedoch tatsächlich nur noch wenig bestimmen und Politik wäre vor allem die Interessensdurchsetzung einiger weniger. Chantal Mouffe sieht auch die Konsensorientierung der liberalen Demokratie, also die mangelnde gesellschaftliche Auseinandersetzung (Mouffe 2008, 2014), als Ursache dieser Demokratiekrise an. Wendy Brown argumentiert, dass insbesondere der Neoliberalismus die Demokratie immer weiter untergrabe (Brown 2015b). Profiteure dieser Demokratiekrise sind derzeit vor allem autoritäre rechts-außen Parteien. Deren Erfolge lassen sich in den letzten Jahren weltweit feststellen (Schaffar 2019). Mit Marx kann auch von einem neuen Bonapartismus gesprochen werden (Beck/Stützle 2018). Aber auch dieser Entwicklung wohnt kein Automatismus inne. Immer wieder haben sich weltweit Menschen kollektiv für mehr Demokratie eingesetzt, sei es im Kontext der Antiglobalisierungsbewegung, im Zuge der Arabellion oder bei den Occupy-Wall-Street-Protessen. Wie Alex Demirović betont, kann vom einem linearen Erosionsprozess der Demokratie nicht die Rede sein, vielmehr lassen sich Zyklen der Demokratieentwicklung erkennen (Demirović 2013: 200).

Demokratische und ökologische Aspekte zusammenzudenken ist in Hinblick auf die sozial-ökologische Transformation in meinen Augen jedoch unerlässlich. Denn eine Demokratisierung, im Sinne der Ausweitung von sozialen und politischen Rechten, kann grundsätzlich zunächst sowohl die Naturzerstörung fördern als auch mehr Umweltschutz befördern (Wissen 2016: 48). Einerseits gingen historisch die Durchsetzung demokratischer Rechte für breite Gesellschaftsteile in den industrialisierenden Ländern im globalen Norden einher mit der Durchsetzung einer ressourcenintensiven Lebensweise, die gerade in Ländern des globalen Südens massive Naturzerstörung verursachte (Brand/Wissen 2017a: 69ff.; Karathanassis 2015: 42ff.). Andererseits kann aber auch soziale Gleichheit mit mehr Umweltschutz einhergehen, denn soziale Ungleichheit verstärkt die Statuskonkurrenz befördert einen „Consumerism“ (Wilkinson/Pickett 2010: 221ff.), was wiederum zu mehr Ressourcenverbrauch führt. „Wenn aber Demokratisierung (...) sowohl die Destruktivität als auch die Reflexivität der gesellschaftlichen Naturverhältnisse steigern kann, dann stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen das Eine bzw. das Andere der Fall ist.“ (Wissen 2016: 48).

Es geht in diesem Sinne also ebenso um eine demokratische sozial-ökologische Transformation wie um eine sozial-ökologische Transformation der Demokratie. Diese Transformation muss einerseits so gestaltet sein, dass die ökologische Destruktivität moderner Gesellschaften überwunden wird, andererseits aber auch so, dass diese Transformation nicht auf Kosten bestimmter Teile der Gesellschaft bzw. ganzer Teile der Erde von statten geht. Demokratie und Ökologie müssen also zusammengedacht und in Verbindung zueinander konzeptualisiert werden. Dazu möchte ich mit der vorliegenden Arbeit einen Beitrag leisten.

1.2 Forschungsvorhaben und Forschungsfragen

Ich möchte in meiner Masterarbeit nach den Zusammenhängen von Demokratie und Ökologie fragen. Politikwissenschaftlicher Kontext ist dabei einerseits die Diskussion der ökologischen Krise und der Demokratiekrise sowie die Debatte um die sozial-ökologische Transformation. Da die Verbindung von demokratischen und ökologischen Fragen in der Transformationsdebatte eher nur am Rande eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 2.2.3), werde ich zunächst die Werke zweier Autor*innen analysieren, die sich explizit mit dieser Thematik beschäftigen, auch wenn sie sich dabei selbst nicht direkt auf die Transformationsdebatte beziehen. Dennoch erachte ich diese Analyse als wertvoll, da trotzdem mögliche Schlüsse für die Debatte um die Transformation gezogen werden können.

Der theoretische Einsatzpunkt der beiden Autor*innen, ist vor allem ein demokratietheoretischer. Jedoch haben sie je verschiedene Perspektiven darauf, was Demokratie bedeutet und wie Demokratie gestaltet werden soll. Dementsprechend wird auch dem Thema der Ökologie und der ökologischen Krise je unterschiedlich begegnet:

Robyn Eckersley fragt nach Möglichkeiten und Notwendigkeiten für einen demokratischen *Green State*, (Eckersley 2004) der auch ökologischen Fragen auf globaler Ebene adäquat begegnen kann. Demokratietheoretisch bezieht sie sich dabei v.a. auf Jürgen Habermas und seinem Ansatz der Deliberation. Ingolfur Blühdorn bezeichnet die derzeitige moderne Ausprägung der Demokratie als *simulative Demokratie* und konstatiert eine Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit.

Bei der Analyse gehe ich anhand von zentralen Analysekategorien vor, um die Werke besser vergleichen zu können (Ich werde diese Analysekategorien weiter unten noch genauer ausführen).

Die beiden Ansätze möchte ich anschließend mit einer, u.a. durch die materialistische Staatstheorie und Politische Ökologie inspirierte, kritische Gesellschaftstheorie ins Gespräch bringen. Auch bei der Darstellung dieser Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie orientiere ich mich an den Analysekategorien.

Mein Ziel ist es nicht, die Ansätze von Blühdorn und Eckersley mit ‚meiner Theorie‘ zu erschlagen. Vielmehr möchte ich gerade durch die Unterschiedlichkeit der Ansätze Schlaglichter auf die Frage nach Zusammenhängen von Demokratie und Ökologie werfen, um daraus mögliche Schlüsse für die Fragen und Erfordernisse einer sozial-ökologischen Transformation ableiten zu können.

Meine forschungsleitende Frage lautet also:

Wie konzeptualisieren unterschiedliche sozialwissenschaftliche Ansätze die „doppelte Herausforderung“ von Demokratie und Ökologie?

Als Unterfragen dazu lassen sich folgende Fragen formulieren:

- a) Welche Auffassung von Demokratie, Staat, Gesellschaft-Natur-Verhältnissen und gesellschaftlichem Wandel liegen den Ansätzen jeweils zugrunde?
- b) Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ansätzen lassen sich konstatieren?
- c) Was lässt sich daraus für die Herausforderung einer sozial-ökologischen Transformation folgern?

2 Kontextualisierung

Der Kontext, in den ich meine Masterarbeit einbette, ist zugleich historisch-politisch und wissenschaftlich.

Einerseits geht es dabei um aktuelle Krisenerscheinungen, die als geschichtliche bzw. politische Ereignisse betrachtet werden können. Gleichzeitig sind Krisen niemals objektiv-reale Tatsachen, sondern unterliegen immer einer Definitions- und Deutungsmacht. Wann also von einer Krise gesprochen wird oder was jeweils als krisenhaft definiert wird, wird erst durch gesellschaftliche Verhältnisse und Kämpfe festgelegt (vgl. u.a. Bader et al. 2011; Meyer et al. 2013; Schaal 2016).

Dies hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die wissenschaftlichen Analysen und Forschungen zu Krisen. Wissenschaft funktioniert und arbeitet schließlich nicht unabhängig oder losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen. Auch in der Wissenschaft finden Deutungskämpfe statt. Dies gilt auch in Bezug auf die Krisendimensionen, die für die vorliegende Masterarbeit im Fokus stehen, die ökologische Krise und die Demokratiekrise. Im Folgenden möchte ich daher kurz die Diskussion über die multiple Krise bzw. die Vielfachkrise aufgreifen, um den Zusammenhang von demokratischer und ökologischer Krise zu beleuchten. In Kapitel 2.2 werde ich dann einen Überblick über die wissenschaftliche Debatte zur sozial-ökologischen Transformation geben, die in enger Verzahnung zur ökologischen Krise steht. Diese Debatte hat, so werde ich zeigen, demokratiepolitische Leerstellen. Mit meiner Masterarbeit möchte ich dazu beitragen, diese Leerstellen zu füllen.

2.1 Die Vielfachkrise

In der kritischen Sozialwissenschaft wurde im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 der Begriff der multiplen Krise oder Vielfachkrise (Demirović et al. 2011) entwickelt. Dieser soll die Verschränkungen und Dynamiken der ökonomischen Krise mit weiteren Krisenaspekten in Zusammenhang bringen. Neben der ökonomischen Krise werden u.a. die Energiekrise, die Ernährungskrise, die Migrationskrise, die Krise der Geschlechterverhältnisse in den Fokus gerückt (Brand 2009; Demirović et al. 2011; Atzmüller et al. 2013). In dieser Perspektive sind Krisen elementarer Bestandteil des Kapitalismus. Sie „sind Resultate der mit diesem verbundenen Herrschaftsverhältnisse, Kräfteverhältnisse und Konflikte und haben darin ihren inneren Zusammenhang.“ (Bader et al. 2011: 12) Allgemein kann zwischen kleineren, konjunkturellen und großen, strukturellen Krisen unterschieden werden. Ob die multiple Krise lediglich eine konjunkturelle oder eine strukturelle Krise ist, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Die internationale Ökonomie verzeichnet zwar seit 2008 wieder Wachstumszahlen (Statista 2019a) und Prognosen aus den kapitalistischen Zentren für die nächsten Jahre scheinen auf einen ersten Blick zu bestätigen, dass die Krise überwunden ist (Statista 2019b, 2019c), doch dass die multiple Krise deshalb noch lange nicht gelöst ist, möchte ich anhand der beiden Krisenmomente deutlich machen, die auch zentral für die vorliegende Arbeit sind: Die ökologische Krise und die Krise der Demokratie.

Dass wir derzeit mit einer ökologischen Krise konfrontiert sind, wird niemand absprechen und dass diese Krise menschenverursacht ist, ist ebenfalls weitestgehend Konsens. Auf politischer Ebene wurde sie in den letzten Jahrzehnten regelmäßig in den Fokus gerückt. Die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Juni 1992 in Rio stellte dabei einen Meilenstein bei der Politisierung und Bearbeitung der Umweltprobleme dar. Die Konventionen zu Klima und biologischer Vielfalt sollten einen globalen Rahmen dafür schaffen, die „Doppelkrise“ von Umwelt und Entwicklung zu lösen (Brand/Wissen 2017a: 22). Ein zweiter Meilenstein war zweifellos die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls 1997. Doch schon wenige Jahre später schien die ökologische Krise angesichts der aufkommenden Antiglobalisierungsbewegung zu einem Nebenwiderspruch kapitalistischer Globalisierung zu werden (Görg 2003b). Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 verstärkte zunächst diese Tendenz, da nun in erster Linie Wachstum, Produktion und auch Arbeitsplätze geschützt wurden und nicht die Umwelt. Erst das Scheitern der COP 2009 in Kopenhagen und das Reaktorunglück von Fukushima schufen ein ‚window of opportunity‘ zur Re-Politisierung ökologischer Fragen.

Seit etwa zwei Jahren ist die ökologische Krise (nicht zuletzt dank der internationalen jungen Bewegung „FridaysforFuture“) jedoch so präsent wie nie in der tagtäglichen Berichterstattung

und auf der politischen Tagesordnung.⁵ Neben dem Klimawandel, werden auch die Themen Biodiversität, Verschmutzung der Ozeane, Abholzung des Regenwaldes, Desertifikation, das Schmelzen der Polarkappen und Gletscher, sowie häufiger auftretende Unwetterkatastrophen im Kontext der ökologischen Krise behandelt.

Dominant in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion zur adäquaten Krisenbearbeitungen erscheinen dabei Positionen der ökologischen Modernisierung (Krüger 2015). Durch marktbasierter Steuerungsinstrumente wie dem Emissionshandel und durch staatlich gesteuerte Anreize zu mehr ‚grünen Investitionen‘ von Unternehmen soll der Umstieg auf neue Technologien wie erneuerbare Energiequellen oder auf E-Mobilität vorangetrieben werden (Altenburg/Assmann 2017; kritisch: Brunnengräber/Dietz 2011). Ökologische Nachhaltigkeit kann und soll nach dieser Auffassung Hand in Hand mit ökonomischem Wachstum gehen, quasi einem grünen Wachstum. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen spricht gar von einem neuen Wachstumsmotor (UNEP 2011b). Deutlich wird auch, dass die ökologische Krise in dieser Perspektive v.a. als Energiekrise bearbeitet wird und dass diese Bearbeitung durch einen Steuerungsoptimismus gekennzeichnet ist. Die Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes bei gleichbleibenden und gar steigendem ökonomischen Wachstum ist das erklärte Ziel.

Kritiker*innen dieser „Grünen Ökonomie“ (Unmüßig et al. 2015) oder auch „Grünen Kapitalismus“ (Rest 2011) argumentieren stattdessen, dass diese Form der Bearbeitung die Krise statt zu lösen, vielmehr noch verschärfen werden. Denn zum einen werden die krisenverursachenden kapitalistischen Formen der Aneignung und Zerstörung nicht grundlegend in Frage gestellt (Brunnengräber 2009; Karathanassis 2015), ebenso bleiben politische und ökonomische Machtverhältnisse unberücksichtigt (Unmüßig 2018). Wir hätten es daher vielmehr mit einer Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse zu tun (Brand/Wissen 2011b), anstatt der Lösung der ökologischen Krise, die dadurch in Raum und Zeit ausgelagert wird (vgl. auch Kapitel 6.6)

Dies kulminiert nun mit einem zweiten Moment der multiplen Krise, nämlich die Krise der (liberal-repräsentativen) Demokratie.

Hanna Ketterer und Karina Becker bringen es mit dem Titel ihres Sammelbandes gut auf den Punkt: „Was stimmt nicht mit der Demokratie?“ (2019). Denn die Krise der Demokratie klar zu benennen, ist nicht so einfach. Viel schwerer als bei der ökologischen Krise fällt es hier, sich auf statistische Daten und Fakten zu berufen. Klar, bei der ökologischen Krise kann man den steigenden CO₂-Ausstoß (iwd 2017), die Tonnen an Plastikmüll im Meer (UNEP 2009) oder den Rückgang der Biodiversität (IPBES 2019) vorweisen, um deutlich zu machen, dass hier was schief läuft. Bei der Demokratie ist dies nicht so leicht, denn Demokratie kann nicht einfach quantifiziert werden, was aber nicht bedeutet, dass dies nicht versucht wird, wie die

⁵ Möglicherweise ändert sich das gerade im Zuge der ‚Corona-Krise‘ erneut

Berichte des Economist (The Economist Intelligence Unit 2019) oder von Freedom House (Repucci 2020) zeigen. Jedoch: So einfach wie diese Zahlen es darlegen, ist es mit der Demokratie nicht. Wird von Demokratiekrise gesprochen, wird dabei zumeist auf die Krise der liberalen Demokratie rekurriert.

Der britische Soziologe Colin Crouch machte zu Beginn der 2000er Jahre die Diagnose der „Postdemokratie“ populär (2004). In seinem gleichnamigen Buch zeichnet Crouch die historische Entwicklung der liberalen Demokratie in der Form einer Parabel. Die Demokratie hätte heute den Höhepunkt ihrer Entwicklung schon überschritten und es wäre nur noch eine quasi leere Hülle der demokratischen Beteiligung übrig. Für Crouch bezeichnet Postdemokratie „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten [sic!] die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt“ (Crouch 2008: 10). Für Crouch geht die Entwicklung der Postdemokratie sehr eng einher mit Durchsetzung des Neoliberalismus (vgl. auch Crouch 2011). Dass der Neoliberalismus die Demokratie zunehmend untergräbt, argumentiert auch Wendy Brown (2015b) und Rainer Mausfeld (2018). Konkret sichtbar wird die Krise der liberalen Demokratie unter anderem als Legitimationskrise (Brunkhorst 2012) und als Repräsentationskrise für die etablierten Parteien. In der öffentlichen Debatte gibt es zunehmenden Zweifel darüber, ob die großen gesellschaftlichen Fragen derzeit überhaupt noch mit den aktuellen politischen Verhältnissen gelöst werden können (vgl. u.a. Ultsch 2018; Weber 2018; Döbler 2019). In der wissenschaftlichen Debatte gibt es dazu auch verschiedenste Meinungen (vgl. u.a. die Beiträge bei Merkel 2015). Ebenso sind die Lösungsvorschläge für diese Demokratiekrise sehr unterschiedlich. Um nur einige zu nennen: Für die einen kann Demokratie nur in kleineren Gesellschaften funktionieren (Jörke 2019), für die anderen nur durch das Losverfahren als neue Form demokratischer Repräsentation (Reybrouck 2016) und für wieder andere geht es nur mit einer neuen Wissenselite (Brennan 2018).

Herausgefordert werden diese Debatte von jenen, die argumentieren, dass es entweder gar keine Krise der Demokratie gibt, oder jenen, die argumentieren, dass gar nicht die Demokratie als solche in einer Krise ist, sondern es vielmehr um eine Krise kapitalistischer Vergesellschaftung geht (Ketterer/Becker 2019) oder eben auch dass die Krisenhaftigkeit der Demokratie in einem viel umfassenderen Kontext der Vielfachkrise gesehen werden muss (Demirović et al. 2011).

Den Zusammenhang zwischen ökologischer und liberal-demokratischer Krisenhaftigkeit zu diskutieren dient die vorliegende Arbeit. Es wird zu zeigen sein, dass die drei präsentierten Ansätze jeweils sehr unterschiedliche Auffassungen darüber haben und entsprechend auch unterschiedliche Antworten auf die Lösung dieser Krise(n) bieten. Zunächst möchte ich aber noch auf die Debatte über die sozial-ökologische Transformation eingehen.

2.2 Die Debatte um die sozial-ökologische Transformation

In diesem Kapitel möchte ich zunächst einen Überblick über die wissenschaftliche Debatte zur sozial-ökologischen Transformation geben und wesentliche Aspekte innerhalb dieser Debatte beleuchten. Im zweiten Abschnitt möchte ich anschließend das kritische Potential des Begriffes herausstreichen und gegenüber der strategisch-politischen Verwendungsweise abgrenzen.

2.2.1 Ein Überblick über die Transformationsdebatte

Diese Debatte um einen notwendigen gesellschaftlichen Wandel ist nicht komplett neu, sondern schließt an eine längere Diskussion rund um Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen an. Die wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte um „nachhaltige Entwicklung“ begann bereits in den 1980er Jahren mit dem Erscheinen des Brundtland-Reports (WCED 1987) und fand einen ersten Höhepunkt mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Angesichts des rasanten Aufstiegs einiger Schwellenländer, vor allem China, und der immer drängenderen Probleme der ökologischen Krise ist die Diskussion bis heute noch hochaktuell. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Verabschiedung der SDGs (Sustainable Development Goals), die am 1. Januar 2016 in Kraft traten und der Sicherstellung der nachhaltigen Entwicklung in ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Perspektive dienen sollen (UNO 2012). In Folge der Krise ab 2007/08 fand der Begriff der „Transformation“ einen größeren Anklang in der Fachdebatte (auch die SDGs wurden unter dem Titel „Transforming Our World“ (UNO 2015) veröffentlicht⁶). Blythe et al. sprechen von einem „transformative turn“ in der Nachhaltigkeitsforschung (2018). Die Debatte um die Transformation stellt gegenüber der Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung dabei insofern einen Fortschritt dar, da ein gesteigertes Bewusstsein für unterschiedliche, aber zusammenhängende Krisenmomente konstatiert werden konnte. Erschien in den 1990er Jahren noch die „Doppelkrise“ von Umwelt und Entwicklung als das dringend zu lösende Problem in der Nachhaltigkeitsdebatte, so setzte sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 und angesichts des Scheiterns der COP in Kopenhagen 2009 immer mehr die Überzeugung durch, dass es eines größeren gesellschaftlichen Wandels, einer umfassenden Transformation bedürfe, um die Nachhaltigkeit verwirklichen zu können.

⁶ In Folge fanden auch verschiedene Konferenzen unter den Schlagwörtern der Transformation im Zusammenhang mit den SDGs statt (vgl. Future Earth/Stockholm Resilience Centre 2017; Future Earth 2018).

In der Debatte um diese Transformation gibt es allerdings kaum Einigkeit darüber, was der Begriff genau ausdrücken soll. Zum einen gibt es viele Überschneidungen oder gar In-Einsetzungen mit anderen Konzepten und Begriffen, wie etwa Resilienz (Brown 2015a; Folke et al. 2002; Pelling 2011), Adaption (Park et al. 2012; Pelling 2011), Transition (siehe weiter unten) oder eben auch der nachhaltige Entwicklung. Zum anderen, und eng verbunden damit, gibt es auch keine Einigkeit darüber, welche Dimensionen die Transformation umfassen soll, was transformiert werden soll, welche Akteure zentral wären usw. Wahlweise wird von „Transformation“, „Großer Transformation“, oder von „Sozial-ökologischer Transformation“ gesprochen. Nalau und Handmer schreiben dazu treffend: „[It] is not clear as to what transformation means, how it can be evaluated, and how the conceptions of transformation fit within the current understanding of dealing with policy problems in practice.“ (2015: 349). Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass diese Debatte nicht nur in einem wissenschaftlichen Teilgebiet und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Theorie-Traditionen geführt wird (Shove 2010: 280).

Jedoch scheint einigermaßen Konsens darüber zu bestehen, dass Transformation einen fundamentalen Wandel bedeutet „that questions and challenges values and routine practices (...) and changes prior perspectives employed to rationalise decisions and pathways“ (ebd.: 351) Eine Transformation „challenges existing structures to produce something fundamental novel“ (Blythe et al. 2018: 1207). Außerdem sind im Kontext einer Transformation mehrere gesellschaftlichen Bereiche einem solchen grundlegenden Wandel unterworfen: „[Transformation] involve and can be defined by shifts in multiple connected domains including, but not limited to, governance structures, management frameworks, public policy, technology, resource systems and economic opportunities“ (Shah et al. 2018: 257).

Der Transformationsbegriff ist zu einer Art wissenschaftlichem und fachpolitischem Mode-Begriff geworden, der mit nahezu beliebigem Inhalt gefüllt werden kann und „es ist sicher zu einem großen Teil gerade diese Beliebigkeit, welche die Mode macht, denn ‚sexy‘ ist der Terminus wahrlich nicht.“ (Thomas 2016: 17)

Ein großer Teil der wissenschaftlichen Literatur zur Transformationsdebatte, ebenso eine ganze Reihe an Studien, die von unterschiedlichen Institutionen verfasst wurden (u.a. DESA 2011; WBGU 2011; Schneidewind 2018) verfolgen eine eher politisch-strategische Perspektive (Brand 2014b, 2016b). Gemein ist ihnen allen, dass zum einen die Notwendigkeit eines radikalen Wandels durchaus anerkannt wird und zum Teil auch umfassende Problemdiagnosen gemacht werden. So macht der WBGU sogenannte „Megatrends“ des Erdsystems sowie innerhalb der Gesellschaft aus (WBGU 2011: 35ff.). Das „Millennium Ecosystem Assessment“ unterscheidet zwischen direkten (physikalischen) Treibern und indirekten Treibern (demografisch, ökonomisch, kulturell, etc.) der ökologischen Krise (2005) und das UNEP beschreibt in seiner Analyse ausführlich den Verbrauch unterschiedlicher

Rohstoffe (2011a: 7ff.). Ebenso gibt es unterschiedliche Vorschläge wer oder was die Transformation voranbringen soll. So sehen die einen vor allem den Staat als Treiber der Transformation (WBGU 2011), für andere sind es eher die Unternehmen (WBCSD 2010), wieder andere setzen allgemeiner auf Technologisierung (DESA 2011) oder Innovationen (UNEP 2011a). Als politisch-strategisch können all diese Beiträge deshalb bezeichnet werden, da ihre Lösungsvorschläge eher inkrementell sind und potenziell die Hindernisse der Transformation geringschätzen oder übersehen. „Concepts that use transformation in a more strategic way provide ways of dealing with problems and crises that are assumed to be effective and socially desirable.“ (Brand 2016b: 24) Transformation soll in dieser Perspektive als gesellschaftlich breit akzeptiert und legitimiert erfolgen. „Processes should be cooperative and not only top-down, a broad range of actors should be involved, and experts should play an important role.“ (ebd.) Ulrich Brand bezeichnet diese Perspektive auch als „neue kritische Orthodoxie“ (Brand 2016a, 2016b). Trotz der oft realitätsnahen und radikalen Problemdiagnosen verbleiben die Lösungsideen auf den ‚alten Pfaden‘. Es geht um den Umbau des Energiesystems, eine aktive Rolle des Staates und der Unternehmen und vor allem um die Reduktion der CO₂-Emissionen. „The strategic usage of the transformation concept does not pay sufficient attention to the structural obstacles to far-reaching transformation processes.“ (Brand 2016b: 25). So werden wirtschaftliches Wachstum und steigende Produktion nicht als Hindernisse der Transformation angesehen, sondern als gegeben und quasi unveränderbar angenommen. Ähnlich axiomatisch verhält es sich insgesamt mit der kapitalistischen Logik, der marktwirtschaftlichen Ordnung und auch der staatlichen Institutionen: „ ‚states‘ and ‚markets‘ are assumed as given, without problematising the bureaucratic logic of the state and the capitalist logic of the market.“ (ebd.)

Um nun die Perspektive einer kritischer Transformationsforschung hiervon abzugrenzen, halte ich es für sinnvoll zunächst eine klarere Trennung zwischen den Begriffen „Transition“ und „Transformation“ zu ziehen, da diese vor allem in der politisch-strategischen Strömung oft synonym verwendet wird (vgl. auch Feola 2015).⁷ Dies lässt sich sehr anschaulich am 2011 erschienen Bericht des Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) zeigen: Im Deutschen lautet dessen Titel „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, im Englischen „World in Transition – A Social Contract for Sustainability“. Auch Raskin et al. verwenden die Begriffe synonym (2010). Eingang in die politikwissenschaftliche Forschung fand Transition als Begriff eher bei der Erforschung von Übergängen von einem politischen Regime zu einem anderen (vgl. O’Donnell/Schmitter 1986).⁸ Der Kontext hier ist aber jener der ökologischen Krise und die Diskussion um einen

⁷ Zu der Abgrenzung von weiteren in diesem Kontext verwendeten Begriffen siehe Reißig (2014) und Demirović (2012).

⁸ Aber auch in diesem Forschungszweig wird oftmals von Transformation gesprochen (vgl. Kollmorgen et al. 2015).

notwendigen Wandel hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft. In diesem Kontext zielt Transition vor allem auf die Veränderung politischer Rahmenbedingungen und Prozesse. Prominent sind dabei derzeit die Strategien der Transition hin zu einer „grünen Ökonomie“ bzw. eines „grünen Kapitalismus“ (Brand 2014b: 253). Es gibt bereits eine ganze Reihe an Beiträgen und Studien zur der „transition research“ bzw. eines „transition management“ (Köhler et al. 2019). Beispiele dafür wären auch der Bericht „Towards Green Growth“ der OECD (2011) oder auch die Vorschläge der New Economics Foundation für eine „Great Transition“ (2010). Auch bei den internationalen Klimakonferenzen spielt der Begriff eine Rolle. Bei der Klimakonferenz 2018 in Katowice (COP24) wurde gar eine Deklaration unter dem Schlagwort der „Just Transition“ unterzeichnet (UNFCCC 2018).

Es geht also meist vor allem um die Setzung „richtiger“ Rahmenbedingungen durch Staaten und Regierungen und das Schaffen von Anreizen für Unternehmen, die in neue grüne Technologie investieren sollen (UNO 2017). Weitere Maßnahmen sind eine höhere Ressourceneffizienz, Recycling oder geringerer Konsum. Dabei geht es vor allem darum, Probleme zu lösen, die dahinter liegenden systemischen Ursachen bleiben oft unberücksichtigt.

Im Folgenden möchte ich nun das Potential des Transformationsbegriffs für eine kritische gesellschaftstheoretische Analyse der Problematik herausstreichen.

2.2.2 Politisch-Strategische vs. kritisch-analytische Perspektive auf Transformation

Eine kritisch-analytische Perspektive auf eine sozial-ökologische Transformation legt den Fokus auf die Analyse von gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und Prozessen. Diese dürfen nicht als gegeben betrachtet werden, sondern vor dem Hintergrund kritischer Staats- und Governance-Forschung als soziale Verhältnisse begriffen werden (Hirsch 2005; Demirović/Walk 2011). Der Staat wird oftmals als neutrale Instanz betrachtet, die ein Interesse an der Herstellung des Allgemeinwohls hat. Aus kritischer Perspektive dagegen wird der Staat als eine Terrain „verdichteter Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002) betrachtet, auf dem um Hegemonie gerungen wird. Somit kann auch nicht angenommen werden, dass der Staat es „schon richten wird“, da es *den Staat* in dem Sinne gar nicht gibt. Es geht vielmehr darum, die Umkämpftheit des Staates anzuerkennen und in den Blick zu nehmen. Neben der Kritik am Staatsverständnis können aus kritischer Perspektive weitere Probleme an der der politisch-strategischen Perspektive genannt werden. So läuft die Transitions-Transformation-Debatte, gerade auch durch die unpräzise Verwendung von Begriffen wie Transition, Transformation, Adaption, Resilienz usw., Gefahr ein Business-As-Usual zu fördern, da die Begriffe bei

genauerem Hinsehen recht unterschiedliche Dinge bedeuten und bei der synonymen Verwendung oft unklar bleibt, was genau wie verändert werden soll.

Einen wesentlichen Bezugspunkt in der kritischen Transformationsforschung stellt dabei Karl Polanyi und dessen Werk „The Great Transformation“ (1944) dar (Brand et al. 2020). Dieser analysierte den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus im 19. Jahrhundert als transformativen Prozess, der die bestehende wirtschaftliche und soziale Ordnung grundlegend änderte. Im Zuge dieser Transformation setzte sich das System der „selbstregulierenden Märkte“ durch. Dabei war diese Transformation keineswegs ein Selbstläufer, sie war keinem Automatismus unterworfen oder unveränderlich. Wie Polanyi selbst schreibt:

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewußten und oft gewaltsamen Intervention von seiten der Regierung, die der Gesellschaft die Marktorganisation aus nichtökonomischen Gründen aufzwang. (Polanyi 2017: 330f.)

Auch wenn Polanyis Analyse nicht eins-zu-eins auf heutige Verhältnisse angewendet werden kann, so regen seine Begriffe dennoch zum Nachdenken über aktuelle Verhältnisse und Herausforderungen an. Ein Beispiel hierfür ist der Begriff der „Doppelbewegung“, also das Gegenübertreten von widersprüchlichen Kräften innerhalb der Gesellschaft. Die eine Seite hat die Ausweitung der Marktorganisation im Sinn, die andere Seite stattdessen aber den Selbstschutz der Gesellschaft (Polanyi 2017: 182ff.). Polanyi zeigt sehr gut, „dass Transformationsprozesse etwas mit gesellschaftlichen Kräften und Kräfteverhältnissen, mit Interessen, Macht und Herrschaft zu tun haben und dass Staat und Politik nicht per se die (welt-)gesellschaftlichen Probleme lösen“ (Brand 2014b: 251).

Ein großer Teil der Transition-Transformation-Debatte übersieht jedoch genau diesen Umstand. Die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen zu Grunde liegen und damit auch mitverursachend für Krisenerscheinungen sind, werden oft nicht beachtet oder als unveränderlich akzeptiert. Ebenso wird oft implizit angenommen, es gäbe eine universelle Lösung. Aus kritischer Perspektive gibt es für die Transformation keinen Masterplan, die Zukunft ist offen und muss gestaltet werden (Rilling 2014). Eng verbunden damit erscheint in der politisch-strategischen Transformationsdebatte die Transformation quasi als Lösung für alles. Die damit auch einhergehenden Konflikte und Widerstände bleiben dadurch oft unterbelichtet, sowohl der Widerstand der Subalternen, wie auch jener der herrschenden Klassen. „Whether opposition entails grassroots social movements or the inertia of powerful fossil fuel actors, we argue that resistance is a critical component of transformative change that needs to take a central position in transformationresearch and practice.“ (Blythe et al. 2018: 1215f.) Ebenso bleibt in der politisch-

strategischen Perspektive der gesellschaftliche Gehalt der ökologischen Probleme meist unberücksichtigt. Es geht häufig um „die Umwelt“ oder „die Natur“ die in der Krise ist und die Gesellschaft müsse nun adäquat handeln, um diese Krise zu überwinden. Kritisch-analytisch lässt sich hier einwenden, dass es nicht die Natur ist, die in der Krise ist, sondern die Gesellschaft in ihrem Zusammenhang zu Natur, also die gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Görg 1999; Becker/Jahn 2006; Wissen 2011). Die Perspektive der Sozialen sowie der Politischen Ökologie sind hier hilfreich, da sie Gesellschaft und Natur nicht als getrennte Sphären konzeptualisiert, sondern als zwei sich gegenseitig beeinflussende Sphären, ohne aber das die eine Sphäre auf die andere reduziert werden könnte (vgl. auch Kapitel 6.2f.). „Das was sich uns heute als ‚Natur‘ darstellt, ist in weiten Teilen von Menschen gestaltet worden, etwa durch Flussbegradigungen, das Trockenlegen von Sümpfen oder das Roden bzw. Anlegen von Wäldern.“ Im Kapitalismus nimmt die Vermittlung zwischen Gesellschaft und Natur darüber hinaus eine besondere Form an, die der Warenförmigkeit. Entscheidend ist damit nicht die „Natur“, sondern ihre gesellschaftliche Aneignung, die Herrschaftsverhältnisse, die in diese Aneignung eingeschrieben sind und auch die damit verbundenen Verteilungsfragen. Wer hat wo Zugriff auf welche Ressourcen? Wer trägt die Kosten von Umweltzerstörung? Wer trägt die Kosten von Naturkatastrophen? Wer ist in der Gesellschaft stärker, wer weniger von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen usw.?

Zentral für einen kritischen Transformationsbegriff ist also die Frage nach sozialen Verhältnissen, insbesondere den kapitalistischen und der Zusammenhang von Gesellschaft und Natur. „Die historisch entstandenen, durch Handeln reproduzierten sozialen Verhältnisse treten den Menschen als sachliche Verhältnisse bzw. als Strukturen gegenüber“ (Brand 2014b: 259) und erscheinen oftmals als mehr oder weniger natürlich und unveränderbar. Ebenso können aber auch Politik und Staatlichkeit als Verhältnisse verstanden werden. Nicos Poulantzas spricht vom Staat als eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002: 159). Der Staat ist demnach keine neutrale Instanz, sondern bevorzugt bestimmte Interessen und setzt diese auch gegen Widerstände durch. „Nicht-nachhaltige Entwicklungsdynamiken sind tief in die staatlichen Apparate, ihr Personal und ihre Regeln, ihre Funktionsweisen und ihr Wissen, ihre Modi und Praxen eingelassen.“ (Brand 2014b: 261) Gleiches gilt letztlich ähnlich für andere gesellschaftlichen Bereiche, nicht zuletzt für die Ökonomie. Möchte man deren Transformationsfähigkeit und -potentiale analysieren, müssen die jeweiligen Verhältnisse in den Blick genommen werden. Es müssen insbesondere auch die oft unkritisch verwendeten Begriffe wie Technologie, Innovation oder eben auch Demokratie hinterfragt werden.

Aus kritischer Perspektive kann Transformation daher auch „als umfassender sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderungsprozess verstanden [werden], in den auch politische Steuerung und politische wie gesellschaftliche Strategien

eingehen, der darauf aber nicht reduzierbar ist.“ (Brand 2014b: 249f.) Transformation beinhaltet durchaus auch transitorische Prozesse, geht aber darüber hinaus und wirkt demnach auch umfassender. Rolf Reißig definiert Transformation als besonderen Typ sozialen bzw. gesellschaftlichen Wandels, der mehrere Merkmale aufweist (Reißig 2016: 43): Es handelt sich um einen gesellschaftlichen Pfadwechsel statt bloßer Modifikation des herkömmlichen Pfades. Durch gestaltendes Handeln verändern sich Grundstrukturen und Institutionen der Gesellschaft, sowie die Lebensweise der Menschen. Dabei gibt es auch eine Orientierung auf die Zukunft als offener Suchprozess (und nicht als rationale Umsetzung von feststehenden Plänen). Es handelt sich demnach um einen „Prozess der Selbstveränderung der Gesellschaft und tiefgreifender wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller Veränderung und Neuschöpfung der Gesellschaft, der zugleich eine Sache von Konflikten und gesellschaftlichen Kämpfen ist.“ (ebd.)

2.2.3 Demokratietheoretische Leerstelle in der Transformationsdebatte

Der Begriff der Transformation kann, wie gezeigt, sehr unterschiedlich definiert werden. Ich habe die grundsätzliche Unterscheidung zwischen einem eher normativ aufgeladenen politisch-strategischem Begriff im Sinne eines politischen Projekts und einem kritisch-analytischen Begriff der Transformation getroffen. Ersterer berührt die Frage nach den Erfordernissen und notwendigen Veränderungen, um die Transformation voranzutreiben und umzusetzen. Letzterer fragt eher nach den strukturellen Notwendigkeiten eines gesellschaftlichen Wandels, aber auch nach den Möglichkeiten und den Hindernissen und Widerständen gegen einen solchen Wandel.

Diese Unterscheidung ist auch für diese Masterarbeit insofern interessant, als dass ich untersuchen werde, welche Erkenntnisse zur Diskussion über die sozial-ökologische Transformation lassen sich in den analysierten Ansätzen gewinnen. Haben die Autor*innen eher einen politisch-strategischen oder eher einen kritisch-analytischen Transformationsbegriff oder gar beides vor Augen? Und welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die Frage nach der doppelten Herausforderung der demokratischen und ökologischen Krise?

Mit dieser Masterarbeit soll darüber hinaus auch eine Leerstelle in der Transformationsdebatte gefüllt werden, denn nur wenige Beiträge nehmen explizit demokratiepolitische oder demokratietheoretische Fragen in den Fokus (Demirović 2016; Pichler et al. 2018). Insbesondere in der politisch-strategischen Transformationsdebatte ist Demokratie, wenn überhaupt, oftmals nur ein Randthema. So schlägt z.B. der WBGU Instrumente der direkteren Mitentscheidung, u.a. durch deliberative Verfahren, der Bürger*innen bei Großprojekten

(WBGU 2011: 224) vor. Bei vielen Beiträgen werden Fragen der Demokratie ganz ausgeblendet (DESA 2011; UNEP 2011a; UNO 2015; WBCSD 2010). Auch in der wissenschaftlichen Debatte dazu spielt der Zusammenhang von Demokratie und Nachhaltigkeit aktuell kaum eine Rolle (O'Brien 2012; O'Brien/Syigna 2013; Nalau/Handmer 2015; Blythe et al. 2018).

Das ist insofern erstaunlich, da die Diagnose der Krise der Demokratie derzeit in aller Munde ist (vgl. Kapitel 2.1). Darüber hinaus ist gerade die Diskussion des Zusammenhangs von Demokratie und Nachhaltigkeit keine neue, sondern wurde bereits in den 1970er kontrovers diskutiert. Bereits damals gab es Zweifel daran, ob die ökologische Krise überhaupt mit und durch demokratische Mittel gelöst werden könne (vgl. Blühdorn 2013a: 235ff.). Das bedeutet, dass ein positiver Zusammenhang nicht einfach vorausgesetzt werden kann, möchte man die Transformation kritisch-analytisch in den Fokus nehmen.

Ich werde in meiner Masterarbeit zeigen, dass die normative Forderung nach einer demokratischen Lösung der ökologischen Krisen weder als banal noch als selbsterklärend betrachtet werden kann. So vertritt Blühdorn den Standpunkt, dass eine Ausweitung partizipativer Instrumente für die Beteiligung an Entscheidungsprozessen nicht automatisch produktiv für die ökologische Nachhaltigkeit sei (vgl. Kapitel 4). Außerdem werde ich zeigen, dass eine Ausweitung demokratischer Rechte gerade im Kapitalismus zu einer größeren Umweltzerstörung beitragen kann (Kapitel 6.5). Dass diese Zusammenhänge in der derzeitigen Transformationsdebatte kaum eine Rolle spielen, bildet also insofern eine Leerstelle, die ich in meiner Masterarbeit bearbeiten möchte.

3 Methodisches Vorgehen

Zentral analysiere ich in meiner Masterarbeit die qualitativen Studien zweier sozialwissenschaftlicher Autor*innen, die sich der Frage nach Demokratie und Ökologie aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven nähern. Die beiden Autor*innen arbeiten in ihren Werken also weder quantitativ mit Statistiken oder Zahlenmodellen, noch arbeiten sie sich an einem spezifischen empirischen Fallbeispiel ab. Ausgehend von unterschiedlichen Erkenntnisinteressen entwerfen Blühdorn und Eckersley je unterschiedliche Antworten auf die Frage nach der doppelten Herausforderung von Demokratie und Ökologie. Zeitdiagnostisch setzen sie sich mit möglichen Ursachen und Gründen der Krisenhaftigkeit modernen liberaler Demokratie ebenso wie mit der Umweltkrise und mit den Möglichkeiten und Hindernissen der Überwindung dieser Krisen auseinander. Kontrastieren möchte ich diese Ansätze zusätzlich mit Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie.

Ich mache also einen Vergleich mehrerer theoretischer Ansätze. Dabei geht es mir um die „Bestimmung des jeweiligen Aussagenbereichs, um die Nachvollziehbarkeit der Argumentationslinien und (...) darum, die Konzeptualisierungsleistung“ (Hollstein-Brinkmann 2005: 21) der Ansätze. Durch den Vergleich der Theorien, möchte ich mehrere Perspektiven auf eine Fragestellung herausarbeiten und durch die unterschiedlichen Antworten auf diese Fragen neue Erkenntnisse gewinnen.

In den nachfolgenden Unterkapiteln möchte ich erörtern, warum Theorien in der Politikwissenschaft unerlässlich sind (Kapitel 3.1) und wie ich bei der Auswahl der Literatur verfahren bin (Kapitel 3.2). In Kapitel 3.3 schließlich werde ich die vier Kategorien erläutern, anhand derer ich meine Analyse der Werke von Blühdorn (Kapitel 4) und Eckersley (Kapitel 5) vornehme und anhand derer ich auch den Vergleich diese beiden Ansätze mit jenem der kritischen Gesellschaftstheorie in Kapitel 7 darstelle. Auch bei der Erläuterung der Perspektiven der kritischen Gesellschaftstheorie orientiere ich mich an diesen Kategorien.

3.1 Warum Theorien?

Theorien sind in der Politikwissenschaft unerlässlich. Sowohl wenn man konkrete, fallbezogene, empirische Forschung, z.B. in Case-Studies betreiben möchte, als auch wenn Theorie selbst der Gegenstand der Forschung ist. Meine Masterarbeit siedelt sich zwischen diesen beiden Polen an. Im Rahmen dieser Arbeit mache ich es mir zur Aufgabe drei unterschiedliche theoretische Perspektiven auf die gleiche Frage zu kontrastieren: Wie kann Demokratie und Ökologie und deren aktuelle Krisen in ihren Zusammenhängen gedacht werden?

Die aktuellen ökologischen und demokratiepolitischen Krisentendenzen, die nicht unabhängig voneinander gelöst werden können und beide auch keine monokausale Ursache haben, sind nicht nur für die Realpolitik herausfordernd, sondern auch für die Politische Theorie. Es gilt: „Politische Theorien entstehen (...) nicht zuletzt in Reaktion auf hervortretende Erklärungsnot. Ungewöhnliche Ereignisse, ungewohnte Phänomene oder krisenhafte Tendenzen bedürfen theoretischer Reflexion, wenn sie nicht (mehr) im Rahmen vertrauter theoretischer Schemata erfassbar sind“ (Kreisky et al. 2012: 11). Theorien aufstellen, Theorien reflektieren, Theorien verwerfen, Theorien vergleichen, Theorien verbinden. All das ist unerlässlich in der politikwissenschaftlichen Forschung und bei dem Unterfangen politische Phänomene besser zu begreifen.

In der Politikwissenschaft und den benachbarten Sozialwissenschaften gibt es bei (fast) allen Begriffen Uneinigkeit darüber, wie sie zu definieren sind, welche Bedeutung ihnen jeweils zukommt, wie eng oder breit sie zu fassen sind usw. Begriffe sind, ebenso wie Theorien,

umkämpft, weil sie Teil dieser Theorien sind und damit auf je unterschiedlichen Ontologien, theoretischen Annahmen usw. basieren. Dies trifft ebenso auf die, in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehenden, Begriffe Demokratie, Krise, Natur/Umwelt oder auch Transformation zu. Dabei gibt es nie die eine richtige, letztgültige Antwort, sondern sie muss stets neu verhandelt und diskutiert werden. Gleiches gilt auch für jedes beforschte und zu beforschende Thema.

Ich werde im Zuge dieser Arbeit drei theoretische Perspektiven miteinander in einen Dialog bringen, um daraus mögliche Schlüsse für die Debatte zur sozial-ökologischen Transformation ziehen zu können. Mir geht es nicht darum, zu beweisen welcher der Theorieansätze der ‚richtige‘ ist, der einzig und allein die ‚richtigen‘ Antworten auf die gestellten Fragen parat hält. Sondern gerade durch die Unterschiedlichkeit der Perspektiven erhoffe ich mir, Facetten, Gedanken und Argumente zu finden, die bei der Betrachtung nur einer der Perspektiven bzw. bei der getrennten Analyse möglicherweise gar nicht herausgearbeitet werden könnten.

Indem ich die unterschiedlichen (theoretischen) Auffassungen zu den Begriffen oben und der dargestellten Problematik insgesamt analysiere und miteinander und im Kontrast zueinander beleuchte, möchte ich mögliche positive und negative Aspekte, Kritikpunkte, Leerstellen etc. herausarbeiten und für die Diskussion zur sozial-ökologischen Transformation, also auch für die Bearbeitung der doppelten Herausforderung fruchtbar machen.

3.2 Auswahl der Literatur

Wie schon erwähnt, ist das zentrale Anliegen dieser Masterarbeit die Diskussion verschiedener sozialwissenschaftlicher theoretischer Ansätze zu der Frage, wie Demokratie und Ökologie zusammengedacht werden können bzw. wie die doppelte Herausforderung der ökologischen Krise und Demokratiekrise gelöst werden kann. Um Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten gut herausarbeiten zu können, habe ich Ansätze ausgewählt, die möglichst unterschiedliche theoretische Perspektiven auf diese Thematik haben. Aus diesem Grund habe ich die Arbeiten von Ingolfur Blühdorn, von Robyn Eckersley, sowie, als dritten Ansatz, die Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie, mit denen ich mich im Laufe meines Studiums intensiv beschäftigt habe, ausgewählt. Bei der Analyse der Ansätze von Blühdorn und Eckersley stütze ich mich in erster Linie jeweils auf deren zentrales Werk zu der Thematik: „Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende“ (Blühdorn 2013a) und „The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty“ (Eckersley 2004). Darüber hinaus beziehe ich auch einige Aufsätze der beiden mit in die Analyse ein (vgl. u.a. Blühdorn 2004, 2007, 2013b; Eckersley 1998, 2005, 2020a). Ein weiterer Grund für die Auswahl dieser

beiden Autor*innen war darüber hinaus, dass ich mich jeweils auf eine Monographie fokussieren wollte, um beim Vergleich systematischer vorgehen zu können. Andere theoretische Ansätze und Perspektiven habe ich aus diesem Grund bei Seite gelassen. Last but not least habe ich mich auch für diese beiden Wissenschaftler*innen entschieden, weil sie sich beide, so wie ich mich selbst auch, innerhalb der kritischen Sozialwissenschaft verorten und zu dieser einen Beitrag leisten wollen.⁹

Bei dem dritten Ansatz, den Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie, verbinde ich Perspektiven im Anschluss an und in Auseinandersetzung mit Karl Marx: insbesondere die ältere Kritische Theorie, die Politische Ökologie (v.a. das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse), die materialistische Staatstheorie, sowie die Politische Ökonomie. Eine theoretische Herausforderung in diesem Zusammenhang war für mich das Fehlen einer konsistenten materialistischen Demokratietheorie. Natürlich haben sich viele Autor*innen in dieser Theorietradition mit Fragen rund um die Demokratie, Demokratiekrise und Demokratisierung beschäftigt (vgl. Kapitel 6.5). Jedoch gibt es (noch) keine systematische Ausarbeitung einer solchen Theorie.¹⁰ Dies kann auch diese Masterarbeit nicht leisten. Daher werde ich mich in diesem Kontext auf einige wenige Aspekte beschränken.

Da ich bei diesem dritten Ansatz, mehrere Perspektiven verbinde, gibt es hier nicht das eine zentrale Werk, auf das ich mich beziehen (kann). Dieser dritte Ansatz dient mir in dieser Masterarbeit daher vor allem als eine Kontrastfolie, durch die ich die Analyse von Blühdorn und Eckersley in den Blick nehme, um mögliche Leerstellen oder Gemeinsamkeiten zu beleuchten. Ich betone auch hier nochmal: Ich möchte die drei Ansätze v.a. ins Gespräch bringen und weniger gegeneinander ausspielen. Wenn ich bestimmte Punkte in der Argumentation von Blühdorn oder Eckersley kritisiere, möchte ich Unterschiede der Ansätze herausstreichen und für die weitere Diskussion rund um die Frage der doppelten Herausforderung produktiv machen.

3.3 Analysekategorien

Zentrales Anliegen dieser Arbeit ist der Vergleich verschiedener Ansätze, die sich mit Fragen des Zusammenhangs von Demokratie und Ökologie beschäftigen. Dazu werde ich die Ansätze anhand einiger Kategorien analysieren, die ich bei der Lektüre der Werke als zentrale Kriterien identifiziert habe, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ansätze gut herausarbeiten zu können. Die Kategorien sind dabei *Demokratie*, *Staat*, *Gesellschaft-Natur-Verhältnis* und

⁹ Vgl. dazu auch Kapitel 6.1

¹⁰ Dass es dabei natürlich nicht die eine materialistische Demokratietheorie geben kann/wird ist natürlich selbstverständlich.

Transformation. Diese Kategorien sind voneinander zwar analytisch getrennt, sind aber zum Teil sehr eng verwoben und bedingen sich auch gegenseitig.

Diese Kategorien sollen mir als analytische Brillen helfen, die Literatur besser vergleichen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten zu können. Anhand dieser Kategorien möchte ich die Reichweite und auch die Erklärungskraft der analysierten Theorien vergleichend untersuchen. Es ist klar, dass die Ansätze je unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Konzeption haben, daher werden auch jeweils einzelnen Kategorien mehr Zeit gewidmet als anderen. Einige Fragen, die mit den Kategorien einher gehen, beantworten die Autor*innen explizit, andere eher implizit.

Bei der Analyse möchte ich einerseits die Ansätze von Blühdorn und Eckersley rekonstruieren und die jeweiligen Kerngedanken herausarbeiten. Zum anderen geht es mir aber insbesondere auch um das jeweilige Verständnis von Demokratie, Staat usw. Denn aufbauend auf diesem Verständnis, ergibt sich auch eine andere Sicht auf die Frage nach der doppelten Herausforderung. Im Anschluss an die Analyse der Ansätze von Blühdorn und Eckersley, werde ich diese beiden Ansätze mit dem Ansatz der kritischen Gesellschaftstheorie ins Gespräch bringen. Im Folgenden möchte ich die einzelnen Kategorien näher erläutern.

3.3.1 Demokratie

Demokratie ist in der politischen Debatte ein häufig verwendeter Begriff und um die Demokratie (ihre Stärkung, ihre Schwächung, ihren Schutz usw.) wird bei vielen tagespolitischen Themen, von Wahlrechtsreformen über Freihandelsabkommen bis hin zur Migrationspolitik diskutiert. Der Begriff der Demokratie erscheint mir oftmals als ein positiv konnotiertes Schlagwort, mit dem im Einzelnen aber dann sehr unterschiedliche Dinge gefasst werden. Dass der Begriff der Demokratie umkämpft ist, liegt nicht zuletzt auch an der über 2000 Jahre währenden Geschichte der Demokratie von der griechischen Antike bis heute.

Und so haben sich auch in der wissenschaftlichen Debatte eine ganze Bandbreite an Demokratietheorien entwickelt (vgl. Überblick bei Lembcke et al. 2012, 2016; Buchstein 2016): Geht es im Sinne der liberalen-repräsentativen Demokratie in erster Linie um den Schutz der individuellen Freiheit des einzelnen Menschen (Rawls 1971)? Oder ist Demokratie die Aufgabe aktiver Citoyens sich gemeinsam um das Wohl der ganzen Gesellschaft zu kümmern (Sandel 1995)? Oder ist Demokratie stattdessen eher eine Praxis, ein Ringen unterschiedlicher Kräfte, mit je eigenen Interessen, um Legitimation, Macht, Hegemonie und Wahrheit, vielleicht sogar eine Art Gegenmacht der Beherrschten gegen die Herrschenden (Rancière 1997)? Oder ist Demokratie in ihrer Vollständigkeit, quasi als normativer Horizont, gar noch nicht erreicht, bzw.

kann sie vielleicht auch gar nicht erreicht werden. Die Frage „Was heißt Demokratie?“ ist also keineswegs banal, sondern muss im Einzelnen tiefergehend analysiert werden.

3.3.2 Staat

Der Staat als Nationalstaat wurde im Westfälischen Friede 1648 als ein völkerrechtlich anerkanntes Prinzip von Souveränität der einzelnen Nationalstaaten mit jeweils festgelegten territorialen Grenzen verankert (auch wenn bis zum 1. Weltkrieg der Nationalstaat keineswegs die dominante Staatsform war). Staaten als Institutionengefüge und politische Entität gab es aber ebenfalls schon in Frühformen seit mehreren tausend Jahren. Seitdem gibt es Überlegungen und Streit dazu, warum es einen Staat braucht, was einen Staat definiert, was einen „guten Staat“ auszeichnen soll, wer oder was in legitimiert. Schließlich ist ja Staat nicht gleich Staat, wie allein die umfangreiche Reihe zu den Staatsverständnisse belegt, die seit 2000 von Rüdiger Voigt im Nomos-Verlag herausgegeben wird (Voigt 2000 ff.). So kann beispielsweise der Staat sehr klassisch durch die Drei-Elemente-Lehre definiert (Jellinek 1914) werden, oder eher über die Legitimität von Gewaltausübung wie bei Max Weber oder im anarchistischen Sinne als ein Unterdrückungsinstrument der privilegierten, herrschenden Klasse. Mit der Staatsauffassung gehen dann, zum Teil, auch direkte Schlussfolgerungen auf die Demokratie einher. Die Frage nach dem Staat gilt es also auch bei den hier analysierten Ansätzen zu klären. Darüber hinaus soll auch danach gefragt werden, welche Rolle dem Staat bei der Lösung der ökologischen Krisen und dem gesellschaftlichen Wandel zukommen kann und soll. Auch hier könnten die Autor*innen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

3.3.3 Gesellschaft-Natur-Verhältnis

Wie wird das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur gefasst? (vgl. dazu auch Brand 2014a) Dieses Verhältnis zu reflektieren ist unerlässlich, wenn es um die Frage nach der Verbindung von Demokratie und Ökologie geht. Es gilt in der Analyse zu untersuchen, wie die gesellschaftliche und natürliche Sphäre zueinander positioniert werden. Dies beinhaltet Fragen danach ob z.B. eher aus einer naturalistischen oder einer soziozentrischen Position argumentiert wird (Köhler/Wissen 2011), also Fragen nach den Abhängigkeitsverhältnissen zwischen den Sphären. Werden Gesellschaft und Natur als zwei strikt getrennte Sphären betrachtet, die einander kaum beeinflussen, oder gibt es ein Wechselverhältnis zwischen den

beiden Sphären. Oder ist Gesellschaft gar keine eigenständige Sphäre, sondern muss stets nur als ein Teil der natürlichen Sphäre betrachtet werden? Aber es kann auch danach gefragt werden wann Natur für gesellschaftliche Zusammenhänge relevant wird. Ist sie schlichtweg eine Ressource aus der beliebig viele Rohstoffe genommen werden können, wird Natur dann v.a. relevant, wenn es zu Naturkatastrophen kommt und Natur damit einen negativen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklung hat oder besteht stets ein wechselseitige Verbindung von Gesellschaft und Natur? Aber auch die Frage nach der Demokratisierung bzw. Demokratisierbarkeit des Gesellschaft-Natur-Verhältnis ist relevant. Wie wird oder soll in der Gesellschaft der Zugang zu Natur, zu Ressourcen geregelt sein, wer trägt die Kosten von Naturzerstörung usw.?

Aus diesen theoretischen Annahmen über das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, folgen dann auch zeitdiagnostisch spezifische Perspektiven auf die Ursachen und mögliche Lösungen der ökologischen Krise und auch auf Möglichkeiten der (sozial-ökologischen) Transformation.

3.3.4 Transformation

In Kapitel 2.2 habe ich bereits ausführlicher über den Begriff der Transformation und die wissenschaftliche Debatte über diesen Begriff gesprochen.

Die beiden Autor*innen, die ich in meiner Arbeit genauer in den Blick nehme, beziehen sich nicht explizit auf diese Transformationsdebatte und stellen sich die Frage nach Möglichkeiten, Ermöglichungen und Hindernissen derselben selbst nicht im engeren Sinne.

Dennoch und vielleicht gerade deswegen halte ich es für sinnvoll diese Kategorie hier aufzunehmen. Zunächst einmal deshalb, weil innerhalb der Transformationsdebatte das Verhältnis von Demokratie und Ökologie kein großes Thema ist. Zum anderen machen die Autor*innen aber vielleicht auch einige Argumente, die für die Transformationsdebatte fruchtbar gemacht werden können. Anders gesagt, vielleicht haben sie eine Vorstellung, ein Konzept von Transformation, ohne aber den Begriff selbst dafür zu verwenden. Wie konzeptualisieren sie die Möglichkeiten und Hindernisse von gesellschaftlichem Wandel? Was sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer Transformation, wer wären in ihren Augen zentrale Akteure eines solchen Wandels? Wer hat möglicherweise auch kein Interesse an einer Transformation? Aber auch: Haben sie eine Vision eines transformatorischen Projekts? Wie soll der Wandel gestaltet werden? etc.

Oft ergibt sich gerade aus Widersprüchlichkeiten und Gegensätzen unterschiedlicher Ansätze ein präziserer Blick auf Fragen nach Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Hindernisse

gesellschaftlicher sozial-ökologischer Transformation. Daher möchte ich die Ansätze vergleichen und auch miteinander ins Gespräch bringen.

3.5 Aufbau der Arbeit

Nachdem ich in Kapitel 1 die grundsätzliche Problemstellung, sowie mein Forschungsvorhaben und meine Forschungsfragen formuliert habe, erläuterte ich in Kapitel 2 den wissenschaftlichen und politischen Kontext, in den ich meine Masterarbeit einbette. Einerseits ist dies die Diagnose der Vielfachkrise, andererseits die wissenschaftliche Debatte um die sozial-ökologische Transformation. In Kapitel 3 habe ich bis hierhin die Bedeutung von Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, die Auswahl der analysierten Literatur, sowie die Analysekatoren dargelegt. In den nachfolgenden Kapiteln werde ich die Analyse der Arbeiten von Blühdorn und Eckersley vornehmen. In einem ersten Schritt werde ich jeweils die theoretischen Grundannahmen erläutern, auf denen sie ihre Untersuchungen aufbauen. Daran anschließend rekonstruiere ich die Einschätzungen der beiden Autor*innen zu aktuellen Fragen der demokratischen und ökologischen Krise und arbeite die jeweiligen Antworten und eventuelle Lösungsvorschläge entlang der oben dargestellten Kategorien heraus. Dabei interessiert mich insbesondere: Welches Verständnis von Demokratie liegt den Werken der Autor*innen zugrunde? Welche Rolle kommt in ihren Augen dem Staat zu, bzw. welches Staatsverständnis haben die beiden jeweils? Welche Zusammenhänge/ Abhängigkeiten usw. sehen die beiden in dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur? Und: Welche Bedingungen machen sie für gesellschaftlichen Wandel oder Stabilität aus? Machen sie Vorschläge für eine sozial-ökologische Transformation? Im Anschluss an diese Analyse bringe ich diese beiden Ansätze ins Gespräch mit einer kritischen Gesellschaftstheorie, die mir im Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien über Jahre immer vertrauter geworden ist und die mir beim Verständnis politischer Zusammenhänge oftmals eine wertvolle und erkenntnisreiche Perspektive eröffnet hat. Gleichwohl ist er mir in dieser Masterarbeit ein Anliegen, die Ansätze von Blühdorn und Eckersley nicht mit ‚meiner Theorie‘ zu ‚erschlagen‘, sondern durch den Dialog der drei Ansätze einen umfassenderen Blick auf die doppelte Herausforderung und die Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation zu bekommen.

Ich werde also sowohl die jeweiligen, den Ansätzen zugrunde liegenden, theoretischen Annahmen und Grundbegriffe herausarbeiten und anhand der Kategorien eine Vergleichsbasis zwischen den Ansätzen herstellen. „Auch wenn es kein methodisch kontrolliertes Verfahren gibt, das zuverlässig verhindert, von der eigenen Position begeistert zu sein“ (Hollstein-Brinkmann 2005: 29), so sollen mir doch die Kategorien eine Richtschnur

beim Vergleich der Ansätze bieten und helfen diese kritisch zu hinterfragen, um gerade auch positive Aspekte und Gedanken offen legen zu können. Ich lehne mich hier also auch an die Methode einer „konstruktiven Kontroverse“ (Johnson/Johnson 1999) an: „In der dialogischen Konfrontation entgegengesetzter Thesen zu einem Gegenstand sollen (...) [die] eigenen Thesen und die der anderen hinterfrag[t], heraus[ge]forder[t] und möglicherweise verw[o]rfen“ werden. „Das (...) Erleben eines kognitiven Konflikts wird dabei als Ausgangspunkt für individuellen wie kollektiven Lernprozess betrachtet, welcher über die Auslösung individueller Wissensbedürfnisse in ein besseres Verständnis der zentralen Fragestellung münden soll“ (Ketterer/Becker 2019: 8f.). Mein Ziel ist es also auch keineswegs die Ansätze miteinander zu versöhnen und deren Widersprüche aufzuheben, sondern gerade auch durch diese Widersprüchlichkeit neue Erkenntnisse zu gewinnen.

4 Die simulative Demokratie (Ingolfur Blühdorn)

Was bedeutet es praktisch, wenn sich das demokratische Projekt einerseits erschöpft hat, andererseits aber radikalisiert; wenn es einerseits also aufgegeben werden müsste, andererseits aber nicht aufgegeben werden kann; wenn demokratische Normen einerseits verschärft, gleichzeitig aber ausgesetzt werden? Simulation. (Blühdorn 2013a: 44)

Ingolfur Blühdorn, Professor für Soziale Nachhaltigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien beschäftigt sich in seiner Forschung mit Politischer Theorie, insbesondere Demokratietheorie und Gesellschaftstheorie, sowie der Bewegungs- und Parteienforschung. In seinem Buch „Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende“ und in mehreren Aufsätzen analysiert er die Demokratie nach der „simulativen Wende“ und die „Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit“ (vgl. u.a. Blühdorn 2013b, 2018; Blühdorn/Deflorian 2019). In Anlehnung an Zolo (1992) und Greven (2009) möchte er keinen neuen normativen Ansatz einer Demokratietheorie verfolgen (im Gegensatz zu Robyn Eckersley), sondern er möchte einerseits zeitdiagnostisch den „Formwandel“ der liberalen Demokratie in den Blick nehmen. Andererseits geht es ihm aber auch um Fragen nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst, wie auch um Fragen nach der Fähigkeit der Demokratie, die großen Zukunftsfragen zu bearbeiten.

4.1 Theoretische Grundannahmen - Modernisierungstheorie

Blühdorn verfolgt bei seiner Analyse einen modernisierungstheoretischen Ansatz. Klassische Vertreter*innen der Modernisierungstheorien gehen davon aus, dass Modernisierung und Demokratisierung mehr oder weniger Hand in Hand gehen. Verstand Seymour Lipset die Modernisierung noch in erster Linie ökonomisch (Lipset 1959), entwickelte u.a. Ronald Inglehart die Modernisierungstheorie weiter zu einer Theorie des kulturellen Wandels (Inglehart 1977). Besonders wichtig bei der Demokratieentwicklung war für Inglehart der postindustrielle Strukturwandel. „Während die industrielle Moderne noch eliten- und autoritätsorientiert war und auf Zentralisierung und fordistische Standardisierung setzte, schaffe die weiter ausdifferenzierte und auf individuelle Selbstverwirklichung drängende postindustriell-postmoderne Gesellschaft noch viel günstigere Bedingungen für die Demokratie.“ (Blühdorn 2013a: 66) Damit widerspricht die Modernisierungstheorie der These, dass gerade die Modernisierung die weitere Demokratisierung und den sozialen Zusammenhalt untergraben würde (vgl. u.a. Putnam 2000; Wolin 2008). Vielmehr würden sich die Formen der demokratischen Beteiligung der Bürger*innen in der Postmoderne verändern. „Und gerade weil die Formen der politischen Artikulation und Partizipation nicht mehr von Traditionen, sozialer Schichtzugehörigkeit, Ideologien oder etablierten Organisationen vorgegeben sind, sei das bürgerliche Engagement heute authentischer, intensiver und wirkungsvoller denn je.“ (Blühdorn 2013a: 68f.)¹¹ Aus dieser Perspektive werden moderne Gesellschaften also immer demokratischer. Kennzeichen dafür wären neu aufkommende Beteiligungsformen, die den abnehmenden Trend von Parteimitgliedschaften oder die geringere Bereitschaft ein politisches Amt zu übernehmen, ausgleichen würden (ebd.: 72). Selbst angesichts der ökologischen Nachhaltigkeitskrise gäbe es dabei Grund für demokratischen Optimismus. Die Krise bringe ja neue basisdemokratische Bewegungen hervor, „angefangen bei lokalen Protesten gegen Tierfabriken, Kohlekraftwerke oder Flughafenerweiterungen bis hin zu internationalen Bewegungen für verbesserte ökologische und soziale Standards in der Konsumgüterproduktion“ (ebd.: 75).

Gegenüber diesen Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie ist Blühdorn selbst aber kritisch. Er vertritt die These, „dass die Demokratie (...) auf gewissermaßen *vormodernen* – im Sinne von *nicht zur Diskussion stehenden* – Grundlagen und Annahmen beruht, die der fortlaufende Modernisierungsprozess schrittweise auszehrt oder zersprengt.“ (Blühdorn 2013a: 48) Als Beispiele nennt er unter anderem „die Norm des freien und selbstbestimmten Individuums, die nationalstaatliche Autonomie“ und „der nach außen begrenzte und nach innen integrierte Demos“ (ebd.: 48f.). Anders als Beck, Giddens und andere (Beck et al. 1996) trifft er bei der Einteilung der Modernisierung kein binäre Unterscheidung, sondern beschreibt

¹¹ Vgl. auch die Tabelle bei Blühdorn (2013a: 69)

sie als dreistufiges Modell. Er teilt die Modernisierung in eine traditionelle bzw. industrielle Phase, eine postindustrielle Phase und eine systemzentrierte Phase. Die ersten beiden Phasen decken sich dabei im Wesentlichen mit der traditionellen und der reflexiven Moderne bei Beck et al. Der Übergang von der ersten zur zweiten Moderne zeichne sich hier v.a. dadurch aus, dass „expressive und identitätsbezogene Werte der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung herausragende Bedeutung bekamen.“ (Blühdorn 2013a: 51) Ulrich Beck prägte in diesem Zusammenhang aber auch den Begriff der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986), da sich die zweite Moderne nicht nur durch emanzipatorische Elemente auszeichne, sondern auch durch neue Gefährdungslagen, Probleme und eben Risiken. Blühdorn unterscheidet nun noch eine dritte Phase, die er auch als „dritte Moderne“ bezeichnet. In dieser Moderne würde nicht mehr das Subjekt im Zentrum stehen, wie in der zweiten Moderne, sondern systemische Imperative und systemrelevante Faktoren (Blühdorn 2013a: 51). Mit der Modernisierung gehe auch eine zunehmende Komplexität einher, mit deren Bewältigung aber (post-)moderne Gesellschaft immer mehr zu kämpfen haben. „Für die Bürger [sic!] führt die zunehmende Komplexität in einen Zustand der Überforderung, der sie entgegen allen Versprechen der Ermächtigung de facto fortschreitend entmündigt.“ (ebd.: 91) Entgegen der optimistischen Annahmen, dass neue soziale Bewegungen und neue Formen partizipativer Beteiligung würden die Demokratie immer weiter stärken würden, sieht Blühdorn den Aktivismus bei diesen Bewegungen und neuen demokratischen Methoden im Anschluss an Gerry Stoker vor allem als „lifestyle statement“ (vgl. Stoker 2006), als quasi Freizeitvergnügen und weniger als politischen Aktivismus an. Letztlich hält er den Optimismus in Bezug auf die fortschreitende Demokratisierung für eine „Selbstillusionierung“ (Blühdorn 2013a: 109). Es komme in der dritten Moderne vielmehr sowohl zu einem „post-ecological turn“, als auch zu einer postdemokratischen Wende, die es beide näher zu analysieren gelte.

4.2 Der „Formwandel“ der Demokratie – ein postdemokratisches Paradox

Vor dem Hintergrund dieser Modernisierungsthese fragt Blühdorn also danach, wie Demokratie sich in der Phase der dritten Moderne umgestaltet. Es geht Blühdorn dabei nicht um eine Krise der Demokratie, sondern um einen „Formwandel“ bzw. einer spezifischen „Transformation der Demokratie“ (Blühdorn 2013a: 114f.).

Im Zentrum der Moderne und ebenso der Demokratie steht für Blühdorn das Subjekt:

„Das demokratische Projekt gründet auf der Vorstellung und zielt auf die Verwirklichung des freien, vernünftigen, mündigen, selbstwerthaftern Subjekts. Dabei sind die Autonomie des Individuums (individuelles Subjekt), die politische Selbstbestimmung des Volkes (kollektives

Subjekt, Demos) und die Souveränität des Staates in der internationalen Gemeinschaft drei Dimensionen derselben Idee.“ (ebd.: 128f.)

Modernisierung meint dabei nicht nur die Verwirklichung des Subjekts, sondern auch die Weiterentwicklung dieser Norm und die dementsprechende Transformation der Demokratie. Diese Norm des autonomen Subjekts habe sich im Zuge der zweiten Moderne durchgesetzt, jedoch komme es in der dritten Moderne nun zu einer grundlegenden Rekonfiguration des Subjekts.

Zum einen finde die Identitätsbildung zunehmend über den Warenkonsum statt. Ging es ursprünglich bei Identität und Identitätskonstruktionen gerade um individuelle Besonderheiten, Alleinstellungsmerkmale und anderes, finde Selbstverwirklichung und -artikulation immer mehr durch Kaufentscheidungen auf dem Warenmarkt statt. Der „Markt hat längst auch die privatesten Lebensbereiche durchdrungen und bestimmt mit seiner Produktpalette und Logik sowohl das Handeln als auch das – vermeintlich freie – Denken moderner Bürger [sic!] in einem solchen Ausmaß, dass die Möglichkeit einer selbstbestimmten Identitätsbildung und einer autonomen Subjektivität praktisch nicht mehr besteht.“ (ebd.: 130f.) Dadurch entstehe auch zunehmend eine Abhängigkeit von diesen Konsumhandlungen und wirke sich u.a. auf die Wahl des Berufes oder des Reiseziels aus und der Postfordismus biete durch Auswahl und Vielfalt in der Produktpalette in den Shopping-Tempeln auch die Möglichkeit der Individualisierung durch die jeweilige Kaufentscheidung, ob iPhone oder FairPhone, ob Milka- oder Fairtrade-Schokolade, ob Fleisch aus der Massentierhaltung oder vom Biohof (ebd.: 132). Zum anderen müsse das Individuum aber auch immer flexibler, anpassungsfähiger und vielschichtiger sein, um in der dritten Moderne bestehen zu können. Sie „beschneidet erheblich das Spektrum der Handlungsoptionen und die Möglichkeit für die Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung.“ (ebd.: 133)

Diese Rekonfiguration habe aber auch erhebliche Auswirkungen auf die Demokratie, wäre doch das autonome, identitäre, freie und vernünftige Individuum Grundvoraussetzung für demokratische Kategorien wie Partizipation, Repräsentation oder Legitimität (ebd.: 134). Diese Grundvoraussetzung wird aber zunehmend untergraben. Einerseits könnten politische Institutionen die komplexen Identitäten der Bevölkerung nicht mehr adäquat abbilden und vertreten, zum anderen erscheinen die Institutionen gleichzeitig nicht mehr als effizient. Dies führe zu einer postdemokratischen Wende.

Blühdorn verwendet zwar den Begriff der Postdemokratie, er wendet sich aber gegen jenen, wie er sagt schwachen, Begriff der Postdemokratie bei Jacques Rancière (1997), Sheldon Wolin (2001) und vor allem bei Colin Crouch (2004)¹². Blühdorn kritisiert einerseits, „dass der Begriff inhaltlich unterbestimmt ist und romantisierend über den Verlust eines vermeintlichen

¹² Vgl. dazu auch die Ausführungen in Kapitel 2.1

Goldenen Zeitalters der Demokratie lamentiert, dass es empirisch nie gegeben hat.“ (Blühdorn 2013a: 120) Mit Verweis auf die Ausführung im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels (1977 [1848]) und jenen bei Schumpeter (1942), kritisiert Blühdorn außerdem, dass Crouchs Behauptung der zunehmenden Ökonomisierung der Demokratie keineswegs ein neues Phänomen wäre und damit auch nicht als spezifisches Merkmal einer neuen politischen Phase dienen könnte. Darüber hinaus sei das Analysemodell von Crouch nicht konsistent (Blühdorn 2013a: 122), da Crouch zwar einerseits das unabwendbare Ende der demokratischen Parabel im Zustand der Postdemokratie konstatiert, gleichzeitig aber auf eine demokratische Erneuerung durch demokratische Bewegungen hofft (Crouch 2008: 133ff.). Blühdorn möchte diesem schwachen Begriff der Postdemokratie einen starken Begriff entgegensetzen. „Ein sozialwissenschaftlich starker Begriff der Postdemokratie müsste sich (...) gerade auf diese Widersprüchlichkeit, die Paradoxa, die Dilemmata konzentrieren, die die Besonderheiten fortgeschritten moderner Demokratien ausmachen.“ (ebd.: 125)

Die postdemokratische Wende könne auch als eine neue Phase der Emanzipation gefasst werden. Waren die 1970er und 80er Jahren noch von der partizipatorischen Revolution gekennzeichnet, die traditionellen Eliten herausforderte und die zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung und Selbstverantwortung einforderte, sei ab den 1990er Jahren die politische Verantwortung mehr und mehr auf professionalisierte Institutionen (NGOs, Lobbygruppen etc.) abgeschoben (ebd.: 144) worden. „Die zweite Phase wäre entsprechend die *Emanzipation zweiter Ordnung*, bei der es um die partielle Befreiung von zuvor erstrittenen Verantwortlichkeiten geht. Kantisch gesprochen geht es (...) um den *Auszug aus der selbst erstrittenen Mündigkeit*.“ (ebd.) Letztlich sei diese Emanzipation zweiter Ordnung auch eine Emanzipation vom modernistischen Subjektivitätsbegriff und auch vom demokratischen Projekt. „[The] passing of democracy (...) is not being experienced as loss (...), but as freedom from an impossible obligation.“ (Wolin 2001: 567) Das demokratische Projekt könne in diesem Sinne auch nicht wiederbelebt werden, und solle auch nicht, da der Wunsch nach dieser Wiederbelebung in modernen Gesellschaften kaum oder gar nicht mehr vorhanden sei. Die Demokratie als Projekt wäre eng gekoppelt gewesen an die Durchsetzung des identitären Subjekts in der zweiten Moderne und verliere durch dessen Rekonfiguration in der dritten Moderne entsprechend auch wieder an Bedeutung, bzw. passe sich der neuen Subjektivierungsformen an.

Statt vom Verfall zu sprechen und auf eine Wiederbelebung des demokratischen Projekts zu hoffen, versteht der Begriff der postdemokratischen Wende den sich gegenwärtig vollziehenden Formwandel der Demokratie explizit als ein emanzipatorisch-progressives (...) Phänomen – wobei sich allerdings das Verständnis von *Emanzipation* und von *progressiver* Politik grundsätzlich verändert. (Blühdorn 2013a: 152)

Mehr Demokratie zu fordern oder gar zu wagen erscheine vor diesem Hintergrund fast schon reaktionär und eher eine Bedrohung als Verheißung (ebd.: 153).

Blühdorn diagnostiziert aber dabei nun ein postdemokratisches Paradox. Denn er konstatiert eine Gleichzeitigkeit von sich widersprechenden Entwicklungen: „Denn tatsächlich ist für postdemokratische Konsumgesellschaften charakteristisch, dass sich zwar das Vertrauen in und die Erwartungen an die Demokratie wesentlich vermindert haben, die Ansprüche auf demokratische Repräsentation, Partizipation und Legitimation sind gleichzeitig aber signifikant gestiegen.“ (ebd. 160)¹³

Dieses Paradox ist für Blühdorn eine unmittelbare Folge der Modernisierung. Denn im Zuge der Modernisierung sei es ja zu steigenden Freiheits- und Emanzipationsansprüchen und dementsprechend auch zu erhöhten Demokratieforderungen gekommen. Hier stimmt er mit Vertreter*innen der klassischen Modernisierungstheorie überein. Gleichzeitig würden aber die geänderten Subjektivierungsformen wichtige Voraussetzungen der Demokratie unterlaufen. Das postdemokratische Paradox entstehe also, „weil die Modernisierung die Logik des flexiblen und flüchtigen Subjekts (und also die Logik der Postdemokratie) immer schneller vorantreibt, dabei aber die Logik des traditionellen, identischen Subjekts (und also die Logik der Demokratie) keineswegs aussetzt.“ (ebd.:163) Somit existieren quasi in den einzelnen Menschen zwei konkurrierende Subjektivitäten. Dieses postdemokratische Paradox habe auch Auswirkungen auf den Staat (ich komme unten darauf zurück). Wie kann nun aber mit diesem Paradox als gesellschaftliche Herausforderung verfahren werden? Oder in Blühdorns Worten: „Welche Strategien zum Management des postdemokratischen Paradoxes bilden sich heraus und in welchem Maße sind diese Strategien erfolgreich? (...) Wie können demokratische Selbstverständnisse stabilisiert und gleichzeitig eine politische Praxis verfolgt werden, die allen demokratischen Normen widerspricht?“ (ebd.: 166) Diese neue Form der Demokratie bezeichnet Ingolfur Blühdorn als „simulative Demokratie“.

4.3 „New Politics 2.0“ oder „Democracy to go“

In der dritten Moderne hätten wir es nun mit neuen, veränderten Formen der Politik, der politischen Kommunikation und der politischen Kultur zu tun, was Blühdorn unter dem Begriff „New Politics 2.0“ fasst. Damit möchte er einerseits die vorhandenen Kontinuitäten zum Begriff der „neuen Politik“ der sozialen Bewegungen in den siebziger und achtziger Jahren aufzeigen (vgl. Müller-Rommel/Poguntke 1995), andererseits aber eben auch eine neue Form des emanzipatorischen Projekts (Emanzipation zweiten Grades) andeuten. Unter den Vorzeichen

¹³ Damit unterscheidet sich Blühdorns Analyse des demokratischen Paradoxes von der Chantal Mouffes (2008) und auch von der Robert Dahls (2000) zum gleichen Begriff.

der New Politics 2.0 „enfaltet sich eine Art *democracy to go*, die eine der flüchtigen Moderne und ihren verflüssigten Subjektivitätsidealen entsprechende leichte, offene, befreite zu nichts verpflichtende Demokratie *für die fröhlichen Bürger [sic!] von unterwegs* ist – dabei aber auch eine verschwindende, eine nicht zu haltende, eine *nicht nachhaltige* Demokratie.“ (ebd.: 169) Diese neue Form der Demokratie nennt er „simulative Demokratie“.

Er schließt mit dem Begriff der simulativen Demokratie an die Ausführungen von Jean Baudrillard (1994) an. Dieser sprach von einem Zeitalter der Moderne, in dem „die zersetzende Kraft der Moderne alle traditionellen Sicherheiten erschüttert und alle authentische Wahrheit in eine Vielfalt (...) austauschbarer *Images* und medialer Inszenierungen aufgelöst hat.“ (Blühdorn 2013a: 177) Im Anschluss daran meint simulative Demokratie „eine passende Beschreibung für eine politische Praxis, die diskursiv stabilisiert oder wiederauferstehen lässt, was jenseits der postdemokratischen weder wirklich noch möglich, noch ernsthaft wünschenswert, aber doch eben unverzichtbar ist.“ (ebd.) In demokratischen Verfahren und Prozessen werden Vorstellungen und Ideale der zweiten Moderne aufrechterhalten, obwohl diese Vorstellungen in Wirklichkeit bei den Bürger*innen gar nicht mehr vorhanden wären oder sich grundsätzlich verändert hätten. Die simulative Demokratie ist in Blühdorns Augen die Antwort auf die Frage nach der Performanz, also nach der Leistungsfähigkeit des politischen Systems in der dritten, der postdemokratischen Moderne. Das postdemokratische Paradox wird zwar nicht gelöst, aber stabilisiert (ebd.: 179). Die simulative Demokratie sollte aber nicht auf bloße Symbolpolitik reduziert werden. Es gehe gerade nicht nur um leere Versprechungen und Täuschungen der Bürger*innen durch politische Eliten, die lediglich eine demokratische Verfahrensweise vorgaukeln, um damit ihre eigenen Interessen durchsetzen und legitimieren zu können. Diese würde implizieren, dass es eine „authentische Politik“ geben könne „die streng an den artikulierten Interessen der Bürger [sic!] ausgerichtet ist und diese effektiv umsetzt, (...) aber eben nicht den Interessen der Machthabenden entspricht.“ (Blühdorn 2013a: 182)¹⁴ Dies würde zu kurz greifen. Zwar gäbe es durchaus Praktiken einer solchen symbolischen Politik, doch gäbe es gerade keine authentische Alternative, „weil dafür die systemischen Imperative längst zu übermächtig sind, die normativen Grundlagen fehlen, die Interessenskonstellationen zu veränderlich, komplex und widersprüchlich sind und jede vermeintlich authentische Politik mit den postdemokratischen Bedürfnissen der Bürger [sic!] in Konflikt geraten würde.“ (ebd.: 182f.) Es bleibe also nur noch die Simulation als Option, sie sei quasi alternativlos. Und daraus schlussfolgert Blühdorn, dass die simulative Demokratie die liberal-repräsentative Demokratie abgelöst hat (ebd.: 186). Liest man diese Ausführung Blühdorns, so scheint es, als wäre diese neue Form der Demokratie ein Rückschritt in der Emanzipation, doch in seinen Augen ist genau das Gegenteil der Fall: „Tatsächlich sind nämlich (...) sowohl die Befreiung aus den traditionellen, hierarchischen, unflexiblen

¹⁴ Siehe dazu auch die Tabelle bei Blühdorn 2013a: 185

Organisations- und Beteiligungsformen als auch die viel beklagte Entpolitisierung klar ein demokratisierender Fortschritt.“ (ebd.: 188) Durch die erhöhte Komplexität der dritten Moderne gäben die Bürger*innen demokratische Entscheidungen an die politischen Gremien und die öffentliche Verwaltung ab, wo Expert*innen sich um die gesellschaftlichen Belange kümmern. Politische Partizipation schlage sich, im Sinne der *democracy to go*, vor allem in individualisierten, kurzfristigen, auch oft spaßzentrierten Beteiligungsformen nieder (ebd.: 190ff.) Die Menschen artikulieren durch diese Partizipationsformen einerseits ihren Protest und Souveränitätsanspruch. Gleichzeitig werden sie aber nicht längerfristig aktiv und überlassen die Lösung der artikulierten Probleme und Missstände wiederum der Politik oder professionalisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Insbesondere gelte für diese politischen Partizipationsformen, was Blühdorn allgemein über die simulative Demokratie konstatiert. Es ginge vor allem um

„die Produktion und Reproduktion von Diskursen, Narrativen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, in denen jenseits der postdemokratischen Wende Normen, Wertorientierungen und Zukunftsperspektiven inszeniert und kultiviert werden, die für das demokratische Projekt der zweiten Moderne konstitutiv waren, denen in der dritten Moderne aber nicht minder gewichtige inkompatible Wertorientierungen gegenüberstehen.“ (ebd.: 178)

Bis hierhin habe die Analyse Blühdorns in erster Linie aus einer subjektzentrierten Perspektive beschrieben, die auch Blühdorn selbst in weiten Teilen seiner Ausführungen einnimmt. Bevor ich im folgenden Abschnitt etwas näher auf die Frage nach der Rolle des Staates in der simulativen Demokratie zu sprechen komme, möchte ich noch kurz das Demokratieverständnis von Blühdorn zusammenfassen.

4.4 Zwischenfazit Blühdorns Demokratiebegriff

Blühdorn möchte, das macht er immer wieder deutlich, keine normative Demokratietheorie entwickeln, sondern er möchte darlegen „wie die faktische demokratische Praxis in modernen Konsumentendemokratien aus der Perspektive des (...) Werte- und Kulturwandels zu beschreiben und zu interpretieren“ wäre. (ebd.: 167f.) Demokratietheoretische Ansätze können unterschieden werden in normative und empirische Demokratietheorien. Wollen erstere hauptsächlich Erkenntnisse darüber gewinnen, wie Demokratie beschaffen sein soll, fokussieren zweitens vor allem auf Untersuchungen und Beschreibungen aktueller demokratischer Verhältnisse, also dem Ist-Zustand. Gleichwohl ist eine klare Trennung zwischen diesen beiden Strömungen nicht so einfach wie es scheint. Denn weder argumentieren normative Theorien vollständig ohne jeden Bezug zu realen Verhältnissen, noch existieren empirische Theorien losgelöst von normativen Annahmen und Werten auf die

sie sich berufen (Lembcke et al. 2016). Blühdorns Ansatz kann dabei den empirischen Demokratieansätzen zugerechnet werden.

Den Beiträgen Blühdorns liegt offensichtlich ein liberales Demokratieverständnis zu Grunde. Er versteht Demokratie als ein politisches Projekt, das „auf die Verwirklichung des freien, vernünftigen, mündigen, selbstwerthaftern Subjekts“ zielt (ebd.: 128). Demokratie ist also für ihn stets subjektzentriert. Demokratie, das wird sehr deutlich, ist für Blühdorn gerade kein Wert an sich, keine Norm, sondern sie ist ein Mittel, ein Instrument zur Durchsetzung von individuellen Werten. Die Bürger*innen sieht er als autonome Subjekte an, die ihre je eigenen Interessen verfolgen. Er denkt Demokratie im Sinne der liberal-repräsentativen Demokratiekonzeption als ein politisches System innerhalb eines Nationalstaates, in dem die Bevölkerung der Souverän ist und Entscheidungen auf der politischen Ebene durch gewählte, politische Eliten getroffen werden. Im Kontext der Modernisierungstheorie wird die Entwicklung der Demokratie „als ein komplexer, dynamischer, fallweise auch krisenhaft verlaufender und durchaus reversibler Prozess aufgefasst, der mit anderen wichtigen Modernisierungsvorgängen wie der modernen Staaten- und Nationenbildung, der bürokratisch-rationalen Verwaltungsentwicklung, der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, der wirtschaftlichen Modernisierung, der sozialen und psychischen Mobilisierung usw. mehr oder weniger eng zusammen hängt.“ (Sterbling 2015: 140) Blühdorn schließt mit seinen Ausführungen zur simulativen Demokratie kritisch an die Modernisierungstheorie an. Im Anschluss an Inglehart bezeichnet er auch die postdemokratische Wende als eine zweite stille Revolution (ebd.: 152). Außerdem erkennt er einerseits den Zusammenhang von ökonomischen Wohlstand und der Entwicklung der Demokratie an, andererseits weist er aber darauf hin, dass die unvermeidlichen Grenzen des ökonomischen Wachstums, an die der fortlaufende Modernisierungsprozess stoße, die Grundlagen der liberalen Demokratie untergrabe (ebd.: 93). Außerdem sieht er auch die Annahme kritisch, dass der Wertewandel in der Postmoderne produktiv auch die Demokratisierung vorantreibe. Stattdessen geht Blühdorn davon aus, dass „die Modernisierung kontinuierlich die Komplexität der Gesellschaft steigert, ohne dass die Fähigkeiten zur demokratischen Bewältigung dieser Komplexität entsprechend mitwachsen würde.“ (ebd.: 91)

Ingolfer Blühdorn beschreibt einen Formwandel von der liberal-repräsentativen Demokratie hin zur simulativen Demokratie und möchte erklären wie sich letztere real ausgestaltet. Auch wenn er dabei behauptet, nicht normativ vorzugehen, sondern den Zustand der Demokratie analytisch-deskriptiv untersuchen zu wollen, also „zu *fassen was ist*, nicht zu *sagen, was sein soll*“ (ebd.: 57), so ist es natürlich keine objektive Beschreibung der Realität. Mit der Deklaration seiner Überlegungen als „realistische Demokratietheorie“ (Blühdorn 2013a: 57), möchte er zwar den Anschein erwecken wertfrei zu argumentieren und objektiv-wissenschaftlich über die Demokratie zu schreiben, doch letztlich ist auch Blühdorn nicht frei

von normativen Grundannahmen. Demokratie ist für ihn die liberale Auffassung von Demokratie, die sich vor allem in den westlich-modernen Industrienationen wiederfindet. Er denkt Demokratie also in erster Linie nationalstaatlich und im Sinne eines repräsentativen politischen Systems.

Welche Rolle der Staat selbst in der simulativen Demokratie hat und wie Blühdorn Staatlichkeit konzeptualisiert, soll im folgenden Abschnitt thematisiert werden.

4.5 Die Rolle des Staates in der simulativen Demokratie

Welche Auswirkungen hat nun in den Augen Blühdorns die postdemokratische Wende auf den Staat in der dritten Moderne, bzw. wie konstituiert sich der Staat in der simulativen Demokratie?

Das postdemokratische Paradox habe auch Auswirkungen auf den Staat und seine Institutionen. Denn einerseits würden die Bürger*innen die Beteiligung an Entscheidungen einfordern (ohne aber wirklich mitentscheiden zu wollen). Gleichzeitig solle der Staat nur noch im Sinne eines technokratischen „New Public Management“ handeln, und im Rahmen dessen ist jede Form einer demokratischen Beteiligung der Bürger*innen unerwünscht, weil diese als effizienzmindernd wahrgenommen wird.

Die staatlichen Institutionen könnten in der dritten Moderne die vielschichtigen, komplexen und fluiden individuellen Interessen in der Gesellschaft gar nicht mehr adäquat abbilden, ohne gleichzeitig die notwendige Effizienz und Effektivität aufrecht zu erhalten. Entscheidungen würden mehr und mehr der demokratischen Entscheidung entzogen und an Expert*innen-Kommissionen oder Regulierungsbehörden delegiert. Und dies gelte sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Gleichzeitig müssten aber auf staatlicher Ebene die Demokratieansprüche der Bürger*innen, die in der zweiten Moderne entstanden sind und dem Anspruch nach auch in der dritten Moderne noch vorhanden sind, simuliert werden.

Diesen Formwandel in der Repräsentation der gesellschaftlichen Interessen im Staat (andere würden eher von einer Repräsentationskrise sprechen), wird, so Blühdorn, einerseits zentral von der fortschreitenden Modernisierung mitverursacht. Der Staat und die politische Sphäre wären also „Opfer von Veränderungsprozessen“ (ebd.: 205). Andererseits führe aber auch die zunehmende politische Exklusion von bestimmten Bevölkerungsteilen (Arbeitslose, Migrant*innen, ärmere Schichten und auch ein wachsender Anteil der Mittelschicht) zu steigender politischer Ungleichheit (ebd.: 206). Doch der wichtigste Punkt in dem Formwandel sei, dass es schlicht nichts mehr Stabiles zu repräsentieren gäbe. In der herkömmlichen Auffassung des Begriffs der Repräsentation gehe es um die politische Repräsentation des autonomen und identitären Subjekts. Jedoch hat sich diese Subjektvorstellung im Zuge der

postdemokratischen Wende erübrigt. Daher „verschiebt sich die Bedeutung von Repräsentation zunehmend von *etwas Vorhandenes abbilden* in Richtung von *etwas nicht Vorhandenes zur Vorstellung bringen*.“ (ebd.: 211) Staatliche Institutionen werden also quasi zu Simulationsapparaten, in denen demokratische Verfahren nur noch scheinbar der Repräsentation der Gesellschaft dienen, tatsächlich aber Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen werden. Staatlich-politische Verfahren passen sich also den Erwartungen und Haltungen der Bürger*innen an und entlasten diese von Entscheidungen, die die Bürger*innen gar nicht mehr treffen wollen.

Ebenso wie die Art und Weise der Repräsentation sich wandelt, komme es auch zu einer Verschiebung der Legitimation staatlicher Politik. Die Legitimationsgrundlagen ändern sich in der postdemokratischen Wende hin zu einer Legitimationskonzeption „*jenseits der modernistischen Subjektnorm*“ (ebd.: 218). Es ist in Blühdorns Augen unzureichend, nur von einer Verschiebung von der Input- zu einer Output-Legitimität zu sprechen, wie dies andere Autor*innen tun (vgl. u.a. Benz 1998; Buchstein/Jörke 2003; Mair 2013), sondern „von einer *Entsubjektivierung* oder *Objektivierung* der Legitimationsmuster“ (Blühdorn 2013a: 221). In der Praxis schlägt sich diese Objektivierung dann im zunehmenden Entscheidungseinfluss wissenschaftlicher, wirtschaftlicher etc. Expert*innen nieder, in starren Verwaltungsverfahren, die der Logik des politischen Wettstreits entzogen sind, oder auch in der Erfolgsmessung von politischen Entscheidungen im Sinne der systemischen Effizienz (Wirtschaftswachstum, Innovationskraft, Bewertung durch Rating-Agenturen) (ebd.: 222). In der simulativen Demokratie „gilt das Handeln der Führungseliten und Institutionen dann als besonders legitim, wenn es in möglichst entpolitisiertem Art und Weise, möglichst effektiv und effizient das umsetzt, was als objektiv notwendig, nicht verhandelbar, systemrelevant dargestellt wird.“ (ebd.: 223) Der Staat schaffe sich also selbst die Legitimation, insofern er bestimmte Themen als systemrelevante Sachfragen auf die Agenda bringt und diese dann durch scheinbar alternativlose Lösungen bearbeitet. Mit Rancière (1997) argumentiert Blühdorn also auch gegen eine Legitimationskrise des Staates und unterstreicht Rancières These des Legitimationsüberschusses des Staates (Blühdorn 2013a: 224).

Um aber der gleichzeitig immer noch existierenden Subjektivierung der Legitimität gerecht zu werden und sie auch in der dritten Moderne aufrecht zu erhalten, werden die staatlichen Von-oben-Entscheidungen flankiert durch simulative Entscheidungsverfahren, die eine Entsubjektivierung zu verhindern suchen:

Gebote der Transparenz, Informations- und Rechenschaftspflicht erklären die Bürger (...) zum normativen Maßstab des entpolitisierten Verwaltungshandelns und erheben sie wenigstens formal in den Stand der Souveränität – auch wenn faktisch das politische Geschehen für sie weitgehend undurchsichtig und der Maßstab der Rechenschaftspflicht, also der Wille und das

Wohl des Souveräns, unter den Bedingungen der flüchtigen Moderne eine kaum zu präzisierende, theoretische Größe bleibt. (ebd.: 226)

4.6 Zwischenfazit: Das Staatsverständnis bei Blühdorn

Zusammengefasst kommt dem Staat, der staatlichen Politik und den politischen Eliten für Blühdorn eine wesentliche Rolle in der simulativen Demokratie zu. Denn auf der politischen Ebene, in den Institutionen, den Verwaltungsapparaten und den Expert*innen-Kommissionen wird alles entschieden, was es zu entscheiden gibt. Demokratische Verfahren, so scheint es, haben nur noch eine Art kosmetischen, ja fast schon therapeutischen Zweck, nämlich die Bürger*innen in dem Glauben zu lassen, sie wären noch der Souverän. Faktisch haben sie aber ihre gesamte faktische politische Macht an den Staat abgegeben.

Blühdorns Staatsverständnis ist in seinem Buch nur implizit angelegt. Aus seinen Ausführungen lässt sich aber ableiten, dass er zwischen einer zivilgesellschaftlichen und einer politischen Sphäre unterscheidet. Dabei konstituieren beide Sphären zusammen den Nationalstaat. Die zivilgesellschaftliche Sphäre ist der Ort der Bürger*innen. Die Bürger*innen wirken weitestgehend exkludiert von der politischen Sphäre, abgesehen von der Teilnahme an Wahlen (oder Wahlsimulationen?) oder bei kurzfristigen partizipatorischen Akten wie die Teilnahme an Demonstrationen, das Unterzeichnen von Petitionen usw.

Außerdem, und das entspricht auch dem liberalen Demokratiebegriff, macht Blühdorn keine klare, konsistente Unterscheidung zwischen Staat und Demokratie. Insofern ist auch meine Trennung in dieser Arbeit zwischen den Kapiteln zur Demokratie und Staat bei Blühdorn vor allem analytisch zu sehen.

4.7 Demokratie und die Nicht-Nachhaltigkeit

Im letzten Kapitel seines Buches *simulative Demokratie* widmet sich Blühdorn der Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Ökologie. Dies ist ein Thema, das bereits in den 1970er Jahren präsent war und nach Blühdorn grob in zwei Strömungen eingeteilt werden könne. Die eine diagnostizierte ein Defizit der Demokratie in der Nachhaltigkeitspolitik, die andere vor allem ein allgemeines Demokratiedefizit (vgl. ebd.: 239). Gab es durchaus Stimmen, die sich für ökoautoritäre Lösungen von Umweltproblemen aussprachen (vgl. u.a. Harich 1975; Jonas 1979), setzte sich mit den neuen sozialen Bewegungen und den entstehenden grünen Parteien jedoch hier das Vertrauen in die Demokratie durch. Für sie „stand außer Frage, dass

überhaupt nur eine partizipatorische Revolution der fortschreitenden Ausbeutung und Zerstörung der Natur Einhalten gebieten könnte.“ (Blühdorn 2013a: 238f.)

Heute wären aber moderne Gesellschaften mit dem Umstand konfrontiert, dass die Forderung nach Nachhaltigkeit nicht mehr dem Anspruch demokratischer Emanzipation entspräche, da Emanzipation in der dritten Moderne „nicht mehr als Befreiung aus der das authentische Selbst und die Natur knechtenden Logik des Industrialismus, des Produktivismus, der Effizienz, des Konkurrenz- und Rationalisierungsdrucks und des Konsumterrors verstanden, sondern systemkonform als die volle Verwirklichung stetig wachsender Anspruchs-, Bereicherungs- und Konsumpotentiale ausgelegt wird.“ (ebd.: 240f.) Die simulative Wende bringe demnach nicht nur einen Formwandel der Demokratie mit sich, sondern auch einen Formwandel des umweltpolitischen Denkens. Für Blühdorn haben wir es in modernen Gesellschaften heutzutage mit einer zutiefst nicht-nachhaltigen Lebensweise zu tun, und die Bürger*innen haben ein Interesse daran, dass diese einerseits aufrecht erhalten und zweitens in politischen Prozessen repräsentiert wird. Und daher überrascht es ihn auch nicht, dass in den letzten Jahren in der Wissenschaft auch wieder ökoautoritäre Stimmen zu vernehmen sind (vgl. u.a. Shearman/Smith 2007; Zakaria 2007). Diese Meinungen kritisiert Blühdorn aber genauso wie jene, die die Demokratie für den einzigen Lösungsweg der ökologischen Krise hochhalten. Es möge zwar

durchaus richtig sein, dass die Demokratie – vor allem jenseits der postdemokratischen Wende – nicht geeignet ist, den gesellschaftlichen Strukturwandel zur Nachhaltigkeit zu organisieren. Es gibt aber keinen Grund zu der Annahme, dass dies überhaupt die vorrangige Besorgnis und Herausforderung der modernen Umweltpolitik ist, und daher wäre es auch verfehlt, von der nachhaltigkeitspolitischen Untauglichkeit der Demokratie gleich auf ihren Niedergang zu schließen. (Blühdorn 2013a: 256)

Stattdessen müsse man die Rolle der Demokratie in der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit genauer untersuchen. In Bezug auf den Formwandel der Umweltpolitik spricht Blühdorn von einem „post-ecologist turn“ (vgl. auch Blühdorn 2004, 2007). Merkmale dieser Formwandels seien einerseits eine Gewöhnung an die Umweltkrise, sowie die Theorie und Praxis der ökologischen Modernisierung, als auch zentral die neuen Subjektivitätsvorstellungen, die im Zuge der dritten Moderne Einzug fanden (Blühdorn 2013a: 244f.). Die (postdemokratische) Demokratie hat in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, da durch sie gerade die Nicht-Nachhaltigkeit abgesichert wird. Sie dient „als Instrument von Lebensformen, die im Zeichen der sich zuspitzenden Nachhaltigkeitskrise immer sichtbarer auf zunehmender Ungleichheit und Exklusion (...) und auf fortschreitender Ausbeutung von Natur beruht.“ (ebd.: 263). Aus diesem Grund wären die Forderungen nach einer Transformation der Demokratie

sinn- und zwecklos, wie Blühdorn in einem aktuellen Beitrag nochmals betont (2020a), denn viele würden diese Form der Demokratie unterstützen. Auch moderne Governance-Formen der Politik wären dieser Entwicklung zuträglich: „Gerade indem sie in scheinbar demokratischer Art und Weise eine Vielzahl von Akteuren in den politischen Prozess einbinden, verfestigen sie die strukturell angelegte Verantwortungslosigkeit.“ (Blühdorn 2013a: 267) Es findet daher quasi eine Demokratisierung und damit Legitimierung der Nicht-Nachhaltigkeit statt. Die ökologische Krise wird also in der dritten Moderne ignoriert oder es wird versucht, deren Konsequenzen durch Externalisierungen der Kosten in andere Teile der Welt oder durch Effizienz-Steigerungen und technologischen Erfindungen so weit wie möglich in die Zukunft zu verlagern. Durch Demokratisierung kann die ökologische Krise in den Augen Blühdorns gar nicht gelöst werden, da die Demokratie in ihrer jetzigen Form, als simulative Demokratie, die Nicht-Nachhaltigkeit der modernen Gesellschaften verfestigt.

4.8 Gesellschaft-Natur-Verhältnisse bei Blühdorn

Wie das Staatsverständnis ist die Perspektive des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur bei Blühdorn ebenfalls nur implizit vorhanden. Er setzt sich in seinem Buch (und verschiedenen Aufsätzen) vor allem mit dem Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeitspolitik auseinander. Verbleibt also, wenn man so möchte, innerhalb der gesellschaftlichen Sphäre verankert. Daraus lässt sich aber ableiten, dass die Natur nur insofern relevant wird, als sie für gesellschaftliche Prozesse zum Problem wird. Nur da die ökologische Krise gesellschaftlich eben als Krise definiert wird, wird sie gesellschaftspolitisch relevant in Form der Nachhaltigkeitspolitik, bzw. der Nicht-Nachhaltigkeitspolitik. Er hat insofern eine sozio-zentrierte Perspektive auf die Umweltproblematik (Brand 2014a: 24). Relevanter ist für ihn die Art und Weise wie in der Gesellschaft kommunikativ und diskursiv mit der ökologischen Krise verfahren wird, die Ursachen dieser Krise (ob nun gesellschaftlicher Art oder nicht) interessieren ihn dabei nur am Rande (vgl. auch Blühdorn 2018: 159).

Nur durch seine modernisierungstheoretischen Grundannahmen ist zu erklären, wie er die Nicht-Nachhaltigkeit als nachhaltig, also als längerfristig stabil bezeichnen kann. Er ist sich zwar durchaus bewusst, dass die Nicht-Nachhaltigkeit der Gesellschaften in der dritten Moderne auf Kosten anderer Gesellschaften weltweit geht, ignoriert aber gleichzeitig scheinbar die Objektivität der ökologischen Krise und deren Auswirkungen auf alle Menschen. Ein Satz wie „Als das zentrale Instrument der Nicht-Nachhaltigkeit hat die postdemokratisch gewendete Demokratie durchaus gute Zukunftsperspektiven“ (Blühdorn 2013a: 272), erscheint angesichts des Zeithorizont von wenigen Jahrzehnten zur Lösung der ökologischen Krise fast schon zynisch. Er ist sich also der Destruktivität aktueller Naturausbeutung und -

zerstörung bewusst, beschäftigt sich aber nicht mit Möglichkeiten wie es anders sein sollte. Im Gegenteil, Vorschläge in diese Richtung, z.B. von der Ökologiebewegung, tut er als naiv oder idealistisch ab. Eine alternative Gesellschaft-Natur-Beziehung ist für Blühdorn realistischere nicht denkbar, zumindest nicht in der Art, dass diese dann demokratisch erreicht werden könnte, bzw. dann demokratisch sei.

5 The Green State (Robyn Eckersley)

At first glance the notion of a green state might strike many people as a rather quixotic idea, perhaps even a dangerous one. Does it mean a benevolent state, presiding over an ecotopia, the stuff of green dreams? Or does it raise the specter of an authoritarian state, presiding over a strict regime of ecological controls and resource rationing, the stuff of nightmares for liberals? (Eckersley 2004: 1)

Robyn Eckersley lehrt an der Universität von Melbourne und forscht u.a. zu Demokratietheorien, Environmental Political Theory und Environmental Politics. Eines ihrer bekanntesten Werke, auf das ich mich im Folgenden hauptsächlich beziehen werden ist „The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty“ (2004). Darin entwickelt sie die Konturen eines sozial-ökologisch gerechten Staates. Die Ideen und Vorschläge, die sie in „The Green State“ vorschlägt hat Eckersley in den Folgejahren teilweise konkretisiert und erweitert (Eckersley 2005, 2012, 2020b, 2020a).

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die unzureichende Bearbeitung ökologischer Probleme auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere sieht sie drei Herausforderungen bzw. Hindernisse, die es zu überwinden gelte, um die Krise sinnvoll lösen zu können: Zum einen die demokratischen Defizite des liberal-demokratischen Staates, zum zweiten die Herausforderung des anarchischen Systems auf internationaler Ebene und drittens die ökonomisch-kapitalistische Globalisierung und ihre destruktiven Auswirkungen auf die Umwelt (ebd.: 13ff.). Für sie steht einerseits fest, dass der moderne liberale Nationalstaat nicht nur, aber v.a. auch aufgrund der oft unzureichenden Bearbeitung ökologischer Probleme in einer Legitimationskrise steckt. Darüber hinaus gerät er aber auch durch die Globalisierung immer stärker unter Druck. Jedoch habe er auf absehbare Zeit weiterhin eine wichtige Gate-keeper-Funktion und es sei daher sinnvoll und notwendig eine neue Vision eines ‚guten ökologischen Staates‘ zu entwerfen (Eckersley 2004: xi). Diese möchte sie in ihrem Buch entwickeln.

Zu beachten ist, dass zwischen den Monografien von Blühdorn und Eckersley knapp zehn Jahre liegen. Ich weiß nicht, ob Eckersley Diagnose und Entwurf anders gewesen wäre, wenn sie „The Green State“ z.B. nach den Ereignissen der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 oder auch nach dem Scheitern der Klima-Konferenz in Kopenhagen 2009 geschrieben hätte. Aber ich halte es doch für wahrscheinlich, dass sich auch bei ihr eine Ernüchterung bei der internationalen Klimapolitik eingestellt hätte. Dies lässt sich zumindest bei der Lektüre eines kürzlich veröffentlichten Aufsatzes von ihr auch vermuten (Eckersley 2020b). Davon ist in ihrem 2004 erschienenen Buch aber noch wenig zu spüren. Das mag zumindest ein Grund sein, warum sie zu deutlich positiveren Einschätzungen als Blühdorn kommt. Ein anderer mag auch in ihren theoretischen Grundannahmen liegen, auf die ich im nächsten Abschnitt zu sprechen komme.

5.1 Theoretische Grundannahmen

Theoretisch verortete sie sich innerhalb einer „Critical Political Ecology“ (2004: 8ff.)¹⁵ Einerseits knüpft sie dabei an die Kritische Theorie an, einen Zugang, den sie schon in früheren Arbeiten thematisiert hatte (Eckersley 1990, 1992). Dabei knüpft sie weniger stark an die ältere Kritische Theorie um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno an, sondern fokussiert sich v.a. auf die Arbeiten von Jürgen Habermas. Diesen Zugang verbindet sie mit konstruktivistischen Ansätzen. Diesen beiden theoretischen Strömungen haben durchaus gemeinsame wissenschaftstheoretische Annahmen und wenden sich u.a. gegen positivistische Ansätze wie z.B. der Rational Choice-Theorie: „In short, all knowledge reflects particular social purposes, values, interests, and story lines, and this insight extends as much to our understanding of the so-called natural world as it does to the social world.“ (Eckersley 2004: 9) Sie bezeichnet ihren theoretischen Zugang auch als „critical constructivism“ (ebd.).

Mit ihrer Perspektive einer politischen Ökologie möchte sie die Notwendigkeit einer sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einerseits und andererseits auch einer kommunikativen Gerechtigkeit betonen:

By environmental justice I mean, first, a fair distribution of the benefits and risks of social cooperation and, second, the minimization of those risks in relation to an expanded moral community. By communicative justice I mean a fair/free communicative context in which wealth and risk production and distribution decisions takes place in ways that are reflectively acceptable by *all* ,differently situated others‘ (or their representatives) who may be affected. (ebd.: 10)

¹⁵ Vgl. dazu auch das Kapitel 6.2

Auch gesellschaftstheoretisch und demokratiethoretisch bezieht sie sich zentral auf Jürgen Habermas, seine Theorie des Kommunikativen Handelns (1981) und seine Theorie der deliberativen Demokratie (1992). Für Habermas ist die Sprache der „zentrale Zugang zur Bestimmung der Rationalität, menschlichen Subjektivität und Intersubjektivität“ (Ludwig 2013: 44). Sprache und Kommunikation sind auch essenziell bei der Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Nur durch gesellschaftliche Diskurse und demokratisch-partizipatorische Aushandlungsverfahren (Deliberation) können Konflikte laut Habermas auf der Basis rechtsstaatlicher Prinzipien gelöst werden. Ich komme weiter unten nochmals genauer darauf zurück.

5.2 Die Krise des liberal-demokratischen Staates

Aus einer ökologischen Perspektive gibt es verschiedene Kritiken am liberal-demokratischen Staat, die sich analytisch trennen lassen zwischen der Kritik am (administrativen) Staat als solchem und der Kritik an der liberalen Demokratie.

Ökologische Kritik am Staat kommt u.a. von Öko-Anarchist*innen (Bookchin 1982; Carter 2013) und auch von poststrukturalistischen Theoretiker*innen, die die Biomacht und die Gouvernamentalität des Staates in den Blick nehmen (Rutherford 1999; Rutherford 2007, 2017). „The bureaucratic rationality of the administrative state is seen as too rigid, hierarchical, and limited to deal with the variability, nonreducibility, and complexity of ecological problems.“ (Eckersley 2004: 90) Auch Ulrich Beck argumentierte in den 1990er Jahren, dass ökologische Probleme genau von jenen politischen und ökonomischen Institutionen bearbeitet werden, die sie zentral mit verursachen und daher die Probleme von diesen Institutionen auch nicht gelöst werden können (Beck 1995).

Für Eckersley ist trotz dieser staatskritischen Argumente, Nachhaltigkeit nicht ohne den Staat zu machen: „The problem seems to be that while states have been associated with violence, insecurity, bureaucratic domination, injustice, and ecological degradation, there is no reason to assume that any alternatives we might imagine or develop will necessarily be free of, or less burdened by, such problems.“ (Eckersley 2004: 91) Sie plädiert dafür, die bestehenden Strukturen, Normen und Praxen moderner Staatlichkeit zu verbessern, zu transformieren, anstatt neue Utopien zu entwerfen, die sich kaum verwirklichen lassen. Sie argumentiert weiter, dass staatliche Macht nie völlig losgekoppelt von öffentlicher Kontrolle agieren könne und daher der Fokus darauf gelegt werden müsse, wie effektiv diese Kontrolle sei und wie sie gestärkt werden müsste. Zentral wäre nicht die Kritik an der Macht als solcher, sondern an der nicht-legitimierten Macht: „The concern should not be the mere fact that states exercise power

but rather how this power can be made more accountable and hence more legitimate.” (ebd.: 93)

Jedoch teilt Eckersley die Kritik an der liberal-demokratischen Ausprägung des modernen Staates. „[The] outstanding problem is that liberal democracy is not accountable enough from the perspective of those suffering or concerned about present or future ecological harm.“ (ebd.: 93) Vertreter*innen liberaler Demokratietheorie argumentieren, dass das Problem nicht die liberale Demokratie sei, sondern lediglich konkurrierende menschliche Präferenzen und der liberale Staat Nachhaltigkeit und andere ökologische Ziele nicht garantieren kann und soll, da dies individuelle Wünsche nach einem ‚guten Leben‘ wären, die sich gesellschaftlich durchsetzen würden oder eben auch nicht (ebd.: 100). Natürlich gibt es innerhalb der liberalen Demokratietheorie durchaus Unterschiede und Schattierungen. Einige machen sich durchaus Gedanken darüber, inwiefern Nachhaltigkeit und ökologische Fragen besser innerhalb der liberalen Demokratie bearbeitet werden können. Beispielsweise Marcel Wissenburg mit seinem „restraint principle“ (Wissenburg 1998). Dies drückt aus „that rights to scarce goods ought to be, within the limits of necessity/basic survival, restricted in ways that ensure that such goods are available for further use/distribution.“ (Eckersley 2004: 102) Aber es gibt auch jene, die sich für einen „Free Market Environmentalism“ stark machen (Anderson/Leal 2001) und gegen jede politische Steuerung plädieren. Höchstens durch Bildungsarbeit und die Bereitstellung von umfassenden Informationen sollen die Menschen befähigt werden, bessere Entscheidungen bei ökologischen Themen zu treffen. Im starken Gegensatz dazu argumentieren andere für eine politische Steuerung und die Eingriffe, um eine ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen: „Indeed, green theorists generally maintain that if we are to move toward an ecologically sustainable society and world order, then macro-limits (set by the local community, the state and international community) on economic freedoms are essential.“ (Eckersley 2004: 95) Menschen sollen als aktive Bürger*innen, als citizen, aktiv an Entscheidungen beteiligt werden und nicht lediglich als Konsument*innen, die am Markt Entscheidungen treffen (Plumwood 1995). Die Präferenzen von Individuen sind nie eindeutig und vorgeformt, wie oft in der liberalen Tradition argumentiert wird, sondern die Individuen sind geprägt von sozialen Strukturen, „including established social norms, roles, and identities that fashion the horizons of individual choice.“ (Eckersley 2004: 97). Innerhalb der liberalen Demokratietheorie wird außerdem angenommen, dass alle Individuen grundsätzlich gleichberechtigt sind, über dieselben Rechte verfügen und Entscheidungen auch immer unter diesen Bedingungen getroffen werden. Kritiker*innen wenden hier ein, dass im „political bargaining over who gets what, when, and how in liberal democracies, political actors who are better resourced, better informed, and strategically located vis-à-vis the centers of policy making invariably have a distinct advantage over socially and economically marginalized groups and classes in the lobbying and bargaining stakes.“ (ebd.: 98) Letztlich geht die liberale

Theorie von bestimmten ontologischen Annahmen aus, die die Menschen als Nutzenmaximierer*innen sehen, die in einer Gesellschaft der Konkurrenz von Interessen agieren und die Interessen von anderen als externe Faktoren betrachten. Und in Bezug auf die ökologischen Aspekte basiert die liberale Theorie „on a denial of any noninstrumental dependency on ecosystems and the biological world in general.“ (ebd.: 104) Möchte man diese ontologischen Annahmen hinterfragen, muss man zwangsläufig auch den liberalen Staat hinterfragen, der keineswegs eine neutrale Instanz ist, sondern eine Struktur „that recognizes, protects, and rewards the rational autonomous self in ways that make it normal.“ (ebd.: 105) Wie bereits erwähnt, lehnt Eckersley nun aber nicht den Staat als Institution oder Struktur ab, sondern fragt nach Möglichkeiten der ökologischen Ausrichtungen des Staates. Der Staat als politische Form ist „a crucial mechanism for facilitating democratic negotiations in the public sphere, and for steering society along more ecologically sustainable lines.“ (ebd.: 86) Notwendig dafür wäre aber als Voraussetzung eine neue, ökologische Auffassung von Demokratie.

5.3 Von der liberalen zur ökologischen Demokratie

Aufbauend auf der Kritik an der liberalen Demokratie entwirft Eckersley in ihrem Buch die Grundrisse einer ökologischen Demokratie. Ihre demokratiethoretische Basis stellt dabei die deliberative Theorie von Jürgen Habermas dar (Habermas 1981, 1992). Dieser versucht mit seiner Theorie eine Alternative sowohl zu der liberalen Strömung als auch zur republikanischen Strömung innerhalb der Demokratiethorie zu entwerfen, indem er Argumente beider Strömungen miteinander verbindet (Habermas 1999). Eckersley knüpft im Wesentlichen an Habermas an, erweitert seine Ausführungen jedoch auch an mehreren Stellen.

Als ein erstes einfaches doch zugleich in der vollständigen Umsetzung schwieriges und komplexes Ziel einer ökologischen Demokratie formuliert sie: „[A]ll those potentially affected by a risk should have some meaningful opportunity to participate or otherwise be represented in the making of the policies or decisions that generate the risk.“ (Eckersley 2004: 111) Ihr ist durchaus bewusst, dass die Umsetzung dieser Forderung in der Praxis kaum realisierbar ist, doch sie schlägt vor, dass Entscheidungen so getroffen werden soll „as if all those affected were present, well informed, and capable of raising objections“ (ebd.). Dies stellt eine wesentliche Erweiterung zu Habermas dar, denkt er doch den deliberativen Prozess in erster Linie innerhalb nationalstaatlicher Grenzen. Eckersley denkt über diese Grenzen hinaus und bezieht in ihren Überlegungen auch den Umgang mit der Natur und ebenso auch zukünftige Generationen mit ein. Dabei geht es ihr nicht darum, dass alle in den Diskurs eingebunden

werden, denn das wäre zum Beispiel bei der Natur oder auch zukünftigen Generationen gar nicht möglich, sondern darum, dass jene mitgedacht und bei der Entscheidung berücksichtigt werden, die sich nicht selbst einbringen können. „Indeed, ecological democracy may be best understood not so much as a democracy *of* the affected but rather as a democracy *for* the affected“ (ebd.: 112). Es kommt für Eckersley demnach auch eine Rekonzeptualisierung des Demos zu tragen. Der Demos ist also nicht mehr die Bevölkerung eines bestimmten Staates, sondern setzt sich bei jedem Thema neu zusammen. Eckersley bezeichnet diesen sich immer wieder wandelnden Demos auch als „affected community“ oder als „community at risk“ (ebd.: 113). Sie führt das Beispiel eines Staudamm-Baus an, bei dem all jene mitentscheiden, die in dem Gebiet des Staudammes leben, bzw. das Wasser oder die produzierte Energie in Zukunft nutzen könnten. Beim Bau eines Atomkraft-Werkes wäre die „community at risk“ viel größer und würde vielleicht sogar einen ganzen Kontinent oder mehr betreffen. „In each case the affected community would typically include both present and future human populations and the ecosystems in which they are embedded.“ (ebd.: 113) Es müsse also immer bedacht werden, wer von den Entscheidungen betroffen ist oder in Zukunft sein könnte. Betroffenheiten können auch weit über die Grenzen von herkömmlicher Entscheidungsräume (Regionen, Staaten) hinaus gehen und sich auch ständig ändern. Die Deliberation ist in Eckersley Augen dabei unerlässlich, um die Bedürfnisse, Notwendigkeiten und Beweggründe von allen, am Entscheidungsprozess beteiligten, einzubinden:

Public spirited political deliberation is the process by which we learn of our dependence on others (and the environment) and the process by which we learn to recognize and respect differently situated others (including nonhuman others and future generations). It is the activity through which citizens consciously create a common life and a common future together, including the ecosystem health and integrity that literally sustain us all. (ebd.: 115)

Erfolgreiche deliberative Demokratie benötigt daher zum einen den uneingeschränkten Dialog zwischen allen Beteiligten, soll heißen, alle müssen möglichst über die gleichen Informationen über den fraglichen Sachverhalt verfügen. Zum anderen ist aber auch nötig, dass alle in der Gesellschaft gehört werden und zuhören und dadurch Meinungen verändert werden können und so ein Konsens entstehen kann. Auf der normativ-theoretischen Ebene klingt dies sehr sinnvoll und positiv, jedoch ergeben sich in der realen Umsetzung und Durchführung erhebliche Hürden und Herausforderungen und Robyn Eckersley ist sich dieser Herausforderungen auch durchaus bewusst. So ist es zum Beispiel schwierig alle in den Willensbildungsprozess einzubeziehen. Dies gilt unter anderem sowohl für zukünftige Generationen als auch und vor allem für die Natur. Lassen sich eventuell noch plausible Vermutungen anstellen, was zukünftige Generationen zu heutigen ökologischen Problemen sagen würden, ist es praktisch unmöglich der Natur einen eigenen Willen oder Wünsche

zuzuschreiben (Eckersley 2004: 121ff.; Vogel 1996). Möchte man jedoch die Natur und zukünftige Generationen¹⁶ nicht außer Acht lassen, gibt es für Eckersley keinen anderen Weg als den Diskurs und die deliberative Aushandlung. „This necessarily means that we are talking about contingent rather than absolute understanding of objectivity, since intersubjective understandings of “reality” will always be historically and culturally specific, provisional, and potentially always vulnerable to challenge and change.“ (Eckersley 2004: 123)

Ein weiteres Problem stellt sich bei der Durchführbarkeit eines deliberativen Prozess bei einer großen Zahl an Menschen, die unterschiedlichste gesellschaftliche Positionen, kulturelle Erfahrungen haben, verschiedene Sprachen sprechen usw. „In such complex and diverse polities, we can expect disagreement to be the rule rather than the exception, and we can also expect that such disagreement will not necessarily always be reasoned or reasonable.“ (ebd.: 129) Eckersley betont, dass die deliberative Demokratie allen voran ein Lernprozess ist, eine perfekte Gesprächssituation sehr unwahrscheinlich ist und ebenso ein vollständiger Konsens. So ist es natürlich auch nahezu unmöglich, dass die gesamte ‚community at risk‘ zusammenkommt und entscheidet, sondern es braucht in den allermeisten Fällen trotzdem bestimmte repräsentative Foren. Repräsentationsorgane müssten daher mit Vertreter*innen der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen besetzt sein. „[E]nsuring the presence of racial minorities or disadvantaged groups in legislative assemblies and environmental policy making communities (...) will go some way toward preventing the unfair displacement of ecological and social costs onto those minority communities.“ (ebd.: 133) Nach Habermas sind demokratische Prozesse vor allem Kommunikationsprozesse zwischen gleichgestellten gesellschaftlichen Akteuren. „Habermas’s point (...) is merely that all communication is implicitly *oriented* toward reaching mutual understanding by means of reasoned argument rather than coercion, bribery, or bargaining“ (ebd.: 151). Grundlagen jedes Diskurses sind einerseits vernünftige und rationale Argumente und nicht die individuellen Interessen der einzelnen Akteure. Für Habermas ist dieses kommunikative Handeln dabei qua Definition gemeinwohlorientiert (Landwehr 2012: 364). Andererseits ist aber auch eine verfassungsrechtliche Grundordnung unerlässlich, die die Freiheitsrechte der Bürger*innen garantiert.

Dies reicht nicht nach Eckersley für eine ökologische Demokratie aber noch nicht aus. Es braucht auch vorbeugende, grundlegende ökologische Rechte, die, ebenso wie moderne Freiheitsrechte, allgemeingültig und unantastbar sind. „Such rights might include a right to environmental information (...), the right to be informed of risk-generating proposals, third-party litigation rights, a right to participate in environmental impact assessment processes, and the right to environmental remedies when harm is suffered.“ (ebd.: 137; vgl. auch Eckersley 1998) Garant dieser Grundrechte wäre für Eckersley der Staat.

¹⁶ Und ebenso auch Kleinkinder, Menschen mit kognitiven Erkrankungen usw.

Um das Demokratieverständnis von Eckersley gut nachvollziehen zu können, ist es auch hilfreich kurz auf die Demokratietheorie von Habermas zu blicken. Für Habermas ist die Sprache elementar. Sprache ist für ihn nicht nur ein Instrument der Vermittlung zwischen unterschiedlichen Meinungen, sondern durch die Sprache selbst, durch die Sprechakte tritt Rationalität und hervor. Grundbedingung für ideale Sprechakte sind für Habermas die drei universalen Aspekte Richtigkeit, Wahrhaftigkeit und Wahrheit. (Jäger/Baltes-Schmitt 2003: 107). Auch für einen erfolgreichen deliberativen Diskurs braucht es nach Habermas einige Regeln. So sollten 1) Alle Personen, die von dem zu verhandelnden Thema betroffen sind, am Diskurs teilnehmen können. 2) Alle Personen, die an einem Diskurs teilnehmen, sollen gleichermaßen Erklärungen und Rechtfertigungen einfordern können. 3) Subjektivität muss grundsätzlich erlaubt sein und 4) sollen diese Diskursrechte nicht durch Zwangsmaßnahmen verhindert oder eingeschränkt werden (ebd.: 75). Sinn und Zweck der Deliberation ist dabei, gesellschaftliche Konflikte letztlich durch einen gesellschaftlichen Konsens zu lösen. „Konsens bedeutet dabei, in Abgrenzung zum Kompromiss, dass alle Beteiligten dieselbe Option, also eine bestimmte politische Entscheidung, aus denselben verallgemeinerbaren Gründen allen anderen verfügbaren Optionen vorziehen.“ (Landwehr 2012: 361) Die Normativität deliberativer Ansätze zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Werte und Bedingungen wie Machtfreiheit, Gewaltfreiheit, Gleichheit oder Inklusion vorherrschen müssen für eine wirkliche perfekt, vollständige Deliberation (ebd.:362).

Zentral ist aber auch der Begriff der Öffentlichkeit. Diese steht den politischen Institutionen quasi gegenüber und ist die Sphäre, in der die deliberativen Prozesse stattfinden. Durch Deliberation werden also nicht direkt Entscheidungen getroffen, sondern durch sie kann Druck auf das politische System aufgebaut werden.

Eckersley stimmt hier zwar grundsätzlich zu, geht aber auch darüber hinaus. Für sie ist die zentrale Aufgabe einer ökologischen Demokratie, „that all those potentially affected by ecological risks (human or nonhuman, present or future generations) should have some meaningful opportunity to participate or otherwise be represented in the making of the policies or decisions that generate such risks.“ (Eckersley 2004: 171) Nimmt man dieses Ziel ernst, dann genügt es eben nicht, Staat und Demokratie innerhalb nationalstaatlicher Grenzen allein zu denken, da z.B. bestimmte Auswirkungen von ökologischer Zerstörung in einem Land auch Menschen (und Umwelt) betreffen könnten, die nicht in diesem Staat leben, oder noch gar nicht leben. Für Eckersley muss, ebenso wie die Demokratie, auch der Staat transnational verstanden werden.

Damit geht sie in ihrer Konzeptualisierung über Habermas hinaus. „Habermas’s defense of the constitutional state offers no formal, institutionalized means to recognize, or otherwise incorporate, the concerns of those living outside the nation-state, even though they may be materially affected by decisions made within the nation-state.“ (ebd.: 172) An diesem Punkt

wird der Unterschied zwischen Habermas und Eckersley deutlich. Im demokratiethoretischen Denken kann allgemein zwischen zwei Prinzipien differenziert werden, die ganz grundsätzlich ein Recht zur demokratischen Partizipation begründen. Das eine ist die Betroffenheit der Entscheidung, das andere eng mit dem Liberalismus und Kosmopolitismus verbunden ist, das zweite ist jenes der Zugehörigkeit (zu einer bestimmten Gruppe oder zu einem Nationalstaat etc.), das in der Tradition des Kommunitarismus steht. Aus beiden können je unterschiedliche Schlussfolgerungen für die Demokratie gezogen werden. Sind im Kosmopolitismus grundsätzlich alle Menschen potenziell in demokratische Entscheidungsstrukturen inkludiert, bedarf es im Kommunitarismus einer Begrenzung der Gemeinschaft (durch Staatsgrenzen etc.) innerhalb derer demokratische Entscheidungen getroffen werden können (ebd.: 171ff.).¹⁷

Jürgen Habermas möchte mit seiner Theorie auch diese zwei unterschiedlichen Prinzipien in Verbindung setzen. Hat nämlich seine Diskurstheorie durchaus kosmopolitische Züge „insofar as it asks participants in any discursive dialogue to judge proposed norms in terms of how they affect others“, ist seine Auffassung von Recht, Staat und Demokratie stärker am Kommunitarismus orientiert „insofar he believes that the practical reason that produces legal norms cannot transcend the particular culture of particular communities.“ (ebd.: 172). Eine demokratische Volkssouveränität benötigt in seinen Augen festgelegte territoriale Grenzen (nationalstaatliche oder gar europäische) und einen (Wohlfahrts-)Staat.

Robyn Eckersley ordnet ihren Entwurf einer ökologischen Demokratie nun klar dem kosmopolitischen Ideal zu und kritisiert Habermas dafür, dass er festhält am „nostalgic schema of the post-1945 western European nation-state.“ (ebd.) Für sie gibt es keinen Grund, warum sich demokratische (deliberative) Prozesse nur innerhalb eines bestimmten Nationalstaates verwirklichen lassen sollten und nicht über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Sie akzeptiert zwar das kommunitaristische Argument, dass es für Demokratie stets eine gewisse soziale Solidarität zwischen den Menschen gibt, jedoch fragt sie danach, wie diese Solidarität über den Nationalstaat hinaus erweitert werden kann und auch erweitert werden muss, gerade hinsichtlich der ökologischen Problematik.

5.4 Zwischenfazit: Eckersleys deliberativ-ökologische Demokratie

Zusammenfassend nochmal die drei Kernelemente ihrer Demokratiethorie: Erstens geht sie in ihrer Konzeption deliberativer Demokratie über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus. Die ökologische Krise kann in ihrer Komplexität gar nicht innerhalb eines Nationalstaates gelöst werden, daher müssen auch deliberative Prozesse über nationalstaatliche Grenzen geführt

¹⁷ In der Praxis lassen sich diese beiden Prinzipien natürlich kaum in ihrer theoretischen Klarheit verwirklichen und umsetzen.

werden. Zweitens wird deutlich, dass bei einer so großen Problematik wie der ökologischen Krise gar nicht alle Betroffenen gleichermaßen an der Deliberation partizipieren können, daher plädiert Eckersley auch für eine Demokratie „for the affected“ (Eckersley 2004: 112). Und schließlich möchte sie sowohl die Interessen zukünftiger Generationen als auch der Natur selbst in deliberative Prozesse einbeziehen. Dies ist wohl die entscheidendste Erweiterung der Habermas'schen Theorie. Insbesondere fraglich ist, inwiefern die Natur eingebunden werden kann. Eckersley macht dazu lediglich einige Vorschläge in welche Richtung es gehen könnte. Hinsichtlich deliberativer Prozesse, wären „Nature Advocats“ (z.B. Umwelt-NGOs) vorstellbar, die im Namen der Natur sprechen. Darüber hinaus könnten auch in den Parlamenten eine gewisse Anzahl der Sitze für diese „Nature Advocats“ reserviert sein, um die Belange der Umwelt direkt demokratisch zu institutionalisieren (Eckersley 2012). Vorstellbar wären aber auch „environmental rights for both humans and non-humans as a supplement to human rights“ (ebd.: 254; vgl. auch Eckersley 1995). Deutlich wird jedenfalls, dass Eckersley nicht nur die liberale Demokratie umfassend verändern möchte, sondern auch der liberale Staat muss grundlegend geändert werden. Darum soll es im folgenden Abschnitt gehen.

5.5 The Green Democratic State

Ökologische Rechte müssten nach Eckersley, ebenso wie liberale Rechte, staatlich garantiert und verfassungsrechtlich verankert werden. In ihren Augen wäre der Green Democratic State also kein anti-liberaler, sondern ein postliberaler Staat, der einerseits auf bestimmten liberalen Rechten aufbaut, andererseits bestimmte jedoch auch liberale Prinzipien in Frage stellt.

The liberal democratic constitution presupposes and seeks to maintain a liberal notion of public reason that recognizes, protects, and rewards rational, autonomous, and freely choosing individuals in both the economic and political realms. A green democratic constitution would likewise require the flourishing of its own kind of public reason (...) that recognizes, protects, and rewards ecologically responsible social, economic and political interactions among individuals, firms and communities. (Eckersley 2004: 139f.)

So wird die Freiheit der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft nicht ex ante als gegeben betrachtet, sondern wird erst durch eine ökologische Verfassung und entsprechende Gesetze ermöglicht. Diesen ökologischen Staat versteht Eckersley nicht als eine neutrale Instanz, wie er oft in der liberalen Theorietradition gesehen wird, sondern in enger Verbindung mit der Zivilgesellschaft. Die Vermittlungsebene bildet dabei die öffentlichen Sphären. Dabei geht

Eckersley auch über die Überlegungen von Habermas zur Staatlichkeit und zur Rolle des Staates hinaus.

Für Habermas ist ein verfassungsrechtlicher Rahmen Grundbedingung gelingender Deliberation. Er argumentiert, dass „basic constitutional rights do not stand prior to democracy (...). Rather, basic rights and democracy are understood as presupposing each other and are therefore understood to be mutually constitutive.“ (Eckersley 2004: 144; vgl. auch Habermas 1994) An der liberalen Theorie kritisiert Habermas, dass Demokratie auf den strategischen Aushandlungsprozess von gegensätzlichen Meinungen reduziert wird. Der Staat wäre demnach lediglich der Apparat der öffentlichen Verwaltung und die Politik diene nur dazu, die Durchsetzbarkeit individueller Interessen zu gewährleisten. Habermas sieht aber auch die republikanische Theorietradition kritisch, da diese letztlich zu idealistisch sei und auf die Homogenität der Staatsbürger*innen angewiesen wäre, was wiederum der gesellschaftlichen Pluralität zuwider laufen würde (Habermas 1999). Mit seinem Konzept einer deliberativen Demokratie versucht er einen dritten Weg zwischen Liberalismus und Republikanismus zu beschreiten. Habermas „seeks to uphold the republican defense of public or collective reason over individual rational choice strategies while also pragmatically accepting representative democracy and delegated power, guided by the principles of the constitutional state.“ (Eckersley 2004: 146) Habermas' Ansatz setzt darüber hinaus auch eine entsprechende Etablierung und Institutionalisierung deliberativer Verfahren und Kommunikation voraus. „These procedures and conditions are also understood as providing the basis for the development of social solidarity among strangers in relatively autonomous public spheres in civil society and the more formal deliberative arenas of the state.“ (ebd.) Politische Legitimität stellt sich für Habermas nicht über moralische oder ethische Einigkeit oder die gleichen Weltanschauungen der Bevölkerung her, sondern über gerechte und pragmatische, insofern auch rationale Entscheidungsprozesse. Diese politische Legitimität vermittelt sich bei Habermas sowohl im Staat als auch in der Zivilgesellschaft durch die öffentliche Sphäre, in erster Linie eben durch Kommunikation (Habermas 1992: 208ff.). Die Öffentlichkeit ist, wie oben schon erwähnt, der zentrale Ort der Deliberation. Die Zivilgesellschaft kann zwar durch die Deliberation, das politische System nicht direkt kontrollieren oder beeinflussen, jedoch kann öffentlicher Druck aufgebaut werden.

Robyn Eckersley geht nun auch von diesen Grundannahmen aus, jedoch übt sie auch Kritik an Habermas. So klammert Habermas die Frage aus, wie Staat und Ökonomie (weiter) demokratisiert werden können. Dies sei aber in Bezug auf eine ökologische Demokratie unerlässlich. Darüber hinaus macht Eckersley die Notwendigkeit von Konflikten stark, insbesondere für große gesellschaftliche Transformationen: „Indeed, for so long as organized public power is not fully democratic, then environmental justice advocates may sometimes need to resort to strategic rather than communicative action in order to establish the conditions

for fair and free deliberation.“ (Eckersley 2004: 158, vgl. auch Eckersley 2002) Hier greift sie auch die Ausführungen von Laclau und Mouffe zur diskurstheoretischen Hegemonietheorie und antagonistischen sozialen Kräften in der Gesellschaft auf (Laclau/Mouffe 2012). Im Anschluss an Iris Marion Young (2010) argumentiert sie auch für ein stärkeres Eingreifen des Staates:

[T]he virtuous state should be concerned not simply with laying down a just framework of civil and political rights and discursive procedures that enables democratic participation. It should also be concerned with actively intervening in society and the economy in order to promote social and environmental justice (including wealth redistribution) by means of strategies of political empowerment precisely because they are essential for the democratic self-determination and self-development of the many, not just the few. (Eckersley 2004: 161)

Entsprechend ihrer Ausführungen zur deliberativen Demokratie, die nicht an den Grenzen eines Nationalstaates aufhören sollte, konzeptualisiert sie auch den „Green State“ nicht als Nationalstaat, sondern als transnationalen Staat.

5.6 The Green Democratic Transnational State

Ich greife hier nochmal ein Zitat von Eckersley von weiter oben auf: „Habermas’s defense of the constitutional state offers no formal, institutionalized means to recognize, or otherwise incorporate, the concerns of those living outside the nation-state, even though they may be materially affected by decisions made within the nation-state.“ (ebd.: 172). Habermas befürwortet natürlich grundsätzlich die Idee der europäischen Union und sieht den Kosmopolitismus durchaus positiv (Fine/Smith 2003), doch für ihn kann die demokratische Selbstbestimmung von Bürger*innen nur innerhalb bestimmter Grenzen funktionieren, ob nun nationalstaatlich oder suprastaatlich. Robyn Eckersley stimmt zwar Habermas insofern zu, dass ein demokratisches Rechtssystem sinnvoll und hilfreich für die Entstehung und Aufrechterhaltung solidarischer Werte ist, gleichzeitig akzeptiert sie aber nicht, dass diese Werte nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen wirklich bestehen könnten. Oder anders: „If national communities can be inclusive internally, then why must they always be exclusive externally, especially in an age of globalization?“ (Eckersley 2004: 183)

Denn gerade durch solche Probleme und Krisen, die eben nicht nur einzelne Nationalstaaten betreffen, sondern Herausforderungen für die Menschen weltweit sind, können neue Solidaritätsvorstellungen entstehen, Formen von Zugehörigkeit sich entwickeln:

National communities are only one kind of community and they are under increasing strain from the processes of globalization. If nations are imaginary communities based on abstract rather than embodied social bonds, then there seems to be no good reason for denying the significance of other kinds of imaginary communities that come into being in response to common problems that transcend national boundaries or simply in response to human suffering or ecological degradation wherever it may occur in the world. (ebd.: 185)

Sie ist hier aber keineswegs naiv und ist sich durchaus bewusst, dass sich Solidarität zwischen Menschen vor allem im direkten Kontakt herstellt, durch vielfache Verbundenheit und auch Abhängigkeiten. Der Nationalstaat als Wohlfahrtsstaat ist hierfür natürlich ein nicht zu vernachlässigendes Element. Aus diesem Grund fragt sie danach wie geteilte Betroffenheiten von Menschen über nationalstaatliche Grenzen hinweg als demokratisches Prinzip stärker etabliert werden könnte. Ihr Vorschlag, als Weg in diese Richtung, wären „multilateral agreements between states that create overlapping, supplementary structures of rule that actively utilize existing territorial governance structures.“ (ebd.: 193) Durch diese Abkommen könnten Probleme bearbeitet werden, die auf nationalstaatlicher Ebene nicht gelöst werden könnten.

Sie betont jedoch, dass es dafür mehrere Nationalstaaten, quasi als Pioniere, braucht, die die ersten Schritte auf dem Weg zu einem internationalen System transnationaler Staaten machen.

This means that only where zones of affinity emerge among particular groupings of states (...) that a genuine transnational democracy becomes possible. (...) To the extent to which such green clusters grow or are copied elsewhere, it ought to be by respectful persuasion or example (...). [O]ther states and their societies should be free to appropriate those features that best fit with their own cultures and histories. (ebd.: 201f.)

Robyn Eckersley beschreibt nach Reus-Smit (1996) vier Ebenen, auf denen eine solche Transformation stattfinden kann: Auf der Ebene spezifischer Regime, in den Institutionen des internationalen Rechts und der Diplomatie, auf der Ebene der Prinzipien der Souveränität und schließlich auf der Ebene der Zielsetzungen moderner Nationalstaaten. Eckersley geht dabei von einer Art Trickle-down-Effekt von der ersten Ebene auf die zweite, von dort auf die dritte, dann auf die vierte Ebene aus (Eckersley 2004: 208).

So argumentiert sie, dass die Transformation hin zum grünen transnationalen Staat bereits mit dem Beschluss der ersten Umweltabkommen in den 1970er Jahren begonnen hat und bis heute anhält (ebd. 211ff.).¹⁸ Die Beschlüsse und Abmachungen in den Umweltabkommen

¹⁸ Allein seit den frühen 1970er Jahre bis in die frühen 1990er Jahren wurden fast 900 solcher Abkommen geschlossen (Brown Weiss 1993: 675).

beeinflussen und verändern die einzelnen Vertragsstaaten und auch umgekehrt haben einzelne Staaten Vorbildcharakter für andere Staaten, wenn sie auf nationaler Ebene Umweltregulationen beschließen und erfolgreich umsetzen, als frühes Beispiel erwähnt sie den National Environmental Policy Act in den USA, der 1969 beschlossen wurde (EPA 2019). Dabei werden gerade auch nichtstaatliche Akteure bei den Verhandlungen immer wichtiger und werden zunehmend auch immer intensiver in die Verhandlungen eingebunden. Die Veränderungen sieht sie als Veränderungen auf den Ebenen eins und zwei an: „That is, there has been a significant shift in the principles, subject matter, scope, and sophistication of environmental treaties and declarations, and environmental multilateralism has evolved to include (...) nonstate actors to a much greater degree than in the past.“ (ebd.: 217)

Aber es gab auch bereits Verschiebungen auf der dritten Ebene. Ökonomische und ökologische Gerechtigkeit wurden lange Zeit als zwei konkurrierende Prinzipien betrachtet. Vor allem die dekolonialisierten Länder argumentierten, dass die internationalen Umweltabkommen die ökonomische Entwicklung verhindern würden, die diesen Ländern nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Geschichte aber zustehen würde. Sie forderten ihre eigene Souveränität und damit einhergehen das Recht der ökonomischen Entwicklung ein.

Angesichts der Zunahme der ökologischen Krise wurden in internationalen Verhandlungen einerseits ökologische und ökonomische Fragen immer weiter zusammengedacht, gleichzeitig wurden aber auch die Unterschiede der ökonomischen Situation der Länder berücksichtigt. In der Deklaration von Rio 1992 schlug sich dies in der Formulierung „common but differentiated responsibilities“ (GA 1992) nieder.

Aber es sind nicht nur ökonomische und ökologische Fragen, die in Verbindung gesetzt werden müssten. Gerade auch die Verbindung von ökologischen Fragen mit Fragen der Souveränität hält Eckersley für wichtig für ihre Vorstellungen eines grünen transnationalen Staates:

In the context of increasing global economic and ecological interdependence, (...) unwanted flows of pollution (e.g., acid rain), waste, or potentially harmful products might (...) be said to undermine the self-determination of nation-states, in this case, the freedom of national communities to determine their own levels of environmental quality and the ways in which they might wish to use sustainably or protect their natural resources and biological and cultural heritage. (ebd.: 231f.)

Im Kern geht es ihr dabei auch um die Verbindung von ökologischen Fragen mit den Menschenrechten und der territorialen Unversehrtheit der Staaten im Sinne des

Umweltvölkerrechts¹⁹ und der Charta der Vereinten Nationen. Territoriale Integrität kann in diesem Kontext demnach auch als ökosystemische Integrität interpretiert werden. „In these circumstances at least territorial sovereignty (...) can serve as a bulwark against anti-ecological practices that encroach upon the territory and policy-making powers of particular nation-states.“ (ebd.: 233; vgl. auch Litfin 1998).

Wenn derlei Entwicklungen und Verschiebungen auf den Ebenen eins bis drei fortschreiten würden, könnten sich mittel- und langfristig auch die grundsätzlichen Ziele der Staaten (Ebene 4) verschieben.

Robyn Eckersley ist bewusst, dass es keinen Automatismus in diese Richtung gibt und ebenso, dass es durchaus Hindernisse und große Anstrengungen für die Etablierung einer solchen transnationalen Staatlichkeit braucht. Eines der größten Hindernisse sieht sie im ökonomischen Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Nationalstaaten und insbesondere auch in der naturzerstörenden und ausbeutenden kapitalistischen Wirtschafts- und Produktionsweise. Auch diese müsse sich ändern. Bevor ich aber noch näher darauf eingehen, werde möchte ich noch ein Zwischenfazit zum Staatsverständnis von Eckersley ziehen.

5.7. Zwischenfazit: Eckersleys Staatsverständnis

Robyn Eckersley denkt den Staat im Sinne von Jürgen Habermas. Dieser wollte mit seiner deliberativen Demokratietheorie die Schwachstellen der liberalen und der republikanischen Demokratie überwinden, indem er die Stärken der beiden Strömungen zu verbinden suchte. Staat und Gesellschaft werden als zwei getrennte Sphären gedacht, ganz im Sinne liberaler Theorien. Staat, das ist die Sphäre der Politik im engeren Sinne, als Regierung, Parlament, Gerichte usw. Auf diesen Staat können die Bürger*innen einerseits durch regelmäßige Wahlen Einfluss nehmen. Andererseits, und das ist das zentrale, kann auch Druck durch deliberative Prozesse auf die Politik ausgeübt werden. Habermas' deliberative Theorie rückt insofern

[in] Übereinstimmung mit dem Republikanismus (...) den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in den Mittelpunkt ohne jedoch die rechtsstaatliche Verfassung als etwas Sekundäres zu verstehen; vielmehr begreift sie Grundrechte und Prinzipien des Rechtsstaates als konsequente Antwort auf die Frage, wie die anspruchsvollen Kommunikationsvoraussetzungen des demokratischen Verfahrens institutionalisiert werden können. (Habermas 1999: 287)

¹⁹ Ein Zusammenhang der sich 2018 auch in den „Framework Principles on Human Rights and the Environment“ niederschlug (Knox 2018).

Während der Staatsapparat der Hort der politischen Macht ist, ist die Zivilgesellschaft jener der kommunikativen Macht (Jäger/Baltes-Schmitt 2003: 22). Die Ökonomie muss ebenfalls als getrennte Sphäre und Hort der ökonomischen Macht betrachtet werden, hier ist Habermas wieder sehr liberal. Die Vermittlungsebene bildet die öffentliche Sphäre. „Die politische Beteiligung der BürgerInnen [sic!] wird auf den zivilgesellschaftlichen Bereich reduziert, die Sphären der Wirtschaft und des Staates bleiben dem Zugriff und der direkten politischen Beteiligung entzogen.“ (Lösch 2004: 237)

Eckersley knüpft nun grundsätzlich an dieser Staats- und Gesellschaftskonzeption an. Auch sie konzentriert sich in ihren Ausführungen auf die Prozesse der Deliberation und auf die vertiefende Institutionalisierung dieser Prozesse. Ebenso wie für Habermas sind demokratische Grund- und Menschenrechte, verankert im Rechtsstaat, Grundvoraussetzung. Aber in ihrem Modell eines grünen, transnationalen Staates geht sie auch über Habermas hinaus. Sie fragt danach „[how] to make the democratic state more responsive to (...) critical feedback, acknowledging the crucial role played by civil society actors and public spheres in the processes of problem detection.“ (Eckersley 2004: 164) Sie möchte also der Zivilgesellschaft einen zentraleren Stellenwert geben. Außerdem sollen in den deliberativen Prozessen auch zukünftige Generationen und die Natur berücksichtigt werden. Es geht ihr damit nicht nur um eine stärkere Demokratisierung der Zivilgesellschaft selbst, sondern auch mehr demokratische Rechte und ebenso Rechte der Natur sollen Eingang finden in die Verfassung des „Green State“. Darüber hinaus geht es ihr deshalb auch um eine fortschreitende Demokratisierung des Staates und der Ökonomie: „In cases of intractable conflict, the discursive norms and procedures upheld by the green democratic state ought to favor the interests of the dominated over the interests of the dominators, provided that any intervention leads to less rather than more domination.“ (ebd.: 169)

Für Eckersley müssen an den deliberativen Prozessen all jene beteiligt werden, die von den Entscheidungen betroffen sind und es sollten all jene die sich nicht selbst beteiligen können (v.a. zukünftige Generationen und die Natur) möglichst, zumindest durch Interessenvertreter*innen, mitberücksichtigt werden. Gerade in Bezug auf die ökologische Krise müssen deliberative Prozesse über nationalstaatliche Grenzen hinaus gehen.

Bei ihren Ausführungen zum transnationalen Staat und zum internationalen System knüpft Eckersley darüber hinaus auch an konstruktivistische Staatsvorstellungen an. Sie grenzt sich dabei sowohl vom (Neo)Realismus, als auch vom (Neo)Liberalismus ab (Eckersley 2004: 19ff.) Denn was beide nicht wirklich erklären könnten, wären „the changing identities and interests of states, the role of moral norms, and the significance of culture and discourse in international politics.“ (Eckersley 2004: 34) Beide nehmen die Struktur des internationalen Systems und die Identität der Staaten als a priori gegeben an. Vertreter*innen von konstruktivistischen Theorien (Wendt 1992, 1999) stellen beides jedoch in Frage. Durch Interaktion und wiederholte

Kooperation und Zusammenarbeit (in internationalen Verträgen, Regimen, Organisationen usw.) kann sich das Verhalten von Staaten zueinander verändern. Gleichzeitig sind für den Konstruktivismus in der Analyse neben den Staaten vor allem auch soziale Akteure, wie Regierungen, NGOs, Wirtschaftsverbände usw. zentral, die mit je eigenen Interessen und Intentionen auf der internationalen Ebene agieren und eingreifen.

Eckersley ist hier aber durchaus nicht macht- und herrschaftsblind und sieht durchaus, dass es bei internationalen Verhandlungen nicht allein um den zwanglosen Zwang des besseren Arguments geht, sondern auch um unterschiedliche Interessen und deren Durchsetzung und ebenso um hegemoniale Kämpfe. Aber sie macht auch klar, dass hegemoniale Staaten²⁰ und Akteure in vielen Fällen eben nicht allein durch Zwang ihre Interessen durchsetzen können, sondern auch auf kommunikative Überzeugungen auf Basis geteilter Werte und Normen.

5.8 A Strong Ecological Modernization: Ökologie und Ökonomie

Ich komme hier noch auf die dritte Herausforderung für einen grünen Staat zu sprechen, die Eckersley in ihrem Buch thematisiert (neben den Demokratiedefiziten des liberalen Staates und dem anarchischen System auf internationaler Ebene): Der globalisierte, neoliberale Kapitalismus und dessen Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat und die Natur.

Robyn Eckersley macht klar, dass die Globalisierung nicht einfach ‚passiert‘, sondern dass diese von Staaten, insbesondere den USA, vorangetrieben wurde und wird. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung seit den 1970er Jahren kam es weltweit zu weitreichenden Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen, von denen v.a. große Unternehmen profitierten, die weltweit agieren und relativ kurzfristig Kapital in jene Märkte investieren können, in denen die Bedingungen für eine höhere Kapitalakkumulation günstiger sind. Dadurch entwickelte sich eine Art ‚race-to-the-bottom‘ bei den De-Regulierungsmaßnahmen der Staaten in Bezug auf Sozialstandards, ökologischen Richtlinien, Importauflagen usw. Das Ziel war es, den jeweiligen eigenen nationalen Markt für die internationalen Konzerne möglichst attraktiv zu gestalten. Der Wohlfahrtsstaat entwickelte sich zusehends zu einem Wettbewerbsstaat: „The upshot has been a shift away from the idea of the state as the protector and provider of public goods and services toward the notion of the state as a facilitator of privatization, commodification, marketization, and deregulation.“ (Eckersley 2004: 66) Eckersley geht nun aber nicht davon aus, dass der Staat damit letztlich keinerlei Möglichkeiten mehr hätte diese Entwicklung zu stoppen, im Gegenteil, der Wohlfahrtsstaat wäre wichtiger denn je, in sozialer und auch in ökologischer Hinsicht:

²⁰ Sowohl im realistischen als auch im gramscianischen Sinne des Wortes

State welfare services have become *more* rather than less important as a compensatory mechanism to protect the less privileged members of society from the harsher consequences of economic globalization. Likewise it can be argued that the environmental regulatory role of the state has become more rather than less important to protect ecosystems and life support systems from the intensified pressures of economic competition. (ebd.: 68)

Sie argumentiert, dass es keinen Automatismus in der Entwicklung hin zum vollkommenen Wettbewerbsstaat gibt. Es müsse nicht zu einem „anti-ecological endgame“ kommen. „The reasons include resistance from civil society, changing regulatory practices on the part of states, and the adaptability of capitalism to changing state regulation and consumer demand.“ (ebd.: 69) Staaten sind nicht alle identisch, sondern haben eine je eigene Geschichte, wären gesellschaftlich auch nicht homogen und reagieren dementsprechend anders auf bestimmte Probleme und Herausforderungen. „Different states seek to cope with change in different ways by pursuing different *competitive strategies* that seek to improve the climate for business in order to enhance national competitiveness in the global economy. While some of these strategies seek to deregulate, others seek to tighten regulations or simply regulate differently.“ (ebd.)

Darüber hinaus müssten sich ökonomisches Wachstum und der Schutz der Umwelt nicht zwangsläufig widersprechen, was sie anhand des Beispiels der ökologischen Modernisierung zu erklären sucht. Der Fakt, dass wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland oder die Niederlande sehr hohe ökologische Richtlinien hätten, würden der Generalisierbarkeit des ‚Race-to-the-bottom‘-Arguments entgegenstehen. Sie wirft die Frage auf, inwiefern die ökologische Modernisierung eine Strategie für Grüne Staaten sein könnte, sich dem Druck der Globalisierung zu widersetzen: „To what extent, and how, might ecological modernization free the hand of the political leaders of aspiring green states to orchestrate more systematic environmental protection and environmental justice?“ (ebd.: 70) In Anlehnung an Peter Christoff (1996) und Anthony Giddens (1995) unterscheidet sie eine schwache ökologische Modernisierung von einer starken, reflexiven Modernisierung. Diese reflexive Modernisierung „calls into question the policy tools and goals as well as the purpose and meaning of the modernization process.“ (Eckersley 2004: 71)

Der Ansatz der schwachen ökologischen Modernisierung naturalisiere den Prozess der Modernisierung selbst und setze neben Veränderungen auf der Policy-Ebene in erster Linie auf den technologischen Fortschritt und Effizienzsteigerungen. Der Ansatz ist insbesondere auch ein eurozentristischer Ansatz und basiert auf Logiken der kapitalistischen, wachstumsgetriebenen Ökonomie. Es soll eine neue „grüne“ Form des ökonomischen Wachstums generiert werden, indem die Natur finanzialisiert, also ökonomisch verwertbar gemacht wird. Umweltschutz und Nachhaltigkeit werden also nur soweit als sinnvoll erachtet,

wie sie die Grundlagen kapitalistischer Ökonomie nicht untergräbt oder verhindert, der Wachstumsimperativ bleibt quasi alternativlos.

Der Ansatz einer starken Modernisierung würde nun eine stärkeren Technologisierung und Effizienzsteigerungen nicht ablehnen, allerdings wäre dies nicht genug.

Strong ecological modernization has raised issues of new technologies, new instruments of environmental management, new policy settings and new policy principles (...), new policy paradigms based on new societal goals (sustainable development), and new understandings of the role and rationale of the state and the state system (from environmental exploiter and facilitator of private environmental exploitation to public environmental trustee). (ebd.: 80f.)

Für eine starke ökologische Modernisierung bräuchte es demnach nicht nur Veränderungen auf der Policy-Ebene, sondern es bräuchte vielmehr „transformation in the role and functions of the liberal capitalist state and capitalist society“ (ebd.). Nur grundlegende Änderungen des gesamten System (sie meint damit die gegenseitige Abhängigkeit des liberalen Staates und der kapitalistischen Ökonomie) könnten eine wirkliche ökologische Modernisierung bewirken: „A deep and lasting resolution to ecological problems can therefore only be anticipated in a postcapitalist economy and postliberal democratic state.“ (ebd.)

Ihre Ausführungen zu einer möglichen Gestaltung eines postliberalen, demokratischen Staates habe ich bereits weiter oben ausgeführt. Wie Eckersley sich eine postkapitalistische Ökonomie vorstellt bleibt sie aber weitestgehend schuldig. Folgendes Zitat gibt lediglich einen kleinen Einblick:

Would a fullfledged green democratic state still be a capitalist state? On the one hand, the green state would still be dependent on the wealth produced by private capital accumulation to fund, via taxation, its programs and in this sense would still be a capitalist state. On the other, securing private capital accumulation would no longer be the defining feature or primary *raison d'être* of the state. The state would be more reflexive and market activity would be disciplined, and in some cases curtailed, by social and ecological norms. (ebd.: 83)

Hieraus lässt sich nur wenig ableiten, jedoch wird doch deutlich, dass ihre Vorstellungen einer postkapitalistischen Ökonomie keineswegs einer antikapitalistischen Ökonomie entsprechen. Abschließend möchte ich hier nun noch auf Robyn Eckersleys Auffassung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur zu sprechen kommen.

5.9 Gesellschaft-Natur-Verhältnisse bei Eckersley

Robyn Eckersleys Auffassung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur ist keineswegs einheitlich und es scheint einen großen Unterschied zwischen ihrer normativen Vorstellung davon und ihrer analytischen Konzeption dieses Verhältnisses zu geben.

In normativer Hinsicht verfolgt Eckersley eher eine ökologisch-holistische Perspektive (Brand 2014a: 14f.). Der Mensch und die Gesellschaft sind Teil der Natur und sollten sich dieser zwar nicht unbedingt unterwerfen, aber es sollte doch zumindest in Einklang mit der Natur gelebt werden. Die Natur steht in der Hierarchie tendenziell über der Gesellschaft. Diese Haltung wird bei Eckersley auch in anderen Arbeiten deutlich (Eckersley 1992, 2017).

Schaut man sich jedoch ihre Ausführungen zur deliberativen Demokratietheorie diesbezüglich nochmal genauer an, kommt man aber auch durchaus zu einem anderen Eindruck. Hier konzeptualisiert sie Natur, ähnlich wie Blühdorn, in sozio-zentrierter, sozialkonstruktivistischer Perspektive (Brand 2014a: 16), was ja auch durchaus stimmig zu ihren sozialkonstruktivistischen theoretischen Grundannahmen ist. Natur kommt dabei vor allem dann in den Blick, wenn es um exogene Störungen gesellschaftlicher Verhältnisse geht, also Umweltkatastrophen oder die Auswirkungen von Umweltzerstörungen usw. Dies klingt auch an, wenn sie den gesellschaftlichen Demos als „community at risk“ (ebd.: 113) bezeichnet. Hier geht es gerade nicht darum das Gesellschaft-Natur-Verhältnis zu gestalten, sondern die negativen Auswirkungen der Natur auf die Gesellschaft möglichst gerecht zu verteilen (vgl. auch ihre Ausführungen zur Environmental Justice).

Gesellschaft und Natur erscheinen hier als zwei getrennte Sphären und Eckersley fokussiert sich auf die Sphäre der Gesellschaft, Natur erscheint in der Tendenz eher als ein Black Box. Aufgrund ihres diskurstheoretischen, sozialkonstruktivistischen Zugangs beschäftigt sie sich v.a. mit der Art und Weise, wie Natur sozial vermittelt ist oder auch mit der Umkämpftheit von Natur im gesellschaftlichen Diskurs. Nur am Rande wird bei ihr Natur als elementarer Bestandteil gesellschaftlicher Stoffwechselprozesse in den Blick genommen, nämlich dort wo sie die Externalisierung von Kosten der Naturzerstörung in den globalen Süden erwähnt (vgl. u.a. ebd.: 126).

Alles in allem bleibt ihre Auffassung des Gesellschaft-Natur-Verhältnis damit durchaus widersprüchlich, ihre analytische sozialkonstruktivistische Perspektive passt nicht zu ihren normativen naturalistischen Ausführungen.

6 Eine kritische Theorie der sozial-ökologischen Krise

Will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet? (GH 15: 1714)

Als dritte Perspektive auf die Frage nach der doppelten Herausforderung von Demokratie und Ökologie möchte ich im Folgenden auf einige Erkenntnisse kritischer Gesellschaftstheorie zu sprechen kommen. Dabei möchte zunächst auf die Politische Ökologie und das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingehen. Danach werde ich ein Staatsverständnis aus materialistischer Perspektive erläutern. Anschließend daran möchte ich einige Aspekte einer kritisch-materialistischen Demokratietheorie herausarbeiten, die in Zusammenhang mit ökologischen Gesichtspunkten gesetzt werden können. Dann folgen einige Ausführungen zur Politischen Ökonomie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Abschließen wird das Kapitel 6 mit einem kurzen Zwischenfazit.

6.1 Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie

Gesellschaftstheorien im Allgemeinen fragen nach den Ursachen von gesellschaftlichem Wandel und Stabilität, nach der Rolle von Institutionen, nach sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Je nach ontologischen und epistemologischen Annahmen gibt es sehr unterschiedliche Gesellschaftstheorien, wie jene von Max Weber oder Niklas Luhmann.

Was aber ist nun spezifisch eine *kritische* Gesellschaftstheorie? „Kritik“ stammt ursprünglich vom griechischen Wort ‚krinein‘, was entscheiden, unterscheiden oder beurteilen bedeutet. Es geht also nicht um ein Herumkritisieren im alltäglichen Sinne, einem bloßen ‚Dagegen sein‘. Eine kritische Gesellschaftstheorie möchte gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse hinterfragen, deren Ursachen und Bedingungen, Mechanismen und strukturelle Zwänge aufdecken und dadurch auch zu gesellschaftlicher emanzipatorischer Veränderung beitragen.

Auch wenn Perspektiven kritischer Theorien nicht auf die (ältere) Kritische Theorie der Frankfurter Schule um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno reduziert werden sollten, gingen von der Kritischen Theorie dennoch wichtige Impulse für eine kritische Gesellschaftstheorie aus (Horkheimer 1988: 162ff.; Demirović 1999). Kritische Gesellschaftstheorie „meint in diesem Fall nicht nur die kritische Analyse dessen, was in einer Gesellschaft stattfindet, sondern Kritik zielt auch auf Gesellschaft selbst, also die Form

Gesellschaft, Gesellschaftlichkeit als solche.“ (Demirović 2003: 19). Für die Kritische Theorie war die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft im Anschluss an Karl Marx ein Klassen- und Herrschaftsverhältnis mit totalisierender Tendenz. Gleichzeitig sind die Vergesellschaftungsprozesse stets widersprüchlich und die Totalisierung kann nie vollständig hergestellt werden. Die Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der Gesellschaft sind vielfältig und können aus unterschiedlichen Perspektiven kritisch in den Blick genommen werden. „Jede dieser Perspektiven führt zu einer spezifischen Sicht auf die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse, die als kapitalistische, als patriarchale, als sexistische und heteronormativistische, als industrialistische oder als rassistische und kolonialistische Gesellschaft beschrieben werden können.“ (Demirović 2011: 526) Dabei gibt es zwischen den Perspektiven durchaus Überschneidungen, was der Begriff der Intersektionalität ausdrücken möchte (Winker/Degele 2010), aber keine der Perspektiven ist auf eine andere reduzierbar. Gleichzeitig stellt jedoch diese Pluralität von Perspektiven eine Herausforderung für kritische Gesellschaftstheorie dar, wird es doch nahezu unmöglich die Gesellschaft in ihrem Ganzen in den Blick zu bekommen, Gesellschaftstheorie bleibt demnach immer fragmentiert (vgl. Demirović 2011: 539). Darum ist es weder möglich noch mein Anspruch die sozial-ökologische Krise in ihrer Gesamtheit zu analysieren. Vielmehr möchte ich einige Aspekte, die das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur bzw. auch die Verbindung von Demokratie und Ökologie in den Blick bekommen, zusammenführen. Darüber hinaus soll auch der Dialog der in dieser Masterarbeit aufgeführten theoretischen Perspektiven dazu beitragen, ein genaueres Abbild gesellschaftlicher Realität zu erreichen.²¹

6.2 Politische Ökologie

Das Forschungsfeld der Politische Ökologie entwickelte sich aus Diskussionen unter anderem aus Ansätzen der Cultural Ecology und der Ökosystem-Kybernetik und der an Marx orientierten kritischen Theorie heraus (Brad 2019: 23). Abgrenzungspunkte der Politischen Ökologie stellen insbesondere Ansätze der Ökologischen Modernisierung und des Neomalthusianismus dar. In Anlehnung an Thomas Malthus gehen Vertreter*innen dieses Ansatzes davon aus, dass das Hauptproblem von Umweltproblemen die Überbevölkerung wäre. Die Politische Ökologie kritisiert dies, da die These der Überbevölkerung als alleinige Ursache nicht haltbar ist, außerdem sei die Annahme, dass die Umwelt und die Ressourcen begrenzt wäre ebenfalls nicht zutreffend, da Ressourcen auch immer etwas sozial

²¹ Wenn ich in weitere Folge also von der kritischen Gesellschaftstheorie spreche, beziehe ich mich auf jene Perspektiven, die ich im hier im 6.Kapitel näher erläutert habe.

Konstruiertes wären. Aber auch durch die bloße Modernisierung von Technologie und Techniken könnten Umweltprobleme nicht gelöst werden (vgl. Robbins 2004).

Die Politische Ökologie verbindet stattdessen Umweltfragen direkt mit polit-ökonomischen und ebenso mit Fragen um Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die Politische Ökologie „presents a Jekyll and Hyde persona, which attempts to do two things at once: critically explaining what is wrong with dominant accounts of environmental change, while at the same time exploring alternatives, adaptations, and creative human action in the face of mismanagement and exploitation.“ (ebd.: 12)

Die Politische Ökologie ist als Forschungsfeld keineswegs homogen und wurde auch immer wieder weiterentwickelt und von anderen Theorien beeinflusst, so z.B. von verschiedenen neomarxistischen Ansätzen. „Diese Ansätze förderten in der Politischen Ökologie die Beforschung des Verhältnisses von Produktionsweisen, Machtverhältnissen und globalen Arbeitsverhältnissen zu lokalen Prozessen der Ressourcennutzung sowie die damit verbundene Inklusion oder Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen.“ (Brad 2019: 27)

Blaikie und Brookfield betonen in ihrer Definition gerade auch das enge Verhältnis von Gesellschaft und Natur: „The phrase ‚political ecology‘ combines the concerns of ecology with a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself.“ (Blaikie/Brookfield 1987: 17)

Die kapitalistische Produktionsweise zerstört durch die Naturzerstörung ihre eigenen sozial-ökologischen Voraussetzungen. Die Politische Ökologie nimmt in den Blick „worin sich die jeweiligen Ausprägungen kapitalistischer Naturverhältnisse, ökologischer Krisen und Formen der sozialen Vermittlung natürlicher Grenzen im Rahmen verschiedener kapitalistischen Entwicklungsweisen unterscheiden.“ (Brad 2019: 26)

Im deutschsprachigen Raum wurde im Anschluss an polit-ökologische Perspektiven das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse entwickelt, auf das ich nun näher eingehen möchte.

6.3 Das Konzept Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde im Anschluss an die Kritische Theorie als eine „kritische Theorie der ökologischen Krise“ entwickelt (Görg 2004). Dabei wird der konkrete Zusammenhang von Individuum, Gesellschaft und Natur als zentral hervorgehoben, keines der drei Elemente ist demnach losgelöst von den anderen beiden denkbar:

Die Konstellation zwischen den drei Momenten ist dynamisch. (...) eine Wissenschaft von der Gesellschaft hätte wesentlich die Aufgabe, die Gesetze zu erforschen, nach denen jene Wechselwirkung sich entfaltet, und die wechselnden Gestalten abzuleiten, die Individuum, Gesellschaft und Natur in ihrer geschichtlichen Dynamik annehmen. (Institut für Sozialforschung 1956: 43; zit. nach Görg 2003: 45)

Wie in dem Kapitel zur multiplen Krise dargelegt, sollte die ökologische Krise gerade nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie muss als ein Moment in einem größeren Krisenkontext betrachtet werden. Es ist nicht ‚die Umwelt‘, die in der Krise ist, sondern es ist der insgesamt Gesellschaft-Natur-Komplex. Jedoch wird dieser Zusammenhang in der aktuellen Bearbeitung der Umweltproblematik verkannt oder bewusst ignoriert. Letztlich kann die Art und Weise wie derzeit versucht wird, die Krise zu lösen, nicht gelingen. Im Gegenteil, sie wird dadurch sogar noch weiter verschärft. „Die gesellschaftlichen Einrichtungen, die für die Bearbeitung ökologischer Probleme geschaffen wurden, sind von den allgemeinen Strukturmerkmalen kapitalistischer Vergesellschaftung geprägt und insofern von einer Irrationalität gekennzeichnet“ (Görg 2003: 39). Irrational deshalb, weil versucht wird, die Krise mit jenen Mitteln zu lösen, die die Krise maßgeblich mit verursacht haben. Durch Kommodifizierung und Kommerzialisierung, also kapitalistische Inwertsetzung, von immer mehr Natur soll diese Natur geschützt werden. Gleichzeitig wird dadurch die kapitalistische Profit- und Konkurrenzlogik um natürliche Ressourcen nicht in Frage gestellt, Umwelt-Konflikte, z.B. um Land, billigend in Kauf genommen. Es wird nicht nach den Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines grundsätzlichen Um- und Neudenkens des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Umwelt gefragt, sondern nur danach, wie aktuell herrschende gesellschaftliche Verhältnisse durch neue Formen der Naturbeherrschung, z.B. durch Geoengineering (Hester/Harrison 2014), aufrecht erhalten werden können.

Das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse setzt genau hier an. Die Umweltprobleme liegen nicht in der Natur als solcher. Wir haben es nicht mit einer Krise der Natur zu tun, die von außen als quasi externes Problem auf die Gesellschaft einwirkt und nun bearbeitet werden muss. Die Ursachen liegen vielmehr in den „wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Formen, in denen insbesondere die hoch industrialisierten Gesellschaften ihren Umgang mit der natürlichen Umwelt gestalten“ (Jahn/Wehling 1998: 81). Es geht also um das konkrete Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, die „in einem konstitutiven und nicht in einem äußerlichen Verhältnis zueinander stehen. Was Natur, was Gesellschaft ausmacht, das kann nicht ohne Bezug auf den jeweils anderen Pol gesagt werden“ (Görg 2003: 40; vgl. dazu auch Altvater 2015). Bereits Horkheimer und Adorno hatten in ihrem Werk „Die Dialektik der Aufklärung“ auf die problematische Betrachtung der Gesellschaft und Natur als getrennte Sphären hingewiesen (wenngleich nicht unter dem

Eindruck der ökologischen Krise, sondern vor dem Hintergrund der Schrecken des Nationalsozialismus). Sie kritisierten die Naturbeherrschung als Fortschrittskritik: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein. So ist die Bahn der europäischen Zivilisation verlaufen.“ (Horkheimer/Adorno 1987: 35) Naturbeherrschung meint in diesem Zusammenhang die Unterordnung der natürlichen Sphäre unter die gesellschaftliche, Soziozentrismus genannt. Entgegen diesem Soziozentrismus und auch entgegen dem Naturalismus, also der Annahme es gäbe stets eine natürliche Determination sozialer Prozesse, möchte eine Theorie der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse den grundlegenden Vermittlungszusammenhang von Gesellschaft und Natur betonen. Einerseits wird Natur gesellschaftlich produziert und zwar hinsichtlich einer materiell-stofflichen und einer sprachlich-symbolischen Dimension (vgl. u.a. Görg 1999; Jahn/Wehling 1998; Köhler/Wissen 2011). Die materiell-stoffliche Dimension meint die Aneignung von Natur für gesellschaftliche Stoffwechselprozesse. Der Mensch kann nicht existieren, ohne sich Natur anzueignen, also Ressourcen zu entnehmen, Land als Ackerfläche zu benutzen, Wasser zu trinken usw. Karl Marx argumentierte, dass dieser Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur die „ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens [sei] und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam [ist].“ (Marx 1962 [1876]: 198) Heute kann gesagt werden, dass die stofflich-materielle Transformation der Natur nahezu flächendeckend ist. Selbst „scheinbar unberührte tropische Regenwälder oder scheinbar menschenleere Landschaften haben eine Geschichte gesellschaftlicher Überformung, sind oft bereits jahrhundertlang von indigenen Gemeinschaften bewirtschaftet und damit transformiert und gestaltet worden.“ (Köhler/Wissen 2011: 220).²² Wie Natur aber jeweils konkret gesellschaftlich gedeutet wird, zeigt sich durch die sprachlich-symbolische Produktion von Natur, die sich nur analytisch von der stofflich-materiellen Produktion trennen lässt. „Deutlich wird das, wenn von ‚natürlichen Ressourcen‘ gesprochen wird – Erdöl, Holz, pflanzliche Gene oder Wasser sind in einer historisch-spezifischen Konstellation in Bezug auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse, Interessen und Nutzungsmöglichkeiten zu ‚Ressourcen‘ geworden“ (Brand 2019: 31). Letztliche wird auch die ökologische Krise erst durch Deutungen in Wissenschaft, Politik, etc. hervorgebracht. Darin zeigen sich auch die, in die Gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeschriebenen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse: Wer hat die Deutungshoheit? Wessen Definitionen und Auffassungen von Natur sind hegemonial? usw. Natur kann sprachlich-symbolisch ganz unterschiedlich in den Blick geraten. „Eine Waldfläche kann beispielsweise in erster Linie als Möglichkeit monetärer Inwertsetzung und/oder als CO₂-Senke oder als ein Hindernis für den Anbau von Nutzpflanzen betrachtet werden. Welche Interpretationen dominant wird, ist von hegemonialen Diskursen und Interessenkonstellationen abhängig.“ (ebd.)

²² Vgl. auch die Grafik zur Darstellung Gesellschaftlicher Naturbeziehungen bei Brand (2017: 38).

Es wird also deutlich, dass die Natur der Gesellschaft als externe Sphäre gegenübersteht, aber das soll keineswegs heißen, dass die soziale Produktion von Natur beliebig und vollständig sein kann. Natur kann nie vollständig sozial beherrscht werden, sondern besitzt eine Eigenständigkeit, die sozial nicht greifbar und nicht kontrollierbar ist. Die Ignoranz dieser Eigenständigkeit ist ein Merkmal moderner, kapitalistischer Naturverhältnisse (Köhler/Wissen 2011: 222). Gesellschaftliche Naturverhältnisse hat es historisch seit Menschengedenken gegeben. Es geht also nicht um das Ob, sondern um das Wie: „Entscheidend sind mithin die konkreten und historisch wandelbaren sozialen Verhältnisse, unter denen die Aneignung und Transformation von Natur stattfindet und Naturbeherrschung zum Medium sozialer Herrschaft wird.“ (Wissen 2008: 79) Im Kapitalismus haben die gesellschaftlichen Naturverhältnisse insofern eine spezifische Form angenommen, da die „ökonomischen Umwandlungsprozesse nun durch Kapitallogiken und -strategien *systemimmanent maßlos* anwachsen. Der veränderte Charakter (...) entsteht vereinfacht ausgedrückt dadurch, dass Wertmaximierung wichtiger ist als die Produktion von Gebrauchswerten“ (Karathanassis 2015: 198). Aber diese spezifischen Naturverhältnisse sind seit Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise im Zuge der Industrialisierung auch nicht gleichgeblieben, sondern haben sich im Laufe der Zeit immer wieder gewandelt. So unterscheiden Ulrich Brand und Christoph Görg in Anlehnung an die Regulationstheorie zwischen „fordistischen“ und „postfordistischen Naturverhältnissen“ (2003). Dabei lassen sich durch diese Periodisierung die Besonderheiten der einzelnen Phasen, ebenso wie eine gewisse Kontinuität von bestimmten Formen der Naturbeherrschung erkennen. Gleichzeitig treten dadurch aber auch die unterschiedlichen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen deutlicher zutage, wie Alina Brad anschaulich am Beispiel der Palmölindustrie in Indonesien zeigt (Brad 2019).

Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen Gesellschaft und Natur kommt dabei dem Staat zu. Aus diesem Grund und da er auch bei Fragen der Demokratie zentral ist, bedarf es auch ebenso einer kritischen Staatstheorie, die ich im nächsten Teil darstellen werde.

6.4 Der Staat als soziales Verhältnis

Ausgangspunkt der materialistischen Staatskritik waren die Überlegungen dazu von Karl Marx, oder besser: dessen fehlende Überlegungen. Denn sein geplantes Werk zum Staat wurde nie geschrieben. „Daher wurden die wenigen fragmentarischen Überlegungen (...) von vielen marxistischen Intellektuellen als willkommener Zitatenschatz verwendet, auf dessen Basis sie unterschiedlichste Interpretationen zum Charakter staatlicher Herrschaft in kapitalistischen Verhältnissen entwickelten.“ (Zeiler 2017: 7) Sehr allgemein gesagt, befasst sich materialistische Staatstheorie mit der kritischen Analyse von Herrschaftsstrukturen. „Im

Kontrast zu liberalen und konservativen, aber auch faschistischen Theorien untersucht sie den historischen Charakter von Herrschaftsverhältnissen, weil sie nicht an deren Legitimation, sondern an Emanzipation interessiert ist.“ (ebd.: 8) Ausgehend von den Schriften Marx‘ gab es im Laufe der Zeit teilweise sehr unterschiedliche, teilweise aufeinander Bezug nehmende materialistische Staatskritiken: von Antonio Gramsci, über Louis Althusser und Nicos Poulantzas, bis hin zu Heide Gerstenberger, Joachim Hirsch oder John Holloway. Ohne die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Autor*innen herauszuarbeiten, möchte ich hier nur einige Aspekte, die ich für relevant halte, herausgreifen.

Antonio Gramscis Gedanken zu Hegemonie und Staat war auf viele spätere marxistische Theoretiker*innen einflussreich. Ausgangspunkt seiner Überlegung war der Umstand, dass es 1917 zu einer erfolgreichen Revolution kam, aber nicht in anderen, westeuropäischen Städten.²³ Gramsci analysierte: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft.“ (GH 7: 874) In Gramscis Augen muss der Staat als integraler Staat, als Zusammenhang von politischer und Zivilgesellschaft betrachtet werden. Und sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft, die er als die zwei großen Superstrukturen des Staates bezeichnete (GH 12: 1502), muss Hegemonie produziert und reproduziert werden. Gramsci formuliert an einer anderen Stelle: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (GH 6: 783). Unter Hegemonie verstand er die Herrschaft einer Klasse in der Gesellschaft, wobei diese Herrschaft in erster Linie nicht über Zwangsmaßnahmen hergestellt wird, sondern durch Zustimmung der unterdrückten Klassen, den Subalternen. Eine Klasse ist dann hegemonial, wenn sie es schafft, ihre eigenen Interessen gesamtgesellschaftlich in ökonomischer, politischer, ideologischer und kultureller Art zu universalisieren.

Der Staat ist auch „als konkrete Gestalt einer bestimmten ökonomischen Welt, eines bestimmten Produktionssystems aufzufassen“ (GH 1: 188), die dabei aber eine relative Autonomie besitzt. Er kann sowohl Zwangsapparat, als auch Konsensapparat, im Sinne einer Art „Erzieher“ sein (GH 8: 980). Zu betonen gilt, dass der Staat bei Gramsci, im Gegensatz z.B. zu Lenin, nicht einfach als Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument der Herrschenden betrachtet werden kann (Lenin 1974: 415). Gramsci betont den gesellschaftlichen Charakter des Staates. Staat ist für ihn ein ständiger Prozess der Kompromissbildung, innerhalb der herrschenden Klasse einerseits und andererseits zwischen der herrschenden Klasse und den Subalternen. „Aus Gramscis Sicht ist also nicht allein entscheidend, dass Ausbeutung und Herrschaft stattfinden, sondern wie dies geschieht. Die

²³ Zwar gab eine Reihe von Revolutionsversuche z.B. in Deutschland und Italien, jedoch scheiterten diese allesamt nach kurzer Zeit.

herrschende Klasse (...) muss in ihren verschiedenen Teilen Konsens herstellen, und sie bedarf der Unterstützung, der aktiven oder passiven Zustimmung von herrschaftsunterworfenen sozialen Gruppen und Klassen.“ (Demirović 2007: 32) Die Staatsauffassung Gramscis hat die Stärke, die Herrschaftsverhältnisse, die in allen gesellschaftlichen Bereichen existieren, in den Blick zu nehmen und als Orte der Hegemoniebildung zu fassen.

Nicos Poulantzas knüpft mit seiner Staatstheorie an Gramscis Überlegungen an. Für ihn, ebenso wie für Gramsci, ist der Staat „eine spezifische Ebene der Gesellschaft, ein Terrain, auf dem sich soziale Kämpfe als politische Auseinandersetzungen um die politische Macht abspielen.“ (Demirović et al. 2010: 13) Der Staat ist ein soziales Verhältnis und keine neutrale Instanz. „Der Staat steckt von Anfang an das Kampffeld ab, das Feld der Produktionsverhältnisse mit inbegriffen, er organisiert den Markt und die Eigentumsverhältnisse, etabliert die politische Herrschaft und die politisch herrschende Klasse“ (Poulantzas 2002: 68f.). An anderer Stelle beschreibt Poulantzas den Staat als eine spezifische „materielle Verdichtung“ gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Poulantzas 2002: 159). Aus dieser Perspektive heraus ist es weder möglich einfach die Macht im Staat zu erobern, noch ist es allein sinnvoll abseits des Staates zu agieren und Strukturen zu etablieren, sondern es muss im gesamten gesellschaftlichen Komplex um die Hegemonie gerungen werden. Im Anschluss an Louis Althusser's Überlegungen zu Ideologie und ideologischen Staatsapparaten (2016), dass einzelne Staatsapparate sehr unterschiedliche Funktionen im Staat erfüllen würden und auch von unterschiedlichen Kapitalfraktionen mit je eigenen spezifischen Interessen besetzt werden. Je nach Hegemoniekonstellation sind einzelne dieser Staatsapparate einflussreicher als andere. „Solche dominanten Apparate können das Militär im Fall einer Militärdiktatur, die Polizei im Fall des Faschismus oder das Finanzministerium im Fall eines neoliberalen Regimes sein; sie werden dann die Orte, an denen die Politik ausgearbeitet wird.“ (Demirović et al. 2010: 14f.) Mit dieser Staatskonzeption lassen sich auch Fragen von Demokratie und Demokratiekrisen besser greifen.

6.5 Materialistische Demokratietheorie

Bei den Überlegungen zu dieser Masterarbeit sah ich mich vor eine theoretische Herausforderung gestellt. Denn einerseits wollte ich Gesichtspunkte einer Demokratietheorie aus historisch-materialistischer und kritisch-gesellschaftstheoretischer Perspektive aufgreifen. Andererseits stellte sich relativ schnell heraus, dass es nicht möglich war, ein Überblicks- oder Einführungswerk zu einer materialistischen Demokratietheorie zu finden, da es ein solches (noch) nicht gibt. Es mangelt zwar keineswegs an zeitdiagnostischen Forschungen zum

Zustand und Entwicklungstendenzen liberaler Demokratie. In kritischen Gesellschaftstheorien erscheint Demokratie dabei oftmals lediglich als ein „Bündel von Institutionen und Verfahren, dazu bestimmt, von unten entstehende, widerständige Interessen zu filtern, kleinzuarbeiten, zu integrieren und auf diese Weise Massenloyalität für Herrschaftsinteressen zu gewinnen.“ (Demirović 1997: 8) Jedoch gibt es weit weniger Forschungen zu einem eigenen materialistischen Demokratiebegriff und einer umfassenden Demokratietheorie. Natürlich kann diese Forschungslücke an dieser Stelle keineswegs geschlossen werden. Mir geht es hier lediglich darum, einige Eckpfeiler einer solchen Theorie zu beleuchten, insbesondere jene, die in Zusammenhang mit ökologischen Aspekten stehen. Dabei stütze ich mich v.a. auf die Argumentation von Pichler et al., die in ihrem Text die, wie sie es nennen, doppelte Materialität von Demokratie in den Blick nehmen (2018). Damit meinen sie einerseits den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus und andererseits den Zusammenhang von Demokratie und Fossilismus. Diese doppelte Materialität verdeutlicht besonders gut die notwendige Verknüpfung von Demokratie und Ökologie, insbesondere auch bei der doppelten Herausforderung. Pichler et al. betonen in ihrem Text: „Rather than outlining a ‘positive’ theory of democracy, we argue that systematizing the challenges is already part of such a process.“ (ebd.: 15) Es geht ihnen also in erster Linie um eine kritische Betrachtung der Bedingungen und Abhängigkeiten der aktuellen liberal-repräsentativen, parlamentarischen Ausprägung von Demokratie und schlussfolgernd daraus eben auch um die Herausforderungen für eine sozial-ökologische Transformation.

6.5.1 Die soziale Materialität: Liberale Demokratie und Kapitalismus

Ein wichtiger Ausgangspunkt zu Überlegungen des Verhältnisses zwischen liberaler Demokratie und Kapitalismus sind zweifellos die Schriften von Karl Marx, v.a. „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (1960 [1852]). Im „18. Brumaire“ untersuchte Marx den Verlauf der französischen Revolution 1848 als eine Gesellschafts- und Klassenanalyse. Im Laufe dieser Revolution stieg die Bourgeoisie, trotz innerer Fragmentierung, zur hegemonialen Klasse auf. Wesentlich dafür war nach Marx die Einführung der parlamentarischen Demokratie. Sie sei „die einzige Staatsform, worin ihr allgemeines Klasseninteresse sich zugleich die Ansprüche ihrer besondern [sic!] Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft unterwarf.“ (ebd.: 177) Aber gerade in der Institution des Parlaments werde die Dialektik zwischen Demokratie und Kapitalismus deutlich. Denn einerseits brauchte die Bourgeoisie das Parlament zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Macht, zugleich ist das Parlament ein „Regime der Unruhe“ (ebd.: 153): „Das parlamentarische Regime lebt von der Diskussion, wie soll es die Diskussion verbieten? (...) Das parlamentarische Regime überläßt

alles der Entscheidung der Majoritäten, wie sollen die großen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen?“ (ebd.: 153f.) Der Parlamentarismus war also ein Risiko für die bürgerliche Klasse, wollte sie doch ihre ökonomische Macht durch die politische Macht im Parlament absichern. Die politische Macht selbst war ihr jedoch nicht garantiert, standen sich im Parlament doch mehrere Klassen mit je unterschiedlichen Interessen zumindest formell gleichberechtigt gegenüber.

Im Laufe der Zeit, so analysiert Marx weiter, verdrängte die Bourgeoisie zwar die subalternen Klassen immer weiter aus dem Parlament (mit undemokratischen und gewaltsamen Mitteln), untergrub dabei gleichzeitig die Bedingungen ihrer eigenen politischen Herrschaft, nämlich den Anspruch der Universalität der im Parlament beschlossenen Politik. Dies wiederum führte zu vor- bzw. antidemokratischen Entwicklungen an deren Ende schließlich die bürgerliche Klasse ihre gesamte politische Macht wieder an den Absolutismus, in Gestalt von Louis Bonaparte, abgab, um die ökonomische Macht zu erhalten.

Aus dieser Analyse von Marx lässt sich nun einiges für die heutige Dialektik zwischen Demokratie und Kapitalismus ableiten: Zunächst wird deutlich, dass die Demokratie nicht ein bloßes Instrument der herrschenden Klassen ist, sondern ein Kampfterrain, auf dem um die Hegemonie gerungen werden muss. Demokratie, so bringt es Klaus Dörre gut auf den Punkt „ist nicht nur eine integrative Herrschaftsform, sondern bietet zugleich einen institutionellen Rahmen, der für die Emanzipation der Beherrschten und die Überwindung des Kapitalismus genutzt werden kann.“ (Dörre 2019: 28f.) Schon Antonio Gramsci machte deutlich, dass die bürgerliche Klasse auf die Demokratie angewiesen ist: „Die massive Struktur der modernen Demokratien, sowohl als staatliche Struktur als auch als Komplex von Vereinigungen im zivilen Leben, bilden (...) so etwas wie die ‚Schützengräben‘ und die dauerhaften Befestigungen der Front im Stellungskrieg“ (GH 13: 1545). Der moderne liberal-demokratische Wohlfahrtsstaat kann auch als Klassenkompromiss gefasst werden, von dem zwar auch die Subalternen mehr oder weniger stark profitieren, z.B. durch materielle Zugeständnisse, zugleich aber der Wohlstand insgesamt zunehmend ungleicher verteilt ist (Piketty 2016), was die Krise der Demokratie verstärkt.

Weiter wird schon bei Marx deutlich, dass diese Form der Demokratie auf die politische Sphäre begrenzt bleibt. Insbesondere die ökonomische Sphäre ist im Kapitalismus ein weitestgehend demokratiefreier Raum.²⁴ Und in Zeiten ökonomischer Krisen zeigt sich, dass demokratische Verfahren und Kontrollmechanismen auch in der politischen Sphäre zurückgedrängt werden, um ökonomisches Wachstum und Profite durchzusetzen und abzusichern.

²⁴ Historisch gesehen waren z.B. Gewerkschaften eine durchaus starke und einflussreiche demokratische Kontrollinstanz und gut organisierte Interessensvertretung, die aber aktuell nur noch in einigen wenigen Sparten einen bedeutenden Einfluss geltend machen können

Nicos Poulantzas untersuchte den „Verfall der Demokratie“ in den 1970er unter dem Begriff des „Autoritären Etatismus“ (Poulantzas 2002: 231ff.). Wesentliche Merkmale dieser Entwicklung wären u.a. eine Machtverschiebung vom Parlament hin zur Exekutive, Prozesse der Verschmelzung von Legislative, Exekutive und Judikative und ein Bedeutungsverlust der Parteien bei der gesamtgesellschaftlichen Hegemoniebildung, zugunsten parallel organisierter Machtnetze (vgl. auch Kannankulam 2016: 35). Auch hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit: „Zwar stärkt [der Autoritäre Etatismus] die Staatsmacht auf Kosten der liberalen repräsentativen Demokratie, doch schwächt er ihre Fähigkeit, bürgerliche Hegemonie zu sichern“ (Jessop 2006: 60). Auch angesichts aktueller Krisen zeigt sich diese Dialektik von Demokratie und Kapitalismus. Ein Beispiel ist die Art und Weise wie die Eurokrise bearbeitet wurde (Oberndorfer 2013): Um die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern wurden Formen eines neuen, autoritären Konstitutionalismus (vgl. auch Gill 2000) institutionalisiert, demokratische Kontrollmechanismen und -instanzen ausgehebelt oder umgangen. Diese Entdemokratisierungstendenzen untergraben gleichzeitig aber die Hegemoniefähigkeit der getroffenen Entscheidungen (wie die sozialen Unruhen in Griechenland, angesichts der Auflagen der Troika, anschaulich zeigten). Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus ist und bleibt also höchst instabil. „Solange die Entscheidungen, was, wofür, von wem und wie viel produziert und konsumiert wird, und wer die Last der Arbeit zu tragen hat, oligarchisch und nicht demokratisch getroffen wird, wird die Dialektik stets am Werk sein.“ (Buckel 2017: 38) Die Demokratie als Kitt, der die Gesellschaft auf Dauer zusammenhalten soll, wird daher auch immer brüchiger, die Hoffnung auf einen wirklich funktionierenden „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013) steht mehr als in Frage.

Darüber hinaus hat die Dialektik von Demokratie und Kapitalismus auch Folgen für die Kontrolle des Zugriffs auf Natur, ihrer Bearbeitung und Zerstörung: „Capitalist democracies largely exclude the private sphere – where societies’ impact on the environment (through production processes, technological progress, individual and industrial consumption) is greatest – from democratic decision-making and control.“ (Pichler et al. 2018: 8)

Eine Demokratisierungsforderung wäre in der Folge die Ausweitung von demokratischen Kontroll- und (Mit-)Entscheidungsverfahren über die politische Sphäre im engeren Sinne hinaus, v.a. auf die ökonomische Sphäre (Demirović 2018), aber letztlich auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Wir kommen weiter unten nochmals darauf zu sprechen.

6.5.2 Die biophysische Materialität: Liberale Demokratie und Fossilismus

Wie weiter oben gezeigt, kann Gesellschaft nicht existieren, ohne sich Natur für verschiedene Stoffwechselprozesse anzueignen. In der Sozialen Ökologie werden mehrere

soziometabolische Regime unterschieden, mit je spezifischen dominanten Formen der Naturbearbeitung (Fischer-Kowalski 2011; Krausmann et al. 2016). Allerdings war die Art und Weise der Aneignung der Natur jeher durchzogen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Wie Marx gezeigt hat, ist Naturaneignung nur durch Arbeit möglich und „[e]inzelne Gruppen konnten sich historisch von dem allgemeinen Naturzwang zur Arbeit durch eine entsprechende Anordnung gesellschaftlicher Verhältnisse in vielerlei Hinsicht befreien (...) indem sie die Arbeitslast entsprechend auf andere übertragen haben.“ (Demirović 2019: 784) Aber in der historischen Betrachtung waren die spezifischen Formen der Naturbearbeitung, spezifischer, der Extraktion und Weiterverarbeitung von Energieressourcen seit Beginn der industriellen Revolution ein wesentliches Element beim Kampf der Arbeiter*innenklasse um demokratische Rechte.

Timothy Mitchell hat diese Entwicklungen und den Zusammenhang von fossilistischer Energie und Demokratie als „Carbon Democracy“ bezeichnet (2011). Die Industrialisierung wäre ohne Kohle nicht denkbar, sie entwickelte sich schnell zum zentralen Energieträger dieser Epoche. Die Entwicklung der Demokratie stand in einem engen Zusammenhang mit diesem Bedeutungsgewinn der Kohle. „The ability to make democratic political claims, however, was not just a by-product of the rise of coal. People forged successful political demands by acquiring a power of action from within the new energy system.“ (Mitchell 2011: 12) Bei der Förderung von Kohle und ihren Transport in die Zentren der Industrialisierung waren tausende Arbeiter*innen beschäftigt, die sich damit gleichzeitig an empfindlichen Schlüsselstellen der kapitalistischen Ökonomie befanden. „The movement of unprecedented quantities of fuel along the fixed, narrow channels that led from the coal mine, along railway tracks and canals, to factories and power stations created vulnerable points of passage where a labour strike could paralyse an entire energy system.“ (ebd.: 236) Aufgrund dieser strategischen Macht der Arbeiter*innen, sahen sich Regierungen gezwungen Demokratisierungsforderungen nachzugeben, „[and] to give votes to all citizens, impose new taxes on the rich, and provide healthcare, insurance against industrial injury and unemployment, retirement pensions, and other basic improvements to human welfare.“ (ebd.) Mit dem Übergang von Kohle zu Öl, so argumentiert Mitchell weiter, verloren die Arbeiter*innen diese Macht jedoch wieder, da die Förderung und der Transport von Öl viel weniger infrastrukturell zentralisiert ist als das bei der Kohle der Fall war (ebd.: 43ff.)

Gegen Mitchell kann nun argumentiert werden, dass der Umstieg von Kohle auf Öl demokratiepolitisch nicht nur negative Auswirkungen hatte, sondern auch einen grundlegenden Wandel darstellte. „Hatte die Kohle die *Produktionsmacht* der ArbeiterInnen vergrößert, so revolutionierte die scheinbar grenzenlose Verfügbarkeit billigen Öls ihre *Lebensweise*.“ (Wissen 2016: 50) War die Lebensweise der Arbeiter*innen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein sehr lokal verankert und semi-subsistent, änderte sich diese mit dem

Bedeutungszuwachs von Öl als Energieträger. „Mit dem Öl sickerten das fossilistische Energieregime und die kapitalistische Produktionsweise in die Kapillaren des Alltags der Lohnabhängigen ein.“ (ebd.: 51) Im Fordismus setzte sich in den Gesellschaften im globalen Norden eine imperiale Lebens- und Produktionsweise durch (Brand/Wissen 2017a), die zwar massiv auf der Ausbeutung von Mensch und Natur v.a. im Globalen Süden (aber nicht nur dort) beruht, die aber gleichzeitig durch wohlfahrtstaatliche Maßnahmen, neue Freiheitsversprechen usw. vielen Menschen einen gewissen Wohlstand ermöglichte. Dies hatte auch für demokratische Entwicklungen Folgen. Die Akzeptanz der bestehenden politischen Bedingungen knüpfte sich an der Ermöglichung individuellem Konsumstrebens, es war eine Art „citizenship through consumption“ (vgl. ebd. 118) Der Fossilismus, der Kapitalismus und die liberale Demokratie verbanden sich im Fordismus zu einer (un-)heiligen Allianz. Solange wirtschaftliches Wachstum durch billiges und genüg Öl geschmiert wurde, waren auch demokratische Versprechen stabil und konnten eingelöst werden.

Betonen möchte ich, dass diese Demokratie natürlich keineswegs als perfekte Demokratie betrachtet werden sollte. So basiert sie auf undemokratischen Nord-Süd-Verhältnissen und ebenso undemokratischen gesellschaftlichen Naturverhältnissen (Wissen 2016: 51f.). Der Zugang zu Ressourcen wird oftmals abgesichert durch Zwang oder gar Gewalt. Gleichzeitig verbraucht der Globale Norden überproportional mehr CO₂ und beansprucht entsprechend mehr globale Senken, kurz die Kosten der Naturzerstörungen werden in Raum und Zeit ausgelagert. Massarrat spricht in diese Zusammenhang auch von einer „Externalisierungdemokratie“ (2006: 232ff).

Beide (die soziale und die biophysische) Materialitäten der liberalen Demokratie, müssen also gerade auch bei Fragen der sozial-ökologischen Krise berücksichtigt werden

6.6 Die Politische Ökonomie der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wird versucht der ökologischen Krise v.a. durch marktbasierende Instrumente zu begegnen. Ob es um die Reduktion des CO₂-Ausstoßes oder um den Schutz der Biodiversität geht, überall wird der Natur ein finanzieller Wert zugeschrieben. Es wird auf ‚grüne Technologien‘ gesetzt (z.B. die E-Mobilität oder erneuerbare Energietechniken, die den CO₂-Ausstoß reduzieren sollen. Weiters soll der CO₂-Ausstoß durch finanzmarktbasierende Instrumente wie dem Emissions-Zertifikate-Handel geregelt und im besten Fall verteuert werden, in der Hoffnung, dass der Ausstoß dann insgesamt reduziert wird. Der Natur wird immer umfassender ein ökonomischer Preis zugeordnet, sie wird also finanziert, um sie dadurch ökonomisch be- und verwertbar zu machen. Durch die Vergrünung der Ökonomie hin zu einem „grünen Kapitalismus“, soll

wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitiger ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht werden. „Davon profitieren werden angeblich alle: die Unternehmen, die sich neue, profitträchtige Geschäftsfelder erschließen, die Umwelt, die nun nicht mehr nur profitabel, sondern auch nachhaltig in Wert gesetzt wird, und die Beschäftigten, die ihr Einkommen auf eine umweltverträgliche, sinnvolle und zukunftsfähige Weise erwirtschaften“ (Brand/Wissen 2017a: 150).

Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie werden diese dominanten Lösungsstrategien aus mehreren Gründen problematisch gesehen. Der Naturschutz wird der kapitalistischen Logik unterworfen und findet eben genau dort seine Grenzen, wo die materiellen Grundlagen des Kapitalismus angegriffen und hinterfragt werden könnten. Durch diese dominante Form der Krisenbearbeitung wird also die Destruktivität des Kapitalismus nicht gelöst, sondern noch weiter verschärft, was der zunehmenden sozialen und ökologischen Ungleichheit noch weiter Vorschub leistet. Denn diese Art und Weise der Krisenbearbeitung begünstigt gerade jene Akteure, die bereits über die enormen ökonomischen Ressourcen verfügen. Statt grundlegende Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise zu verändern, wird die Verantwortung individualisiert, indem der moralische Zeigefinger gegen all jene erhoben wird, die nicht im Bio-Laden einkaufen oder zu viel Fleisch essen. Ohne die Menschen komplett aus der Verantwortung zu nehmen muss der Fokus aber gerade auch auf den zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse gelegt werden. Mit der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie wird deutlich, dass die kapitalistische Vergesellschaftung und die Formen kapitalistischer (Re-) Produktion und Naturaneignung und -zerstörung zentrale Ursache gegenwärtiger Krisentendenzen sind.

Mit Brand und Wissen kann in diesem Zusammenhang von einer „imperialen Lebensweise“ (2017a) gesprochen werden. Diese imperiale Lebens- und Produktionsweise ist hochgradig von der Natur und deren Ressourcen und Senken abhängig, gleichzeitig zerstört sie aber genau diese Natur. Wie Marx schon feststellte: „die kapitalistische Produktion entwickelt (...) die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter [sic].“ (1962 [1867]: 529f.) Diese Widersprüchlichkeit wird jedoch versucht bearbeitbar zu machen. Die „Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, muss [dabei] in enger Verbindung mit den makroökonomischen, institutionellen und in den Subjekten verankerten sozialen Reproduktionsmustern verstanden werden.“ (Brand/Wissen 2011a: 17f.) Regulation in diesem Zusammenhang heißt nicht, dass diese Widersprüchlichkeit tatsächlich gelöst wird, sondern dass sie stets nur prekär bearbeitet wird und auch nur für Teile der Gesellschaft. So werden z.B. regelmäßig soziale und ökologische Fragen gegeneinander ausgespielt, man denke an die Debatten um Umwelt vs. Arbeitsplätze, z.B. beim Bau der dritten Piste am Wiener Flughafen.

Dabei kommt es zunehmend auch zu Entdemokratisierungstendenzen. So werden demokratische Kontrollmechanismen und Rechte umgangen oder außer Kraft gesetzt, wenn dadurch wirtschaftliche Interessen ernsthaft gefährdet wären. Dies zeigt sich unter anderem an zahllosen Landnutzungskonflikten weltweit zwischen lokalen oft auch indigenen Bewohner*innen oder auch Kleinbäuer*innen und großen Konzernen, die deren Land und Heimat für wirtschaftliche Zwecke in Besitz nehmen oder die das Land für Ökosystemleistungen nutzbar machen wollen. Diese Formen der Landnahmen werden auch mit den Begriffen des „land grabbing“ bzw. des „green grabbing“ gefasst.

Es sind genau auch diese Konflikte, an denen der Zusammenhang von ökologischen und sozialen Krisenmomenten offensichtlich wird: „[In] Konflikten um die Rekommunalisierung von Infrastruktursystemen der Wasser- oder Energieversorgung, in Kämpfen von Landlosenbewegungen um territoriale Rechte oder in der Zurückweisung von privaten geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen durch Kleinbauern und indigene Gemeinschaften.“ (Brand/Wissen 2017a: 163) Und es sind auch diese Konflikte an denen deutlich wird, dass es eben einer Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bedarf, um die Multiple Krise zu lösen (ich komme weiter unten darauf zurück).

6.7 Zwischenfazit

Fassen wir die wichtigsten Punkte nochmals zusammen. Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorien untersuchen die der Gesellschaft als Ganzem zugrunde liegenden Strukturen, insbesondere die Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die damit einhergehender Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung bestimmter Klassen oder Gruppen in der Gesellschaft. Mit emanzipatorischer Perspektive wird auch nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Überwindung dieser Verhältnisse gefragt.

Die Politische Ökologie und das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse machen deutlich, dass diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht nur innerhalb der Gesellschaft wirken, sondern auch beim Umgang mit und dem Zugang zu Natur wirken. Dabei soll und kann Gesellschaft nicht unabhängig von Natur gedacht werden, sondern es muss immer der konkrete Zusammenhang von Individuum, Gesellschaft und Natur untersucht werden.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist neben der materiell-stofflichen Aneignung der Natur auch noch die sprachlich-symbolische Konstruktion von Natur wichtig. Denn was als Natur, Ressourcen etc. betrachtet wird, wird erst durch sprachliche und diskursive Aushandlungsprozesse hegemonial durchgesetzt. Gleiches gilt z.B. auch für die hegemoniale Krisendeutungen.

Die materialistische Staatstheorie macht deutlich, dass der Staat ebenfalls als soziales Verhältnis und nicht als neutraler Akteur betrachtet werden muss. Im Staat verdichten sich Kräfteverhältnisse auf spezifische Art und er sichert diese Verhältnisse zugunsten der herrschenden Klasse auch gegen Widerstände ab. Ebenso wie der Staat, muss entsprechend auch die spezifische demokratische Konstellation als eine solche Verdichtung von Kräfteverhältnisse verstanden werden. Die liberale Demokratie ist in ihrer Entstehung darüber hinaus auch eng mit dem Kapitalismus und dem Fossilismus verbunden. Daraus lässt sich folgern, dass eine Überwindung von Kapitalismus und der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen Hand in Hand mit der Transformation der Demokratie gehen muss.

Die Demokratie ist dabei aber eben auch kein bloßes Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen, sondern eröffnet auch Chancen der Überwindung von Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Im nächsten Kapitel möchte ich die drei vorgestellten Ansätze nun ins Gespräch bringen und die jeweiligen Antworten auf die Frage der Bearbeitung der doppelten Herausforderung herausarbeiten.

7 Die Bearbeitung der doppelten Herausforderung

Die drei theoretischen Perspektiven, die ich in den vorangegangenen Kapiteln näher erläutert habe, teilen einige Gemeinsamkeiten, haben aber auch Unterschiede. Das ist nicht verwunderlich, verfolgen doch alle drei Ansätze unterschiedliche Erkenntnisinteressen und bekommen dadurch sehr unterschiedliche Aspekte in den Blick.

Ingolfur Blühdorns Ansatz steht in der Tradition der Modernisierungstheorie (vgl. Kapitel 4.1). Seine Ausgangsthese ist dementsprechend, dass wir es in heutigen Konsumgesellschaften mit einer neuen Phase der Moderne zu tun hätten, „die nicht nur im Hinblick auf den Umgang mit Themen der Ökologie, sondern auch hinsichtlich der Demokratie grundlegende Veränderungen mit sich bringt.“ (Blühdorn 2013a: 49f.) Diese Veränderungen möchte er mit seinem Konzept der simulativen Demokratie erläutern und zwar, wie er sagt, im Sinne einer „realistischen Demokratietheorie“. Sein analytischer Fokus liegt auf den gesellschaftlichen Entwicklungen des Globalen Norden.

Ganz anders Robyn Eckersley. Sie möchte dezidiert eine normative Theorie eines grünen Staates erarbeiten und orientiert sich in ihren Ausführungen in erster Linie an der kritischen Theorie von Jürgen Habermas, v.a. seiner Demokratietheorie, darüber hinaus auch an konstruktivistischen Ansätzen und Arbeiten zur politischen Ökologie. Ihre Ausgangsthese ist dabei, dass der liberale Staat gerade angesichts der ökologischen Krise in der Kritik steht und

fragt daher nach den Notwendigkeiten, Ermöglicungen und der Konstitution eines Staates, der diese Krise adäquat bearbeiten kann und gleichzeitig auch die Demokratie stärkt, auf nationaler und internationaler Ebene.

Durch die theoretische Brille der Perspektiven kritische Gesellschaftstheorie wird die ökologische Krise und die Krise der liberalen Demokratie im Kontext einer umfassenderen Multiplen Krise, bzw. einer Krise gesellschaftliche Naturverhältnisse in den Blick genommen und die These vertreten, dass die aktuell hegemonialen Lösungsstrategien diese Krise noch weiter verschärfen, statt sie zu lösen. Darüber hinaus wird durch diesen Ansatz deutlich, dass ein Mehr an Demokratie nicht automatisch auch eine größere Nachhaltigkeit mit sich bringt, sondern dass die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ganz grundlegend transformiert werden müssen.

Im Folgenden möchte auf einige der Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die mir für die Diskussion zur doppelten Herausforderung wichtig erscheinen näher eingehen und diskutieren.

7.1 Krise und Zukunft der (liberalen) Demokratie?

Die drei Ansätze geben unterschiedliche Antworten darauf, ob und warum von einer Krise der liberalen Demokratie gesprochen werden kann. Für Robyn Eckersley bringt die neoliberale Globalisierung die liberale Demokratie zunehmend in Bedrängnis und argumentiert, dass es einer Demokratisierung der Demokratie bedarf. Der Ansatz der kritischen Gesellschaftstheorie geht davon aus, dass die liberale Demokratie seit jeher krisenhaft ist, da sie lediglich einen prekären Klassenkompromiss zwischen herrschenden und beherrschten Klassen bildet. Aus dieser Perspektive kann aber Eckersley insofern zugestimmt werden, dass durch die neoliberale Globalisierung die Krisenhaftigkeit der liberalen Demokratie verstärkt wurde, die im Fordismus noch einigermaßen stabilisiert werden konnte.

Die These einer Krise der liberalen Demokratie würde Ingolfur Blühdorn wohl ablehnen. Die Demokratie erlebe derzeit einen grundlegenden Formwandel aufgrund der fortschreitenden Modernisierung. Die demokratischen Institutionen würden auch weiterhin existieren und funktionieren, doch wären die demokratischen Prozesse nun eher als Simulationen zu verstehen, deren Gestaltungspotential jedoch gering ist. In diesem Sinne sieht Blühdorn auch die Zukunft der Demokratie nicht gefährdet. Denn gerade in der aktuellen Phase einer Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit (ich komme unten nochmals darauf zurück) erfüllt die simulative Demokratie einen wichtigen Zweck, indem sie diese Nicht-Nachhaltigkeit stabilisiert.

Ingolfur Blühdorn stimmt mit der in Kapitel 6 präsentierten kritischen Gesellschaftstheorie überein, dass die liberale Demokratie selbst eine ökologische Destruktivität in sich birgt. Auch Blühdorn macht deutlich, dass ein Mehr an Demokratie daher nicht zwangsläufig zur Lösung der ökologischen Krise beitragen muss. Für ihn war und ist die Demokratie „seit je anthropozentrisch und nur sehr eingeschränkt in der Lage, all dasjenige zu repräsentieren – etwa die Eisbären, den Regenwald oder die Flussökologie –, was keine politische Stimme hat“ (Blühdorn 2013a: 236). Die Demokratie ist zeit- und ressourcenaufwändig, tendiert zum Kompromiss und würde „systematisch die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten [fördern]“ (ebd.: 237). Aus kritisch-gesellschaftstheoretischer Perspektive kann diesem Befund weitestgehend zugestimmt werden. Gerade in den westlichen Wohlfahrtsdemokratien dreht sich die Demokratie v.a. um die Verbesserung des materiellen Wohlstands und verfestigt damit auch die imperiale Lebensweise. Robyn Eckersley würde nicht unbedingt zustimmen, da sie insgesamt ein positiveres Bild der liberalen Demokratie hat und davon ausgeht, dass die liberale Demokratie grundsätzlich demokratisiert und ökologisiert werden kann.

Robyn Eckersleys Ansatz eines „Green Democratic State“ steht daher dazu auch in einem starken Kontrast. Sie argumentiert normativ und möchte eine Vision einer Demokratie entwickeln. In ihren Augen ist die liberale Demokratie (und auch die liberale Ausprägung des Nationalstaates) in einer Krise. Als Hauptursache dafür sieht sie den Druck durch die zunehmende kapitalistische Globalisierung, dem die liberale Demokratie nicht mehr adäquat begegnen kann. Insbesondere angesichts der ökologischen Krise wird diese Überforderung der liberalen Demokratie besonders sichtbar. Daher muss die Demokratie noch stärker demokratisiert werden, ebenso der Staat und zwar nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene, sondern auch international. Ihr Ansatz basiert dabei auf polit-ökologischen sowie konstruktivistischen Perspektiven, in ihrer Staats- und Demokratietheorie stützt sie sich v.a. auf die deliberative Demokratietheorie von Habermas. Soll die ökologische Krise gelöst werden, müssen einerseits demokratische Verfahren ausgeweitet und all jene, die von Entscheidungen betroffen sind, mit einbezogen werden, insbesondere auch die zukünftigen Generationen und die Natur. Die liberale Demokratie in ihrer derzeitigen Ausprägung hat für Eckersley also keine Zukunft, da mit ihr die anstehenden Probleme nicht mehr oder nur schlecht gelöst werden können. Sie lehnt die liberale Demokratie aber nicht per se ab, jedoch muss sie weiterentwickelt werden. Für Eckersley ist also klar, dass nur ein Mehr an Demokratie die Zukunft der Demokratie selbst sein kann. Sie ist dabei durchaus optimistisch, dass dies gelingen kann; eine Haltung die Blühdorn wohl schlichtweg als naiv abtun würde.

Beide erachten Kommunikationsprozesse in ihren Ansätzen als wichtig, jedoch ist die Funktion dieser Prozesse sehr unterschiedlich. Bei Blühdorn dienen sie lediglich der Simulation demokratischer Partizipation im Sinne der democracy to go. Die Bürger*innen würden sich gerne an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligen, ohne aber die

Entscheidung selbst tatsächlich treffen zu wollen. Der Demos trete also mit den politischen Entscheidungsträger*innen in kommunikativen Kontakt, ohne aber wirklich Konsequenzen tragen zu wollen oder zu müssen. Für Eckersley sind deliberative und kommunikative Prozesse dagegen ganz zentral bei der Etablierung eines grünen Staates und der notwendigen Demokratisierung. Für sie formen die Kommunikationsprozesse den politischen Willen der Gesellschaft und sie hätten auch transformatives Potential, da sich in diesen Meinungen und Haltungen von beteiligten Akteur*innen ändern könnten.

Was Blühdorn außerdem sehr gut analysiert, ist gerade die Widersprüchlichkeit moderner liberal-demokratischer Gesellschaften. Einerseits werden die Demokratieanforderungen immer größer, gleichzeitig kommt es aber zu Entdemokratisierungstendenzen. Soweit würde wohl auch Eckersley zustimmen. Jedoch ziehen beide sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen daraus. Blühdorn argumentiert, dass dieser Widerspruch durch die simulative Demokratie bearbeitet und zumindest für eine gewisse Zeit gelöst wird. Indem also weniger wirkliche Demokratie praktiziert wird und die Bürger*innen durch simulative Praxis an der neuen Demokratie immerhin scheinbar teilhaben können. Für Eckersley muss sich etwas an dieser Entwicklung ändern, da diese Entdemokratisierung nicht im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft passiert.

Auch aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie kann hier ein Einwand gegen Blühdorn erhoben werden. Er interpretiert die postdemokratische Wende als ein Resultat gesellschaftlicher Modernisierung „nicht aber im Kontext von neoliberal geprägten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“ (Wissen 2016: 61). Für Blühdorn wäre die simulative Demokratie gesamtgesellschaftlich breit akzeptiert, und zwar aufgrund der individuellen, subjektiven Interessen der einzelnen Bürger*innen. Er beachtet aber nicht die sozialen Verhältnisse und die Klassenverhältnisse, die sich in Interessen der Menschen einschreiben und reproduzieren. Die sozialen Ungleichheiten, die sich in der simulativen Demokratie manifestieren, nimmt Blühdorn ebenfalls von der breiten Mehrheit als gewünscht oder zumindest als hingenommen an. Er hinterfragt aber nicht die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, unter denen diese Mehrheiten (re-)produziert werden. Da er sich in seiner Analyse nur auf die westlichen Staaten im globalen Norden fokussiert, blendet er auch diejenigen Gesellschaften aus, die massiv unter der Produktions- und Lebensweise des Globalen Nordens leiden.

Robyn Eckersley nimmt gerade auch diese globale Perspektive in den Blick und fragt danach, wie eine zukunftsfähige Demokratie weltweit funktionieren könnte. Während Blühdorn eine solch normative Perspektive schon grundsätzlich ablehnen würde, könnte Eckersleys Ansatz aus kritisch-gesellschaftstheoretischer Perspektive einiges abgewonnen werden, zumal beide auf geteilten theoretischen Grundannahmen aufbauen. Beide Ansätze sehen globale kapitalistische Macht- und Herrschaftsverhältnisse als Ursache der Krise der liberalen

Demokratie (ebenso wie der ökologischen Krise). Beide betonen, dass sich hier etwas grundsätzlich ändern muss. Aber: Eckersley setzt mit ihrer diskurstheoretischen Position darauf, dass durch deliberative Prozesse eine wesentliche Stärkung der Demokratie und soziale und ökologische Gerechtigkeit möglich sei. Hier ist die kritische Gesellschaftstheorie durchaus skeptisch. Zwar wird auch hier die Partizipation möglichst aller in der Gesellschaft als wünschenswert angesehen, gleichzeitig aber darf die materielle Grundlage der Demokratie nicht übersehen werden. Liberale Demokratie ist eng mit dem Kapitalismus verbunden und es bedarf sowohl grundsätzlicher politischer aber eben auch ökonomischer Veränderungen, soll die doppelte Herausforderung gelöst werden.

Beiden Ansätzen ist darüber hinaus aber ebenfalls gemeinsam, dass sie sozialen Konflikten und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eine wichtige Rolle beimessen. Beide argumentieren, dass gerade in diesen Konflikten die Notwendigkeit einer stärkeren Demokratisierung offensichtlich hervortritt.

7.2 Der Staat in der doppelten Herausforderung

Wie ist nun aber die Perspektive auf den Staat in den drei Ansätzen? Zunächst ist allen drei gemeinsam, dass dem Staat eine wesentliche Rolle in der Bearbeitung der ökologischen Krise zukommt, allerdings ist diese Rolle selbst dann sehr unterschiedlich.

Bei Blühdorn ist der Staat wesentlicher Garant postdemokratischer Performanz. Er muss die „radikalisierten demokratischen Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger [sic!] (...) bedienen, ohne dabei gleichstarken, gegenläufig ausgerichteten Imperativen und Bedürfnissen im Wege zu stehen“ (Blühdorn 2013a: 175). Der Staat sichere also die simulative Demokratie ab im Sinne eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ (ebd.: 183) Dieser Vertrag wäre eine unausgesprochene Abmachung zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, die alle ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung dieser simulativen Demokratie hätten.

Da Blühdorn, wie oben gezeigt, nicht von einer Demokratiekrise, sondern von einem Formwandel der Demokratie ausgeht, würde er auch meine These der doppelten Herausforderung ablehnen. Auch angesichts der ökologischen Krise ist die simulative Demokratie nicht krisenhaft, sondern genau die adäquate Form diese Krise im Kontext der dritten Moderne zu bearbeiten.

Nach Blühdorn gehe es in den modernen Konsumentendemokratien keineswegs darum die ökologische Krise zu lösen, sondern die negativen Auswirkungen und Kosten der Umweltzerstörung zu externalisieren. Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, diese Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit im Interesse der Gesamtgesellschaft zu organisieren

und abzusichern. Blühdorn sieht den Staat daher auch nicht in einer Legitimationskrise, sondern geht mit Rancière sogar von einem Legitimationsüberschuss des Staates aus (Blühdorn 2013a: 224).

Für Robyn Eckersley hat der Staat eine sehr zentrale Rolle bei der Lösung der ökologischen Krise. Um diese Krise aber nachhaltig lösen zu können, muss der Staat in ihren Augen sowohl demokratisiert als auch ökologischer gestaltet werden. Sie konstatiert, dass der liberale Staat aktuell nicht in der Lage ist, die zentralen Probleme, allen voran die ökologische Krise zu lösen, da er nicht demokratisch genug wäre. Der liberale Staat käme in ihren Augen insbesondere auch durch die Globalisierung immer stärker unter Druck. Im Gegensatz zu Blühdorn geht sie keineswegs von einem Legitimationsüberschuss des liberalen Staates aus, ganz im Gegenteil. Ihre Ausgangsthese ist ja gerade dessen Legitimationskrise. Sie plädiert daher für einen grünen, transnationalen Staat, mit neuen Formen von demokratischer Beteiligung, Souveränität und einer citizenship über die engen nationalstaatlichen Grenzen hinaus. Durch Diskurse, Verhandlungen, Verträge und die damit verbundenen Lernprozesse auf internationaler Ebene ließe sich auch das anarchische Staatensystem überwinden und ein kooperatives System der Staaten etablieren. Ihr green state wäre demnach auch eine zentrale Instanz beim Schutz nicht nur der sozialen Rechte der Bürger*innen, sondern auch beim Schutz der ökologischen Rechte und der Natur. Gleichzeitig wäre der Staat auch responsiver gegenüber zivilgesellschaftlichen Forderungen. Ganz in der Tradition der deliberativen Demokratietheorie und des Konstruktivismus misst sie den Diskurs- und Kommunikationsprozessen einen hohen Stellenwert bei. Daher sind für sie neben dem Staat auch weitere Akteure relevant, um die ökologische Krise zu lösen.

Aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie kann an beiden Ansätzen Kritik geübt werden. Aus Sicht dieser Staatstheorie wird der Staat weder als bloße Organisationsstruktur noch als Subjekt gedacht, sondern als soziales Verhältnis und Terrain, auf dem um Hegemonie gerungen werden muss. Und der Staat ist als integraler Staat auch mehr als seine politischen Institutionen und Apparate, sondern er umfasst auch die Zivilgesellschaft und deren Institutionen, die Schulen, die Medien, die Kirchen, Vereine usw. Der Staat kann also nicht losgelöst von der Gesellschaft gedacht werden. Er ist darüber hinaus auch nicht nur Nationalstaat, sondern muss multiskalar gedacht werden, bei Eckersley ist diese Multiskalarität durchaus angelegt, wenn sie argumentiert, dass der Staat nicht nur als Nationalstaat konzeptualisiert werden kann, sondern gerade auch trans- und international.

Gleichzeitig wird der Staat in der materialistischen Staatstheorie als Klassenstaat gedacht. Der Staat organisiert in diesem Sinne die Interessen der herrschenden Klasse und setzt diese Interessen, auch gegen Widerstände durch. Blühdorns Argument des neuen Gesellschaftsvertrages wäre in dieser Auffassung klassenblind, da ein solcher Vertrag v.a. ein Vertrag der herrschenden Klasse wäre.

Auch Eckersley optimistische Sicht auf die Rolle des Staates bei der Lösung der ökologischen Krise kann dabei nicht geteilt werden. Der Staat ist keine neutrale Instanz, die einfach ökologisch nachhaltig gemacht werden kann, sondern er ist eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Daraus folgt: „Die bloße Veränderung der Staatsmacht allein transformiert den Staatsapparat selber noch keineswegs.“ (Hirsch et al. 2008: 104) Es geht also um harte Auseinandersetzungen und Kämpfe, ein Aspekt den Eckersley in ihrem Ansatz unterschätzt. In den staatlichen Institutionen werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeschrieben und hegemonial abgesichert. Viele internationale Institutionen (auf die Eckersley große Hoffnungen setzt) sind ja „Ergebnis der Machtpolitik dominanter Nationalstaaten und Kapitalfraktionen. (...) Anders ausgedrückt: Die internationalen Institutionen der neoliberal-imperialen Globalisierung sind sowohl ein Ergebnis stark asymmetrischer Kräfteverhältnisse als auch ein Medium, durch das diese Asymmetrie ihre Machtwirkungen entfaltet.“ (Brand/Wissen 2011a: 20) Außerdem kann der Ausgangstheese von Eckersley, dass der Staat aufgrund der Globalisierung unter Druck gerate, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil bildet der Staat ein elementares Scharnier bei der Interiorisierung globaler Kapitalinteressen auf nationaler Ebene. Dies soll mit dem Begriff der „Internationalisierung des Staates“ (Brand 2013) ausgedrückt werden. Der Staat sichert also die kapitalistische Globalisierung ab. „Zu beachten ist auch, dass sich gesellschaftliche Interessen keineswegs nur vermittelt über ihre jeweiligen Nationalstaaten in inter- und supranationalen staatlichen Organisationen verdichten, sondern dass die entsprechenden Akteure diesen Vermittlungsprozess sogar bewusst umgehen, wenn sie dadurch ihre Interessen erfolgreicher artikulieren und institutionalisieren können.“ (Wissen 2011: 31) Der Staat spielt demnach also eine große Rolle, andere gesellschaftliche Akteure und deren Interessen dürfen aber ebenso wenig außer Acht gelassen werden, wie die den gesellschaftlichen Naturverhältnissen zugrunde liegenden Macht- und Herrschaftsstrukturen. Dies gilt gerade auch bei der Frage nach der ökologischen Krise.

7.3 Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Was lässt sich nun für die Krisenhaftigkeit des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur in den drei Ansätzen konstatieren?

Zunächst: Weder Blühdorn noch Eckersley würden von einer Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse sprechen. Beide konzeptualisieren das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur als zwei getrennte Sphären (vgl. Kapitel 4.8 und 5.9). Daher sprechen beide eher von ökologischer Krise. Aus Sicht kritischer Gesellschaftstheorie wäre die ökologische Krise nur ein Moment einer umfassenderen multiplen Krise. Grundsätzlich gemein ist allen jedoch

zunächst, dass sie die ökologische Krise als Problem anerkennen. Auch die Krisendiagnose ist bei allen drei Ansätzen ähnlich. Es wird davon ausgegangen, dass die kapitalistische Ökonomie, insbesondere der modernen Wohlfahrtsstaaten, auf der Zerstörung der Natur und der Ressourcenausbeutung beruht und dadurch die ökologische Krise im Wesentlichen verursacht hat (vgl. Kapitel 2.1) Die Schlussfolgerungen dieser Diagnose sind nun aber sehr verschieden.

Wie in Kapitel 4.7 gezeigt, konstatiert Blühdorn in modernen Konsument*innendemokratien eine Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit. Und diese Nicht-Nachhaltigkeit könne nur so lange aufrechterhalten werden wie sich, erstens, „neue Wege finden lassen, seine unvermeidbaren Konsequenzen zu reduzieren und zu externalisieren“ (v.a. also solange es eine „Außen“ gibt, wohin die Kosten verlagert werden können), zweitens, sich gesellschaftliche Werte so anpassen können, dass die Konsequenzen daraus weiterhin ertragbar bleiben (z.B. Neudefinition von Gerechtigkeit oder Verantwortung) und drittens, „gesellschaftliche Strategien entwickelt werden, um die sozialen Konflikte (...) politisch beherrschbar zu machen“ (z.B. durch neue sicherheitspolitische Gesetze) (Blühdorn 2013a: 271f.). Er argumentiert also, dass die sozialen und ökologischen Auswirkungen der ökologischen Krise durch die simulativen Verfahren der postdemokratischen Politik entweder externalisiert oder zumindest prekär bearbeitet werden können und die simulative Demokratie stabilisiert: „in heutigen Konsumgesellschaften ist (...) die Feststellung von Umweltproblemen und das Bemühen um deren Behebung zum (...) Mainstream geworden, doch sowohl das Gefühl der grundlegenden Entfremdung durch die technologisch-industrielle Moderne als auch die Sehnsucht nach einer grundsätzlich anderen Lebens- und Gesellschaftsform sind weitgehend verfliegen.“ (ebd.: 242)

Hier muss aus Sicht der kritischen Gesellschaftstheorie vehement widersprochen werden. Denn Blühdorn blendet hier einerseits aus, dass auch im Globalen Norden eben nicht alle in der Gesellschaft gleichermaßen von der, wie er es nennt, Konsumdemokratie profitieren. Auch in den Wohlfahrtsstaaten sind die subalternen Klassen von den Auswirkungen der Krise betroffen. Außerdem vernachlässigt er hier auch die realen Folgen der ökologischen Krise, die sie bereits auch schon für viele Menschen im Globalen Süden hat. Zu argumentieren, dass die modernen westlichen Gesellschaften die Kosten ihrer Nicht-Nachhaltigkeit in Raum und Zeit externalisieren ist zwar durchaus richtig, genau das soll ja auch mit dem Begriff der imperialen Lebensweise verdeutlicht werden. Aber aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive darf dieser Zustand definitiv nicht so bleiben und kann es auch nicht, da schon jetzt deshalb Menschen ihre Heimat verlassen müssen oder von Dürren, Hochwasser etc. bedroht sind.

Blühdorns Diagnose hilft uns also zwar zu verstehen, warum die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse derzeit gerade auch von Ländern im Globalen Norden nur unzureichend

bearbeitet wird. Aber sie hilft uns nicht unbedingt bei der Frage, wie sie nun tatsächlich gelöst werden könnte.

Robyn Eckersley würde diese Kritik an Blühdorn wohl weitgehend teilen. Ebenso wie Blühdorn geht sie analytisch zwar auch von der Gesellschaft und der Natur als zwei getrennte Sphären aus. Anders als er verfolgt sie aber eine internationalere Perspektive. Daher ist für sie auch die Externalisierung der Kosten der ökologischen Krise keine Möglichkeit der Stabilisierung der Verhältnisse wie bei Blühdorn. Darüber hinaus geht sie auch davon aus, dass gerade der moderne Wohlfahrtsstaat die Möglichkeiten einer nachhaltigen Lösung der ökologischen Krise in sich birgt. Derzeit sei dieser aber in einer Legitimationskrise aufgrund des ökonomischen Drucks der Globalisierung und eben die scheinbare Unfähigkeit die ökologische Krise adäquat lösen zu können. Sie argumentiert daher, durchaus normativ, dass die ökologische Nachhaltigkeit und der Schutz der Natur stärker in politischen Verfahren und Strukturen, z.B. in Verfassungen, verankert werden muss. Der Staat spielt für sie bei der Lösung der ökologischen Krise insofern eine zentrale Rolle, da dieser ein Garant für den Schutz der Natur darstellen könnte, wenn es gelingt, den Staat hin zu einem „Green State“ zu transformieren. Sie argumentiert außerdem, dass die globale kapitalistische Ökonomie wesentliche Ursache dieser ökologischen Krise sei, plädiert aber dann gerade nicht für die Überwindung des Kapitalismus, sondern geht davon aus, dass durchaus ein „Grüner Kapitalismus“ etabliert werden, könnte, der wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit vereinbar machen würde.

Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie kann den normativen Forderungen von Eckersley zwar viel abgewonnen werden, jedoch wäre man wohl sehr skeptisch, ob die Realisierung dieser Forderungen so einfach ist, wie es Eckersley in ihrem Ansatz darlegt.

Die ökologische Krise wäre aus dieser Perspektive nicht nur eine ökologische Krise, sondern spezifischer eine Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die in ihrer Verbindung und Abhängigkeit von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen analysiert und bearbeitet werden muss. Die ökologische Destruktivität ist tief in der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verankert, die wiederum durchzogen ist von ökonomischen, sozialen usw. Ungleichheitsstrukturen. Daher wird auch die Idee des grünen Kapitalismus, den Eckersley vertritt abgelehnt (vgl. dazu auch Kapitel 6.6).

Es gibt durchaus mächtige Interessen an der Aufrechterhaltung der bestehenden Konstellation und mit Gramsci kann argumentiert werden, dass Zugeständnisse an die Subalternen nur soweit gemacht werden, wie die materielle Basis der Herrschenden nicht angegriffen wird. Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise kann argumentiert werden, dass zwar Gesellschaften insbesondere im globalen Norden von den derzeitigen Verhältnissen massiv profitieren, allerdings nicht im gleichen Maße und viele Menschen, nicht nur im globalen Süden, hätten auch viel zu gewinnen, wenn die imperiale Lebensweise überwunden werden würde. Dies

setzt aber auch voraus, dass die zugrunde liegenden strukturellen Bedingungen verändert und transformiert werden. Dies schließt nun auch den Staat mit ein. Eckersley argumentiert zwar zweifellos für eine Veränderung des Staates, geht aber aus Sicht materialistischer Staatstheorie nicht weit genug und übersieht die Rolle des Staates bei der Absicherung kapitalistischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Interesse der herrschenden Klasse. Welche Schlussfolgerungen lassen nun die drei Ansätze für die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels zu? Welche Hindernisse eines solchen Wandels können auch konstatiert werden? Und/oder: Haben die Ansätze (auch) eine normative Auffassung der Transformation, im Sinne eines politischen Projekts? Diesen Fragen soll nun im nächsten Teil nachgegangen werden.

7.4 Gesellschaftlicher Wandel – Aber wie?

Eine der Analysekatoren, die ich in Kapitel 3.3 ausgeführt und auf die ich mich bei der Analyse der Ansätze fokussiert habe, habe ich bis zu dieser Stelle noch nicht ausführlich thematisiert, nämlich die Frage nach der Transformation.

Die Debatte um die sozial-ökologische Transformation dient mir für meine Masterarbeit als ein wissenschaftlicher Debatten-Kontext (vgl. Kapitel 2.2), in den ich meine Arbeit einbetten möchte. Daher ist es mir bei der Analyse der hier ausgeführten Ansätze auch ein Anliegen, deren Potential und Einschätzungen bei der Frage nach einer gelingenden Transformation herauszuarbeiten. Weder Eckersley noch Blühdorn haben sich in ihren, hier v.a. im Zentrum der Analyse stehenden, Monografien, auf diese wissenschaftliche Debatte bezogen²⁵, dennoch möchte ich untersuchen, welche möglichen Schlussfolgerungen für die Debatte aus den Ansätzen ableitbar sind. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen einem analytischen Transformationsbegriff und einer Transformation als politisches Projekt, also den normativen Gehalt des Begriffes. Bevor ich auf die sozial-ökologische Transformation in Kapitel 7.5 zu sprechen komme, soll es in diesem Kapitel zunächst analytisch um die (Un-)Möglichkeiten des gesellschaftlichen Wandels in den Ansätzen gehen. In Kapitel 2.2 habe ich bereits einen kritisch-analytischen Begriff der Transformation, der sich eng an die Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie anlehnt, erläutert. Aber wie denken Blühdorn und Eckersley gesellschaftlichen Wandel?

Ingolfur Blühdorn teilt weitestgehend die Skepsis an den Vorschlägen und Zielen, die bei der Mehrheit der Arbeiten zur Transformationsdebatte aufgeführt werden (vgl. Kapitel 2.2):

²⁵ Allerdings hat Blühdorn sich in einigen Aufsätzen in den letzten Jahren auch ganz explizit auf diese Transformation-Debatte bezogen, daher werde ich auch diese hier aufgreifen (vgl. insb. die Beiträge in Blühdorn 2020c).

„Anvisiert wird (...) ein vor allem technokratisches Projekt im Sinne der ökologischen Modernisierung. (...) Die subjektiv-kulturelle Dimension, emanzipatorische Fragen, gesellschaftliche Machtverhältnisse und politische Konflikte werden (...) ausgeblendet“ (Blühdorn 2020b: 85). Auch für ihn ist klar, dass das Gros der Transformationsdebatte sich innerhalb bestehender Strukturen und Ordnungen bewegt und eine radikale Transformation über sie hinaus eigentlich gar nicht angestrebt wird. „Im Gegenteil wird die ökologische Modernisierung ein weiteres Mal als Win-Win-Projekt präsentiert, also als Motor für neues wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Erschließung neuer Märkte und die weitere Befestigung des Kapitalismus“ (ebd.: 86). Letztlich lehnt er aber auch die radikaleren Beiträge in der Debatte ab und bezeichnet die ganze Debatte um die Transformation als „Ausweichmanöver und Verdrängungsphänomen“ (ebd.: 94). Für ihn ist klar, dass die

Tendenz zur Nicht-Nachhaltigkeit eben nicht bloß vom Kapitalismus und der Konsumindustrie aufgezwungen ist und eigentlich als entfremdend wahrgenommen wird, sondern dass der Wertewandel, der sie trägt, und die entsprechenden Subjektivitäts- und Freiheitsverständnisse realistisch – zumindest *auch* – als emanzipatorische Errungenschaften betrachtet werden müssen, die hart verteidigt werden. (ebd.: 105)

Vergebens halte die kritische Sozialwissenschaft, so Blühdorn weiter, an dem Narrativ „von der Befreiung des von Politik, Verwaltung und Kapitalismus entfremdeten wahren Selbst“ und der „neuen Protestbewegungen und Nischenexperimente als die Pionier*innen der großen Transformation“ (ebd.: 106). Über diesen Zustand der Entfremdung wären nämlich die Gesellschaften in der dritten Moderne (Befreiung aus der Mündigkeit) längst hinweg. Die Individuen in der dritten Moderne wären bewusst nicht-nachhaltig, hätten eine konsumbasierte Form der Identitätskonstruktion und wäre eben grundlegend abhängig von der Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten.

Was Blühdorn aber in seinen Ausführungen nicht erwähnt oder ausblendet ist der Umstand, dass es gar nicht darum geht, ob man diese Transformationsdebatte führen *möchte* oder nicht. Angesichts der gegenwärtigen sozial-ökologischen Krisendynamik (vgl. Kapitel 2.1) geht es möglicherweise gar nicht mehr um das Ob einer Transformation, sondern (nur) noch um das Wie, anders gesagt, geht es vielleicht bereits um die Frage: Transformation by design oder by desaster?

Und wenn dem so ist, dann tendiert man zumindest bei der Lektüre von Blühdorns „Simulative Demokratie“ eher zu der Transformation-by-desaster-Auffassung.

Blühdorn geht von einem gesellschaftlichen Wandel aus, der v.a. durch fortschreitende Modernisierung vorangetrieben wird und einen starken Einfluss auf die Individuen, deren Vorstellungen von Freiheit, Selbstverwirklichung, Wohlstand hat. Oder anders gesagt: Die

dritte Moderne prägt eine bestimmte Vorstellung eines guten Lebens. Diese Idee eines guten Lebens ist nun aber keineswegs progressiv oder gar sozial-ökologisch, sondern eben zutiefst nicht-nachhaltig. Die Gesellschaft in ihrer Totalität wird dadurch zu einem Hindernis einer sozial-ökologischen Transformation.

Aus der Perspektive der kritischen Gesellschaftstheorie kann dieser Diagnose einiges abgewonnen werden, schließlich macht ja auch der Begriff der imperialen Lebensweise deutlich, dass sich eine nicht-nachhaltige, auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhende Lebensweise tief in den Alltag und die Subjektivität der Gesellschaften im globalen Norden (und darüber hinaus) eingeschrieben hat und in weiten Teilen unhinterfragt und sogar bereitwillig von den Menschen reproduziert und verteidigt wird (vgl. Brand/Wissen 2017a: 43ff.). Was Blühdorn aber übersieht, ist der Umstand, dass viele Menschen, und das nicht nur im globalen Süden, von den Auswirkungen der imperialen Lebensweise auch stark negativ betroffen sind, und das gerade diese Menschen bei einer sozial-ökologischen Transformation viel zu gewinnen haben.

Mit seinem theoretischen Zugang sieht Blühdorn die Gesellschaft auch nicht gespalten in herrschende und beherrschte Klassen. Und insofern schenkt er auch den sozialen Konflikten zwischen diesen Klassen keine Beachtung. Gesellschaftliche Konflikte sind bei ihm lediglich Ausdruck bzw. Teil der politischen Simulation und eben keine wirklichen Konflikte. Die Entwicklungen der fortschreitenden Modernisierung erscheinen damit gleichsam unveränderbar. Ein emanzipatorischer gesellschaftlicher Wandel scheint nahezu unmöglich. Ganz anders wiederum ist hier der Ansatz von Robyn Eckersley. Sie betont in ihren Ausführungen die Notwendigkeit der globalen und internationalen Perspektive, um gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen. Transformation (auch wenn sie den Begriff selbst nicht verwendet) ist für sie v.a. über und durch den Staat nötig und möglich. Und sie argumentiert sogar, dass eine grüne, emanzipatorische Transformation bereits begonnen habe. Sie kritisiert Blühdorns Position, wenn sie schreibt:

The liberal focus on the individual's freedom to choose in the sphere of politics, economics, and lifestyle (along with the corporation's freedom to invest) deflects attention from the social and economic structures that shape and limit the horizons of individual choice (including environmental choices), and more so for economically marginal social classes and groups. (Eckersley 2004: 242)

In Eckersleys Augen gibt es nicht den zentralen Akteur, der die Transformation vorantreiben soll oder kann (auch wenn ihr Fokus auf dem Staat liegt). Für sie kann gesellschaftlicher Wandel von all jenen vorangetrieben werden, die ein Interesse an gesellschaftlichem Fortschritt haben. Insbesondere all jene, die von einer Transformation besonders profitieren würden, also z.B. Staaten, die akut von den Auswirkungen der ökologischen Krisen betroffen

sind, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure und v.a. auch die kritische ökologische Öffentlichkeit.

Es gäbe aber auch durchaus Widerstände gegen eine solche Transformation „from a variety of social actors and organizations whose material interests and/or political ideals are threatened by the case for a more ecologically sustainable society and economy.“ (ebd.: 247) Daher bräuchte es ganz gezielt Strategien für die Emanzipation und für das Empowerment der subalternen gesellschaftlichen Gruppen.

Um nun die Auffassungen von Transformation von Blühdorn und Eckersley analytisch zu fassen, hilft auch die Unterscheidung, die Karen O'Brien (2012) in ihrem Beitrag macht. Sie beschäftigt sich mit unterschiedlichen Strategien im Umgang mit der ökologischen Krise. Sie unterscheidet dabei zwischen „adaption“ und „deliberate transformation“. Mit „adaption“ ist dabei gemeint „adjustments in ecological, social, or economic systems in response to actual or expected climatic stimuli and their effects or impacts. It refers to changes in processes, practices, and structures to moderate potential damages or to benefit from opportunities associated with climate change.“ (Smit/Pilifosova 2001: 879) Adaption, man könnte auch schlicht von Anpassung sprechen, umfasst also all jene Maßnahmen, Strategien, aber auch Technologien oder Gesetze, die dabei helfen sollen, mit den Auswirkungen der ökologischen Krise zurecht zu kommen. Es geht also nicht darum, den Klimawandel etc. aufzuhalten, sondern sich mit den neuen Gegebenheiten abzufinden. Im Anschluss an Mark Pelling (2011) argumentiert sie, dass Adaption auch bedeutet, dass „current systems and paradigms are accepted and in some cases modified, but rarely critically questioned or challenged.“ (O'Brien 2012: 669).

Im Gegensatz dazu definiert sie die „deliberate transformation“ als „physical and/or qualitative changes in form, structure or meaning-making (...) It can also be understood as a psycho-social process involving the unleashing of human potential to commit, care and effect change for a better life“ (ebd.: 670). Damit benennt sie Transformation als einen aktiven Prozess des gesellschaftlichen Wandels. Sie betont auch, dass diese Transformation insbesondere auch gegen Widerstände durchgesetzt werden müsste: „There are, consequently, enormous barriers to transformation, rooted in culture and cognition and expressed through economic and social policies, land-use legislation, resource management practices, and other institutions and social practices“ (ebd.: 671).

Nimmt man diese Unterscheidung als Grundlage, so plädiert Robyn Eckersley für eine solche Form der deliberate transformation, als gezielt gesteuerten Prozess, der umfassende Veränderungen der Politik, der Ökonomie und der Kultur zur Folge hat, in den Strukturen und Praktiken der Gesellschaft (vgl. auch Kapitel 7.5). Im Gegensatz dazu wäre Blühdorns Ansatz eher ein Ansatz der Adaption. Er argumentiert ja gerade dafür, dass die Gesellschaften der dritten Moderne keinerlei Interesse an einer Transformation hätten. So wäre die ökologische

Krise als unabwendbar akzeptiert, solange die negativen Auswirkungen möglichst verringert werden oder im besten Fall gar externalisiert werden würden.

In ihrem Denken zu Möglichkeiten und Akteur*innen des gesellschaftlichen Wandels sind sich Eckersleys und die Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie sehr ähnlich. Blühdorns Auffassung steht dazu in einem starken Kontrast. Dies wird auch deutlich bei der Frage nach den Möglichkeiten eines emanzipatorischen Projekts der Transformation.

7.5 Mehr sozial-ökologische Transformation wagen?

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus den Ausführungen für das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation ziehen?

Ingolfur Blühdorn macht in seinem Ansatz wenig Hoffnung auf eine solche Transformation. Dass man den Ansatz und die Argumentation von Blühdorn als pessimistisch und politisch unproduktiv kritisieren kann, ist ihm dabei selbst durchaus bewusst. Diese Kritik wäre aber selbst „– offensichtlich – ein machtvolleres Mittel der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit.“ (Blühdorn 2013a: 129) Denn diese Kritik wäre einerseits eine Möglichkeit der Partizipation an der simulativen Demokratie bei gleichzeitiger Befreiung, dann auch entsprechende Entscheidungen im eigenen Verhalten usw. selbst treffen zu müssen. Er hält daher auch die allermeisten (auch in dieser Arbeit präsentierten) Beiträge der Transformationsdebatte für sinnlos, da sie für ihn an der eigentlichen Problematik vorbeigehen, nämlich dass die Menschen in den Gesellschaften der dritten Moderne gar kein Interesse (mehr) an einer Transformation haben, da durch diese ihre Freiheiten beschränkt werden könnten. Da aber die Forderungen nach einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation und nach einem guten Leben für alle, gewisse Einschränkungen in der Freiheit der Einzelnen zu Gunsten des Gemeinwohls hingenommen werden müssten, wären diese Forderungen schlichtweg nicht mehr attraktiv und erwünscht. Der Wert der Freiheit wäre in der Emanzipation zweiter Ordnung „entfesselt“²⁶ worden und eine „Begrenzung und Regulierung der Freiheit wäre entsprechend das Gebot der Stunde.“ (ebd.: 114). Und komme man diesem Gebot nicht nach, wäre jedes weitere Nachdenken über eine Transformation zwecklos.

Kritisch kann hier eingewendet werden, dass Blühdorn mit dem Begriff der Freiheit, nur die individuelle Freiheit der Menschen in den Gesellschaften des globalen Nordens, bzw. den Glauben an diese Freiheit fasst, aber eben nicht die Unterdrückungs- und

²⁶ Mit dem Begriff der Entfesselung bezieht sich Blühdorn auf Polanyi (1944).

Ausbeutungsmechanismen, auf denen diese Freiheit basiert und von denen sie auch abhängig ist.

Für die kritische Gesellschaftstheorie und auch für Eckersley geht es bei der Transformation im normativen Sinn weniger um die Einschränkungen der privilegierten gesellschaftlichen Gruppen, sondern v.a. um den Freiheitsgewinn vieler Subalternen und Benachteiligter. Dass aber gerade auch die Gesellschaften im globalen Norden derzeit zu wenig machen, um die Welt nachhaltiger zu gestalten, würden sowohl Eckersley als auch die kritische Gesellschaftstheorie unterschreiben. Eckersley schreibt dazu: „Without the deepening of democracy within the most privileged states (...), the prospects of structural reform to the international economy, an end to the displacement of environmental problems and the beginning of concerted (as distinct from tokenistic) environmental capacity building in the developing world seem remote.“ (Eckersley 2004: 254)

Zwar gab es in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder internationale umweltpolitische Verträge und Abkommen, die zum Teil auch von einigen ökonomisch starken und privilegierten Staaten wie Deutschland vorangetrieben wurden. Darin sieht Eckersley zum einen bestätigt, dass ökonomische und ökologische Fragen sich nicht zwangsläufig widersprechen müssen. Gleichwohl weist sie darauf hin, dass viele ökonomisch schwächere Staaten derzeit (noch) gar nicht in der Lage sind weitreichende ökologische Maßnahmen zu treffen. Darüber hinaus kommt erschwerend hinzu, dass auch ökonomisch starke Staaten, wie die USA, kein großes Interesse am Umwelt- und Klimaschutz zeigen. Daher könne sich nicht allein auf staatliche Institutionen verlassen werden, sondern es braucht den Druck aus der Zivilgesellschaft und jede*r der*die eine sozial-ökologische Transformation befürwortet kann und soll dazu einen Beitrag leisten. In ihren Augen bräuchte es dafür insbesondere eine breite grüne Bewegung:

The green movement, considered as a whole, is a broad, decentered, and heterogeneous movement made up of new social movements (e.g., environment, peace, anti-nuclear, aid, poverty, Third World development, and women's), new political parties, scientists, research institutes, environmental educators, journalists, ordinary citizens, and ecologically modernizing firms. (ebd.: 246)

Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie kann an diesen Überlegungen sehr gut angeknüpft werden. Mit dem Begriff der „Mosaik-Linken“ (Urban 2009; Hawel 2016) soll ebenfalls ein sehr breites Bündnis „all jener Teile der Gesellschaft sein, deren Interessen durch die kapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien der Eliten unter die Räder zu geraten drohen.“ (Urban 2009) Mit Gramsci könnte in diesem Zusammenhang auch von einem gegenhegemonialen Block gesprochen werden, der sich gegen die aktuellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse stellen muss. Der Begriff der

„Frontline Community“ (vgl. Moore/Russell 2011; I.L.A. Kollektiv 2019: 81) macht deutlich, dass sich verschiedene soziale Bewegungen und gesellschaftliche Gruppen in ihren Kämpfen um Transformation und ein gutes Leben für alle zusammenschließen müssen.

Robyn Eckersley macht einige Vorschläge was Ziele einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation sein sollten. Neben einer Demokratisierung der Demokratie, müssen auch soziale und ökologische Rechte gestärkt werden (durch eine Verankerung der Rechte der Natur und der zukünftigen Generationen in demokratischen Verfahren und Verfassungen zum Beispiel durch „Nature Advocats“ (vgl. Eckersley 1995, 2012)). Die grüne Bewegung ist für Eckersley insbesondere auch bei der Etablierung eines grünen demokratischen Staates wichtig:

However, if the multifarious green movement is able to maintain critical and vibrant domestic and transnational green public spheres and social movements with a vigorous electoral arm in all tiers of government, working through the party system to influence and ultimately capture conventional political power, then the green democratic state might become a real possibility. (Eckersley 2004: 254)

Außerdem sollen internationale Verträge eine globale Agenda für Nachhaltigkeit etablieren können und so Demokratie und Ökologie stärken.

Sie hat die Anforderung an die Demokratie in „The Green State“ gut auf den Punkt gebracht: „[A]ll those potentially affected by a risk should have some meaningful opportunity to participate or otherwise be represented in the making of the policies or decisions that generate the risk.“ (2004: 111) Ihre Vorschläge dazu sind eine Stärkung der öffentlichen Aushandlung durch deliberative Prozesse, das Mitdenken/Miteinbeziehen der Interessen all jener, die keine Stimme haben (v.a. zukünftige Generationen und die Natur), in die demokratische Entscheidungsfindung und eine Intensivierung trans- und internationaler Verträge, um die Kooperation zwischen den Nationalstaaten zu stärken. Hinsichtlich der Ökonomie schlägt sie eine Bändigung und ein Ökologisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems vor.

Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie kann den normativen Forderungen von Eckersley zwar viel abgewonnen werden, jedoch wäre man auch gegenüber einigen Punkten kritisch, insbesondere ihre Überlegungen zur ökologischen Modernisierung. Aus kritischer Perspektive sollte es bei der Transformation gerade auch um die Überwindung der hegemonialen ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse gehen. Konzepte wie die Wirtschaftsdemokratie (Demirović 2018), die Bewegung für Ernährungssouveränität (Choplin 2011) oder die Debatten um Degrowth (Schmelzer/Vetter 2019) bieten hierfür gute Ansatzpunkte. Dafür braucht es auch Debatten darüber „was produziert und wofür gearbeitet werden soll, welche Rolle den privaten Unternehmen und dem Staat beziehungsweise dem Öffentlichen zukommt, wo und wie emanzipatorische Selbstorganisation und Lernprozesse

stattfinden und gefördert werden können und welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang Zeitwohlstand und Sorge um sich selbst und um andere Menschen einnehmen sollen.“ (Brand 2014b: 273f.) Grundlegende Änderungen in den politischen und ökonomischen Strukturen, sowie den alltäglichen Praxen und Notwendigkeit, darum wird es auch gesellschaftliche Konflikte und Kämpfen geben (müssen). Auch wenn Robyn Eckersley diese Auseinandersetzungen ebenfalls als notwendig erachtet, unterschätzt sie wie tief sich machtvolle hegemoniale Interesse in staatliche und andere Institutionen, aber auch in alltägliche Gewohnheiten eingeschrieben haben. Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie verbleiben ihre Ideen und Vorschläge dahingehend innerhalb bestehender herrschaftlicher Verhältnisse, können also eher inkrementell betrachtet werden. In Bezug auf die Forderung nach der grundsätzlichen Stärkung von Demokratie und Ökologie sind sich die beiden Ansätze aber durchaus einig.

Die Forderung nach der Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse setzt an den konkreten Alltagserfahrungen sozial-ökologischer Kämpfe an. In vielen Bewegungen und Kämpfen weltweit wird die ökologische Frage immer stärker auch als soziale Frage politisiert. „Beispielhaft dafür sind die Kämpfe für die Stärkung kleinbäuerlicher und indigener Rechte (...), der Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die Kritik an der Patentierung von lebender Materie oder der Einsatz für nachhaltige und kollektive Formen von Mobilität.“ (Brand/Wissen 2011a: 27) Es geht also darum, wer wo welchen Zugang zu natürlichen Ressourcen, zu Land usw. hat und wer über diese Zugangsrechte entscheidet. Es geht darum, dass Energie- und Wasserversorgung nicht von privatwirtschaftlichen Unternehmen, sondern von der Bevölkerung kontrolliert wird.

Die hegemonialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind klassenspezifisch, geschlechtlich, rassistisch oder auch räumlich strukturiert. Es geht daher letztlich auch darum durch die Herausforderungen bestehender Ordnungen gegen-hegemoniale Strategien zu entwickeln, die über diese Ordnung hinausweisen. Oder anders: Es muss danach gefragt werden „wann und wie im Prozess der Demokratisierung Punkte der Unumkehrbarkeit geschaffen werden (...): Demokratische Beteiligung und schonende Reformen müssen sich einem Punkt nähern, von dem aus eine Transformation der Verhältnisse freigesetzt wird, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.“ (Demirović 2005: 10) Kämpfe um die Ernährungssouveränität (Choplin 2011), um Energiedemokratie (Weis et al. 2015), um eine Demokratisierung der Wirtschaft gehen in diese Richtung. Diese Kämpfe können mit anderen sozialen Kämpfen, wie jene um die Sorgearbeit (Winker 2015), um andere Formen der Mobilität oder auch mit der Demokratisierung des Bildungssystems verbunden werden. Kurz gesagt geht es um die Demokratisierung der Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Naturverhältnisse und damit auch um die Vision einer solidarischen Lebensweise (I.L.A. Kollektiv 2019).

8 Resümee

In meiner Masterarbeit habe ich danach gefragt wie unterschiedliche sozialwissenschaftliche Ansätze die „doppelte Herausforderung“ von Demokratie und Ökologie konzeptualisieren. Dabei habe ich mich auf drei Ansätze konzentriert. Zum einen auf die Ausführungen zur simulativen Demokratie von Ingolfur Blühdorn, zum anderen auf Entwurf eines „Green State“ von Robyn Eckersley und drittens auf Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie. Bei meiner Analyse habe ich mich im Wesentlichen auf vier Kategorien fokussiert, nämlich auf die Auffassung von Demokratie, von Staat, von dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur und den Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels. Im Vergleich der drei Ansätze habe ich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ansätzen herausgearbeitet und auch danach gefragt welche Schlussfolgerungen für die Herausforderung einer gelingenden emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation daraus gezogen werden können. Welche Erkenntnisse lässt nun die Analyse und die Diskussion der drei Ansätze in Bezug auf die Forschungsfrage zu?

Zunächst einmal macht die Lektüre von Blühdorn deutlich, dass nicht voraussetzungslos von der doppelten Herausforderung von Demokratie und Ökologie gesprochen werden kann. Dass diese Diagnose der doppelten Herausforderung als den Ausgangspunkt meiner Masterarbeit setze, ist insofern bereits eine theoretische Verortung. So geht Blühdorn nämlich keineswegs von einer Krise der Demokratie aus, sondern spricht vielmehr von einem Formwandel derselben. Er argumentiert, dass es derzeit kaum Chancen und Hoffnungen auf eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft gäbe, da die modernen Gesellschaften gar kein Interesse daran hätten. Der aktuelle Zustand der Demokratie wäre für ihn ein im wesentlichen simulativer Prozess, der den Status Quo verfestigt und das Ergebnis des Auszugs aus der Mündigkeit wäre. Gleichzeitig wäre in seinen Augen eine weitere Demokratisierung keineswegs eine Lösungsperspektive der ökologischen Krise, da die simulative Demokratie die Nicht-Nachhaltigkeit moderner Gesellschaft gerade nicht verändert, sondern verfestigt.

Robyn Eckersley argumentiert in ihrem Buch im Gegensatz zu Blühdorn ganz bewusst normativ. Für sie ist die liberale Demokratie, ebenso wie der liberale Staat in einer Legitimationskrise, die sich gerade auch angesichts der Unfähigkeit, die ökologische Krise zu lösen, manifestiert. Sie würde also wohl meiner These der doppelten Herausforderung zustimmen. In „The Green State“ argumentiert sie für eine notwendige Demokratisierung der Demokratie, des Staates und der Ökonomie und dies hinsichtlich sozialer und auch ökologischer Dimensionen. Für Eckersley muss also die Bearbeitung der beiden Krisendimensionen Hand in Hand gehen. Ökologische Probleme können in ihren Augen nur dann wirklich gerecht bearbeitet werden, wenn alle, die von den Auswirkungen betroffen sind,

auch mitreden und mitentscheiden können. Sie betont dabei insbesondere Formen deliberativer Demokratie als sinnvoll und produktiv. Gleichwohl müsse dafür aber auch der Staat und seine Strukturen transformiert werden. Sie plädiert für einen grünen Staat, dem eine wichtige Funktion bei der Etablierung und dem Schutz sozialer und ökologischer Rechte über die engen nationalstaatlichen Grenzen hinaus zukommen kann.

Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie kann der Zeitdiagnose von Blühdorn zwar grundsätzlich einiges abgewonnen werden. Jedoch wird Blühdorns modernisierungstheoretischer Gesellschaftsbegriff ebenso abgelehnt wie seine liberale Auffassung des Staates. Darüber hinaus verunmöglicht Blühdorns Demokratiebegriff jedes emanzipatorische Potential dieses Begriffes. Er beschreibt seine simulative Demokratie als quasi alternativlos und unveränderbar. Mit Eckersley teilt sich die kritische Gesellschaftstheorie die Auffassung, dass es grundsätzliche Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen bedarf, um der doppelten Herausforderung adäquat begegnen zu können. Gleichwohl gibt es auch durchaus Unterschiede zwischen diesen Ansätzen, insbesondere im Staatsverständnis und in der Auffassung der Verbindung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und dem Kapitalismus.

Auch bei der Frage nach der Transformation sind sich die drei Ansätze nicht einig. Blühdorns Ausführungen helfen uns hier zwar durchaus besser zu verstehen, warum eine emanzipatorische sozial-ökologische Transformation gerade in den Gesellschaften des globalen Nordens aktuell nicht auf der Tagesordnung stehen. Jedoch eröffnet er keine Perspektiven der Ermöglichung einer Transformation. Auch hier sind sich Eckersley und die kritische Gesellschaftstheorie näher. Für beide ist die sozial-ökologische Transformation nicht lediglich angesichts aktueller Krisen nicht nur Möglichkeit, sondern schlichtweg Notwendigkeit.

Wie es zumeist bei wissenschaftlichen Arbeiten der Fall ist, stehen am Ende mindestens so viele (neue) Fragezeichen, wie zu Beginn. Dies ist auch hier nicht anders. Viele Fragen, die ich mir im Zuge des Schreibprozesses gestellt habe, konnte ich nicht im Rahmen und Umfang dieser Arbeit beantworten. Um nur Beispiele zu nennen: Wie können die Rechte der Natur und die Rechte zukünftiger Generationen tatsächlich in der Praxis demokratischer Verfahren verankert werden? Was wäre eine mögliche Strategie zur Überwindung der Nachhaltigkeit der Nicht-Nachhaltigkeit? Vor allem muss ich aber auch eine ausführlichere Konzeption einer sozial-ökologischen Demokratie in all ihren Einzelheiten schuldig bleiben. Hier habe ich mich lediglich auf einzelne Facetten und Konturen beschränkt. Was sich mir jedoch im Zuge des Verfassens dieser Arbeit immer wieder gezeigt hat ist dies: Es bedarf einer Überwindung der liberalen Demokratie und der Etablierung einer neuen, sozial-ökologischen Demokratie und auch der Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse um der Transformation zu einem Erfolg zu verhelfen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Denn das Narrativ

eines guten Lebens für alle ist (entgegen oder vielleicht auch gerade wegen der Einschätzungen von Ingolfur Blühdorn) mehr denn je notwendig, um das Projekt der Emanzipation weiterhin als Möglichkeit offen zu halten.

9 Bibliographie

Altenburg, Tilman/Assmann, Claudia (Hrsg.) (2017): Green Industrial Policy. Concept, Policies, Country Experiences. Genf/Bonn: UN Environment/Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

Althusser, Louis (2016): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg: VSA.

Altvater, Elmar (2015): Engels neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die „Dialektik der Natur“ und die Kritik von Akkumulation und Wachstum. Hamburg: VSA.

Anderson, Terry L./Leal, Donald R. (2001): Free Market Environmentalism. New York: Palgrave Macmillan US.

Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dücker, Julia (2011): Die multiple Krise - Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.), VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 11–28.

Baudrillard, Jean (1994): Simulacra and Simulation. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Beck, Martin/Stützel, Ingo (2018): Die neuen Bonapartisten: mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen. Berlin: Dietz.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1995): Ecological Politics in an Age of Risk. Cambridge/Malden: Polity Press.

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (Hrsg.) (1996): Reflexive Modernisierung: eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael Th. (Hrsg.), Demokratie - eine Kultur des Westens. Opladen: Leske + Budrich, 201–222.

Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society. London: Methuen.

Blühdorn, Ingolfur (2004): Post-ecologism and the Politics of Simulation. In: Wissenburg, Marcel/Levy, Yoram (Hrsg.), Liberal Democracy and Environmentalism. The End of Endenvironmentalism? London: Routledge, 35–47.

Blühdorn, Ingolfur (2007): Sustaining the Unsustainable: Symbolic Politics and the Politics of Simulation. In: *Environmental Politics*, 16 (2), 251–275.

Blühdorn, Ingolfur (2013a): Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur (2013b): The Governance of Unsustainability: Ecology and Democracy after the Post-Democratic Turn. In: *Environmental Politics*, 22 (1), 16–36.

Blühdorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 28 (1–2), 151–180.

Blühdorn, Ingolfur (2020a): Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit. Begehung eines umweltsoziologischen Minenfeldes. In: Blühdorn, Ingolfur (Hrsg.), *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: Transcript, 287–328.

Blühdorn, Ingolfur (2020b): Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose. In: Blühdorn, Ingolfur (Hrsg.), *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: Transcript, 65–142.

Blühdorn, Ingolfur (Hrsg.) (2020c): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: Transcript.

Blühdorn, Ingolfur/Deflorian, Michael (2019): The Collaborative Management of Sustained Unsustainability: On the Performance of Participatory Forms of Environmental Governance. In: *Sustainability*, 11 (4), 1–17.

Blythe, Jessica/Silver, Jennifer/Evans, Louisa/Armitage, Derek/Bennett, Nathan J./Moore, Michele-Lee/Morrison, Tiffany H./Brown, Katrina (2018): The Dark Side of Transformation: Latent Risks in Contemporary Sustainability Discourse. In: *Antipode*, 50 (5), 1206–1223.

Bookchin, Murray (1982): *The Ecology of Freedom: the Emergence and Dissolution of Hierarchy*. Palo Alto: Cheshire Books.

Brad, Alina (2019): *Der Palmölboom in Indonesien: Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource*. Bielefeld: Transcript.

Brand, Karl-Werner (2014a): *Umweltsoziologie. Entwicklungslinien, Basiskonzepte und Erklärungsmodelle*. Weinheim: Beltz Juventa.

Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (2017): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Campus.

Brand, Ulrich (2009): *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Brand, Ulrich (2013): Internationalisierung des Staates. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*. Wiesbaden: Springer, 299–314.

Brand, Ulrich (2014b): Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 242–280.

Brand, Ulrich (2016a): Transformation als „neue kritische Orthodoxie“ und Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses. In: Brie, Michael/Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.), *Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs*. Münster: LIT Verlag, 209–224.

Brand, Ulrich (2016b): "Transformation" as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crises. In: *GAIA*, 25 (1), 23–27.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2020): Overcoming Neoliberal Globalization: Social-Ecological Transformation from a Polanyian Perspective and Beyond. In: *Globalizations*, 17 (1), 161–176.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise: Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36 (2), 12–34.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Bader, Pauline/Becker, Florian/Dück, Julia (Hrsg.), *Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verlag, 79–94.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017a): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017b): Social-Ecological Transformation. In: Richardson, Douglas/Castree, Noel/Goodchild, Michael F./Kobayashi, Audrey/Liu, Weidong/Marston, Richard (Hrsg.), *International Encyclopedia of Geography. People, the Earth, Environment, and Technology*. Hoboken: Wiley-Blackwell/Association of American Geographers.

Brennan, Jason (2018): Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen. Berlin: Ullstein.

Brie, Michael (Hrsg.) (2014): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brown, Katrina (2015a): *Resilience, Development and Global Change*. London: Routledge.

Brown Weiss, Edith (1993): International Environmental Law: Contemporary Issues and the Emergence of a New World. In: *Georgetown Law Journal*, 81, 675–710.

Brown, Wendy (2015b): *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.

Brunkhorst, Hauke (2012): *Legitimationskrisen: Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.

Brunnengräber, Achim (2009): *Die politische Ökonomie des Klimawandels*. München: oekom.

Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2011): Der Klimawandel - eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Bader, Pauline/Becker, Florian/Dück, Julia (Hrsg.), *Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA, 95–110.

Buchstein, Hubertus (2016): *Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag*. Wiesbaden: Springer.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: *Leviathan*, 31 (4), 470–495.

- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute. In: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hrsg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Wiesbaden: Springer, 19–41.
- Carter, Alan (2013): *A Radical Green Political Theory*. London/New York: Routledge.
- Choplin, Gérard (Hrsg.) (2011): *Ernährungssouveränität: für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa*. Wien: Mandelbaum.
- Christoff, Peter (1996): Ecological Modernisation, Ecological Modernities. In: *Environmental Politics*, 5 (3), 476–500.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Malden, MA: Polity.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II*. Berlin: Suhrkamp.
- Dahl, Robert A. (2000): A Democratic Paradox? In: *Political Science Quarterly*, 115 (1), 35–40.
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle: die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (2003): *Kritische Gesellschaftstheorie und Gesellschaft*. In: Demirović, Alex (Hrsg.), *Modelle kritischer Gesellschaftskritik. Tradition und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart: Metzler.
- Demirović, Alex (2005): Ein lang anhaltender Prozess. Radikale Demokratie und Perspektiven der Aneignung. Ein Gespräch per E-Mail mit Alex Demirović. In: *Fantômas - Magazin für linke Debatte und Praxis*, 8, 7–11.
- Demirović, Alex (2007): *Politische Gesellschaft - zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci*. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 21–41.
- Demirović, Alex (2011): *Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt der Emanzipationsperspektiven*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 41 (165).
- Demirović, Alex (2012): *Reform, Revolution, Transformation*. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 3 (2012), 16–42.
- Demirović, Alex (2013): *Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung*. In: *Prokla*, 43 (171), 193–215.
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2016): *Transformation der Demokratie - demokratische Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2018): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Demirović, Alex (2019): Materialismus und Konstruktivismus - ein Gegensatz? In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hrsg.), *Radikale Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp, 777–792.

Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2010): Einleitung. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hrsg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden: Nomos, 9–18.

Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.

Demirović, Alex/Walk, Heike (2011): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

DESA, (United Nations Department of Economics and Social Affairs (Hrsg.) (2011): *The Great Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey 2011*. New York: DESA.

Döbler, Moritz (2019): *An den Grenzen des Systems*. Text abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/krise-der-demokratie-an-den-grenzen-des-systems/23813360.html> (Zugriff am 18.11.2019).

Dörre, Klaus (2019): *Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg!* In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie? eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*. Berlin: Suhrkamp, 21–52.

Eckersley, Robyn (1990): *Habermas and Green Political Thought: Two Roads Diverging*. In: *Theory and Society*, 19 (6), 739–776.

Eckersley, Robyn (1992): *Environmentalism And Political Theory: Toward An Ecocentric Approach*. London: Routledge.

Eckersley, Robyn (1995): *Liberal Democracy and the Rights of Nature: The Struggle for Inclusion*. In: *Environmental Politics*, 4 (4), 169–198.

Eckersley, Robyn (1998): *Environmental rights and democracy*. In: Keil, Roger/Bell, David/Penz, Peter/Fawcett, Leesa (Hrsg.), *Political Ecology. Global and Local*. London: Routledge, 353–376.

Eckersley, Robyn (2002): *Environmental pragmatism, ecocentrism and deliberative democracy: Between problem-solving and fundamental critique*. In: Pepperman, Bob/Minteer, Ben (Hrsg.), *Democracy and the Claims of Nature*. Lanham: Rowman and Littlefield, 49–69.

Eckersley, Robyn (2004): *The Green State: Rethinking Democracy and Sovereignty*. Cambridge, Mass: MIT Press.

Eckersley, Robyn (2005): *Greening the Nation-state: From Exclusive to Inclusive Sovereignty*. In: Barry, John/Eckersley, Robyn (Hrsg.), *The State and the Global Ecological Crisis*. Cambridge: MIT Press, 159–180.

Eckersley, Robyn (2012): *Representing Nature*. In: Alonso, Sonia/Keane, John/Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *The Future of Representative Democracy*. New York: Cambridge University Press, 236–257.

Eckersley, Robyn (2017): *Geopolitical Democracy in the Anthropocene*. In: *Political Studies*, 65 (4), 983–999.

Eckersley, Robyn (2020a): Ecological Democracy and the Rise and Decline of Liberal Democracy: Looking Back, Looking Forward. In: *Environmental Politics*, 29 (2), 214–234.

Eckersley, Robyn (2020b): The Green State in Transition: Reply to Bailey, Barry and Craig. In: *New Political Economy*, 25 (1), 46–56.

EPA (2019): National Environmental Policy Act. National Environmental Policy Act. Text abrufbar unter: <https://www.epa.gov/nepa> (Zugriff am 28.12.2019).

Feola, Giuseppe (2015): Societal Transformation in Response to Global Environmental Change: A Review of Emerging Concepts. In: *Ambio*, 44 (5), 376–390.

Fine, Robert/Smith, Will (2003): Jürgen Habermas's Theory of Cosmopolitanism. In: *Constellations*, 10 (4), 469–487.

Fischer-Kowalski, Marina (2011): Analyzing Sustainability Transitions as a Shift between Socio-Metabolic Regimes. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 1 (1), 152–159.

Folke, Carl/Carpenter, Steve/Elmqvist, Thomas/Gunderson, Lance/Holling, Crawford S. (2002): Resilience and Sustainable Development. Building Adaptive Capacity in a World of Transformations. In: *Ambio*, 31 (5), 437–440.

Freybott, Jan Christoph (2019): FDP-Chef kritisiert Schülerstreiks: Profis gegen Lindner. In: *taz* (12.3.2019), 2019. Text abrufbar unter: <https://taz.de/!5579467/> (Zugriff am 2.3.2020).

Future Earth (2018): Seedbeds of Transformation | The Role of Science with Society and the SDGs in Africa. Text abrufbar unter: <https://seedbeds.futureearth.org/> (Zugriff am 11.9.2019).

Future Earth/Stockholm Resilience Centre (2017): ICSS2017 – International Conference on Sustainability Science 2017. Text abrufbar unter: <http://www2.ir3s.u-tokyo.ac.jp/icss2017/> (Zugriff am 11.9.2019).

GA (1992): Rio Declaration on Environment and Development. Text abrufbar unter: https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_CONF.151_26_Vol.I_Declaration.pdf.

Giddens, Anthony (1995): *The Consequences of Modernity*. London: Polity Press.

Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinilber, Jochen (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 23–50.

Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, Christoph (2003): Dialektische Konstellationen. Zu einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex (Hrsg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart: Metzler, 39–62.

Görg, Christoph (2004): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden (als GH zitiert). Hamburg: Argument.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1994): Human Rights and Popular Sovereignty: The Liberal and Republican Versions. In: *Ratio Juris*, 7 (1), 1–13.
- Habermas, Jürgen (1999): Drei normative Modelle der Demokratie. In: ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 277–291.
- Hackmann, Heide/St. Clair, Asunción Lera (2012): Transformative Cornerstones of Social Science Research for Global Change. Report of the International Social Science Council. Paris: ISSC.
- Harich, Wolfgang (1975): Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hartmann, Kathrin (2020): Das kommt nicht von außen. Was Epidemien mit der Zerstörung intakter Ökosysteme durch den Menschen zu tun haben. derFreitag. Text abrufbar unter: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-kommt-nicht-von-aussen> (Zugriff am 18.4.2020).
- Hawel, Marcus (Hrsg.) (2016): Wie lernt das linke Mosaik? die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA.
- Hester, Ronald E./Harrison, Roy M. (Hrsg.) (2014): Geoengineering of the Climate System. Cambridge: Royal Soc. of Chemistry.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2008): Die Staatstheorie des „westlichen Marxismus“. Gramsci, Althusser, Poulantzas und die so genannte Staatsableitung. In: Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hrsg.), Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Baden-Baden: Nomos, 93–119.
- Hollstein-Brinkmann, Heino (2005): Systemtheorien im Vergleich. In: Hollstein-Brinkmann, Heino/Staub-Bernasconi, Silvia (Hrsg.), Systemtheorien im Vergleich. Was leisten Systemtheorien für die soziale Arbeit? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17–32.
- Horkheimer, Max (1988): Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936 - 1941. Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1987): Dialektik der Aufklärung. In: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Gesammelte Schriften. Band 5. Frankfurt am Main: Fischer.
- I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2019): Das Gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.

Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution - Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1956): *Soziologische Exkurse*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

IPBES (2019): *Report of the Plenary of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services on the work of its seventh session - Summary for Policymakers*. Paris: IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services). Text abrufbar unter: https://ipbes.net/sites/default/files/ipbes_7_10_add.1_en_1.pdf (Zugriff am 15.4.2020).

iwd (2017): *Klimapolitik: Die CO2-Welt*. iwd. Text abrufbar unter: <https://www.iwd.de/artikel/klimapolitik-die-co2-welt-366033/> (Zugriff am 15.4.2020).

Jäger, Wieland/Baltes-Schmitt, Marion (2003): *Jürgen Habermas: Einführung in die Theorie der Gesellschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts*. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.), *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 75–93.

Jellinek, Georg (1914): *Allgemeine Staatslehre*. Berlin: O. Häring.

Jessop, Bob (2006): *Kapitalistischer Staatstyp und Autoritärer Etatismus. Poulantzas's Staatslehre als moderner Klassiker*. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hrsg.), *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA, 48–64.

Johnson, David W./Johnson, Roger T. (1999): *Learning Together and Alone: Cooperative, Competitive, and Individualistic Learning*. Boston: Allyn and Bacon.

Jonas, Hans (1979): *Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt am Main: Insel.

Jörke, Dirk (2019): *Die Grösse der Demokratie: über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*. Berlin: Suhrkamp.

JPI Climate (2011): *Strategic Research Agenda for the Joint Programming Initiative „Connecting Climate Change Knowledge for Europe“*. Text abrufbar unter: http://www.jpi-climate.eu/media/default.aspx/emma/org/10826597/JPI-CLIMATE_Strategic_Research_Agenda-adopted_111109.pdf.

Kannankulam, John (2016): *Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und „Eurokrise*. In: Demirović, Alex (Hrsg.), *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 35–47.

Karathanassis, Athanasios (2015): *Kapitalistische Naturverhältnisse: Ursachen von Naturzerstörungen - Begründungen einer Postwachstumsökonomie*. Hamburg: VSA.

Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.) (2019): *Was stimmt nicht mit der Demokratie? eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*. Berlin: Suhrkamp.

Knox, John H. (2018): Framework Principles on Human Rights and the Environment. OHCHR. Text abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Environment/SREnvironment/FrameworkPrinciplesUserFriendlyVersion.pdf> (Zugriff am 28.12.2019).

Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina (Hrsg.), *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau, 217–224.

Köhler, Jonathan/Geels, Frank W./Kern, Florian/Markard, Jochen/Onsongo, Elsie/Wieczorek, Anna/Alkemade, Floortje/Avelino, Flor/Bergek, Anna/Boons, Frank/et al. (2019): An Agenda for Sustainability Transitions Research: State of the Art and Future Directions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 31 (6), 1–32.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden: Springer.

Krausmann, Fridolin/Weisz, Helga/Eisenmenger, Nina (2016): Transitions in sociometabolic regimes throughout human history. In: Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Winiwarter, Verena (Hrsg.), *Social Ecology. Society-Nature Relations across Time and Space*. New York: Springer.

Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (2012): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Eine Gebrauchsanleitung. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.), *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien: Facultas, 9–18.

Krüger, Timmo (2015): *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung: die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*. Bielefeld: Transcript.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2012): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.

Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie (Jürgen Habermas, John Dryzek, Amy Gutmann/Dennis Thompson). In: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer.

Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer.

Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2016): Zeitgenössische empirische Demokratietheorie: Eine Einführung. In: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorien. Band 2: Empirische Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer, 7–20.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1974): *Lenin Werke 25*. Berlin: Dietz.

Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review*, 53 (1), 69–105.

Litfin, Karen (Hrsg.) (1998): *The greening of sovereignty in world politics*. Cambridge: MIT Press.

- Lösch, Bettina (2004): *Deliberative Politik. Öffentlichkeit, Demokratie und politische Partizipation*. Hamburg: Universität für Wirtschaft und Politik. Text abrufbar unter: <https://d-nb.info/97250947X/34> (Zugriff am 26.3.2020).
- Ludwig, Christian (2013): *Kritische Theorie und Kapitalismus. Die jüngere Kritische Theorie auf dem Weg zu einer Gesellschaftstheorie*. Wiesbaden: Springer.
- Mair, Peter (2013): *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*. London/New York: Verso.
- Marx, Karl (1960): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: MEW Band 8. Berlin: Dietz, 111–207.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. Berlin: Dietz-Verlag.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1977): *Das Kommunistische Manifest*. In: MEW Band 4. Berlin: Dietz.
- Massarrat, Mohssen (2006): *Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit: Perspektiven zu revolutionären Reformen*. Hamburg: VSA-Verl.
- Mausfeld, Rainer (2018): *Warum schweigen die Lämmer? wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören*. Frankfurt am Main: Westend.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2015): *Demokratie und Krise: zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer.
- Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (Hrsg.) (2013): *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag. Text abrufbar unter: <http://public.ebookcentral.proquest.com/choice/publicfullrecord.aspx?p=1660219> (Zugriff am 15.5.2020).
- Michael Th., Greven (2009): *War die Demokratie jemals „modern“? Oder: des Kaisers neue Kleider*. In: *Berliner Debatte Initial*, 20 (3), 67–73.
- Millennium Ecosystem Assessment (2005): *Ecosystems and Human Well-being: Synthesis*. Washington, D.C: Island Press.
- Mitchell, Timothy (2011): *Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*. London/ New York: Verso.
- Moore, Hilary/Russell, Joshua Kahn (2011): *Organizing Cools the Planet: Tools and Reflections to Navigate the Climate Crisis*. Oakland: PM Press.
- Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox*. Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik: die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Martin U. (2020): *Beispielloser Einbruch der Passagierzahlen an deutschen Flughäfen*. SPIEGEL ONLINE. Text abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-einbruch-der-passagierzahlen-an-deutschen-flughafen-a-b8a61ec4-169c-4546-a3b0-e62fa14b4ff6> (Zugriff am 18.4.2020).

Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (Hrsg.) (1995): *New politics*. Aldershot: Dartmouth.

Nalau, Johanna/Handmer, John (2015): When Is Transformation a Viable Policy Alternative? In: *Environmental Science & Policy*, 54, 349–356.

NEF (2010): *The Great Transition*. London: NEF (New Economics Foundation).

Nier, Hedda (2017): Jede zehnte Frau in Europa erfährt sexuelle Gewalt. Statista. Text abrufbar unter: <https://de.statista.com/infografik/11538/jede-zehnte-frau-in-europa-erfaehrt-sexuelle-gewalt/> (Zugriff am 18.4.2020).

Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie. In: *juridikum*, 1 (2013), 76–86.

O'Brien, Karen (2012): Global Environmental Change II: From Adaptation to Deliberate Transformation. In: *Progress in Human Geography*, 36 (5), 667–676.

O'Brien, Karen/Sygna, Linda (2013): *Responding to Climate Change: The Three Spheres of Transformation*. University of Oslo. Text abrufbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Karen_Obrien6/publication/309384186_Responding_to_climate_change_The_three_spheres_of_transformation/links/581ae2c308ae3c82664c4227/Responding-to-climate-change-The-three-spheres-of-transformation.pdf (Zugriff am 27.8.2019).

O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. (1986): *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

OECD (2011): *Towards Green Growth*. OECD.

Oxfam (2020): *Im Schatten der Profite. Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft*. Berlin: Oxfam Deutschland. Text abrufbar unter: https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutsch_schatten-der-profite.pdf (Zugriff am 18.4.2020).

Park, Sarah/Marshall, Nadine/Jakku, Emma/Dowd, Annemarie/Howden, Mark/Mendham, Emily/Fleming, Aysha (2012): Informing Adaptation Responses to Climate Change through Theories of Transformation. In: *Global Environmental Change*, 22 (1), 115–126.

Pelling, Mark (2011): *Adaptation to Climate Change. From Resilience to Transformation*. London/New York: Routledge.

Pichler, Melanie/Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2018): The Double Materiality of Democracy in Capitalist Societies: Challenges for Social-Ecological Transformations. In: *Environmental Politics*, Text abrufbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644016.2018.1547260> (Zugriff am 2.4.2020).

Piketty, Thomas (2016): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.

Plumwood, Val (1995): Has Democracy Failed Ecology? An Ecofeminist Perspective. In: *Environmental Politics*, 4 (4), 134–168.

Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation*. New York/Toronto: Farrar & Rinehart, Inc.

- Polanyi, Karl (2017): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Berlin: Suhrkamp.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Rancière, Jacques (1997): *Demokratie und Postdemokratie*. In: Riha, Rado/Badiou, Alain (Hrsg.), *Politik der Wahrheit*. Wien: Turia + Kant, 94–122.
- Raskin, Paul D./Electris, Christi/Rosen, Richard A. (2010): *The Century Ahead: Searching for Sustainability*. In: *Sustainability*, 2 (8), 2626–2651.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge: Harvard University Press.
- Reißig, Rolf (2014): *Transformation - ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf*. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 50–100.
- Reißig, Rolf (2016): *Gesellschaftstransformation heute - gewonnene Erkenntnisse, neue Herausforderung und ungelöste Fragen*. In: Brie, Michael/Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.), *Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs*. Münster: LIT.
- Repucci, Sarah (2020): *A Leaderless Struggle for Democracy*. Freedom House. Text abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2020/leaderless-struggle-democracy> (Zugriff am 15.4.2020).
- Rest, Jonas (Hrsg.) (2011): *Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reus-Smit, Christian (1996): *The normative structure of international society*. In: Hampson, Fen Osler/Reppy, Judith (Hrsg.), *Earthly Goods: Environmental Change and Social Justice*. Ithaca/New York: Cornell University Press, 96–121.
- Reybrouck, David van (2016): *Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*. Göttingen: Wallstein.
- Rilling, Rainer (2014): *Transformation als Futuring*. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 12–48.
- Robbins, Paul (2004): *Political Ecology. A Critical Introduction*. Malden MA: Blackwell.
- Rutherford, Paul (1999): *Ecological modernisation and environmental risk*. In: Darier, Éric (Hrsg.), *Discourses of the Environment*. Oxford: Blackwell, 96–118.
- Rutherford, Stephanie (2007): *Green Governmentality: Insights and Opportunities in the Study of Nature's Rule*. In: *Progress in Human Geography*, 31 (3), 291–307.
- Rutherford, Stephanie (2017): *Environmentality and Green Governmentality*. In: Richardson, Douglas/Castree, Noel/Goodchild, Michael F./Kobayashi, Audrey/Liu, Weidong/Marston, Richard A. (Hrsg.), *International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology*. Oxford: John Wiley & Sons, 1–5.

Sackmann, Christoph (2020): Schutzmasken statt Sportwagen: Autobauer wechseln in Corona-Krise die Branche. FOCUS Online. Text abrufbar unter: https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/weltweite-umstellung-schutzmasken-statt-sportwagen-autobauer-wechseln-in-corona-krise-die-branche_id_11795553.html (Zugriff am 18.4.2020).

Sandel, Michael J. (1995): Liberalismus oder Republikanismus. Von der Notwendigkeit der Bürgertugend. Wien: Passagen.

Schaal, Gary S. (2016): Der aktuelle Diskurs über die Krise der Demokratie. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10 (3–4), 371–390.

Schaffar, Wolfram (2019): Globalisierung des Autoritarismus. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Text abrufbar unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40874/globalisierung-des-autoritarismus/> (Zugriff am 20.11.2019).

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/ Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.

Schneidewind, Uwe (2018): Die große Transformation: eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main: Fischer.

Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York/London: Harper.

Shah, Sameer H/Rodina, Lucy/Burt, Jenn M/Gregr, Edward J/Chapman, Mollie/Williams, Steve/Wilson, Nicole J/McDowell, Graham (2018): Unpacking Social-Ecological Transformations: Conceptual, Ethical and Methodological Insights. In: *The Anthropocene Review*, 5 (3), 250–265.

Shearman, David J. C./Smith, Joseph W. (2007): *The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy*. Westport: Praeger Publishers.

Shove, Elizabeth (2010): Social Theory and Climate Change. In: *Theory, Culture & Society*, 27 (2–3), 277–288.

Smit, Barry/Pilifosova, Olga (2001): Adaptation to Climate Change in the Context of Sustainable Development and Equity. In: McCarthy, James J./Canziani, Osvaldo F./Leary, Neil A./Dokken, David J./White, Kasey S. (Hrsg.), *Climate Change 2001. Impacts, Adaption, and Vulnerability*. Cambridge et al.: Cambridge University Press, 877–912.

Statista (2019b): BIP in Deutschland: Wirtschaftswachstum bis 2020. Text abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74644/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-deutschland/> (Zugriff am 17.11.2019).

Statista (2019c): USA - Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2024. Text abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/> (Zugriff am 17.11.2019).

Statista (2019a): Weltweites Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 bis 2018. Text abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/> (Zugriff am 17.11.2019).

Steffen, Will/Broadgate, Wendy/Deutsch, Lisa/Gaffney, Owen/Ludwig, Cornelia (2015): The Trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. In: *The Anthropocene Review*, 2 (1), 81–98.

Steinert, Heinz (2007): Das Verhängnis der Gesellschaft und das Glück der Erkenntnis: Dialektik der Aufklärung als Forschungsprogramm. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sterbling, Anton (2015): Wege der Modernisierung und Konturen der Moderne im westlichen und östlichen Europa. Wiesbaden: Springer.

Stoker, Gerry (2006): Why Politics Matters: Making Democracy Work. London: Palgrave.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Subramanian, Meera (2019): Anthropocene Now: Influential Panel Votes to Recognize Earth's New Epoch. In: *Nature* (21.5.2019), Text abrufbar unter: <https://www.nature.com/articles/d41586-019-01641-5> (Zugriff am 2.3.2020).

The Economist Intelligence Unit (2019): Democracy Index 2018: Me too? Political participation, protest and democracy. A report by The Economist Intelligence Unit. The Economist. Text abrufbar unter: http://pages.eiu.com/rs/753-RIQ-438/images/Democracy_Index_2018.pdf (Zugriff am 15.4.2020).

Thomas, Michael (2016): Im Schatten der Großen Transformation - Orientierungssuche im offenen Gelände. In: Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.), Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs. Münster: LIT, 13–40.

Ultsch, Christian (2018): Die Krise der liberalen Demokratie. Die Presse. Text abrufbar unter: <http://www.diepresse.com/5547089/die-krise-der-liberalen-demokratie> (Zugriff am 18.11.2019).

UNEP (2009): Marine litter: a global challenge. Nairobi: UNEP (United Nations Environment Programme). Text abrufbar unter: [https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/7787/-Marine%20Litter_%20A%20Global%20Challenge%20\(2009\)-2009845.pdf?sequence=3&%3BisAllowed=](https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/7787/-Marine%20Litter_%20A%20Global%20Challenge%20(2009)-2009845.pdf?sequence=3&%3BisAllowed=) (Zugriff am 15.4.2020).

UNEP (2011a): Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. UNEP. Text abrufbar unter: https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/9816/-Decoupling:%20natural%20resource%20use%20and%20environmental%20impacts%20from%20economic%20growth%20-2011Decoupling_1.pdf?sequence=3&%3BisAllowed= (Zugriff am 27.8.2019).

UNEP (2011b): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication - A Synthesis for Policy Maker. Nairobi: UNEP (United Nations Environment Programme).

UNESCO, (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization/ISSC, (International Social Science Council/OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development (2013): World Social Science Report 2013: Changing Global Environments. Paris: UNESCO Publishing.

UNFCCC (2018): Solidarity and Just Transition Silesia Declaration. UNFCCC. Text abrufbar unter: https://cop24.gov.pl/fileadmin/user_upload/Solidarity_and_Just_Transition_Silesia_Declaration_2_.pdf (Zugriff am 4.9.2019).

Unmüßig, Barbara (2018): Die Grüne Ökonomie. Eine Kritik. In: Becker, Maximilian/Reinicke, Mathilda (Hrsg.), *Anders wachsen! Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und Ansätzen einer Transformation*. München: oekom, 79–94.

Unmüßig, Barbara/Fatheuer, Thomas/Fuhr, Lili (2015): Kritik der Grünen Ökonomie. München: oekom. Text abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2015120512> (Zugriff am 15.5.2020).

UNO (2012): The Future we want. Outcome document of the United Nations Conference on Sustainable Development. UNO. Text abrufbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/733FutureWeWant.pdf> (Zugriff am 26.8.2019).

UNO (2015): *Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*. Rom: United Nations.

UNO (2017): *The New Urban Agenda*. Rom: United Nations. Text abrufbar unter: <http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-English.pdf> (Zugriff am 11.9.2019).

UNO Flüchtlingshilfe, U. N. O. (2020): *Flucht nach Europa*. Text abrufbar unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer/> (Zugriff am 18.4.2020).

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 5 (2009).

Vogel, Steven (1996): *Against nature: the concept of nature in critical theory*. Albany: State University of New York Press.

Voigt, Rüdiger (2000ff.): *Staatsverständnisse*. Baden-Baden: Nomos.

WBCSD (2010): *Vision 2050. A new agenda for business*. Geneva: WBCSD.

WBGU, (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) (Hrsg.) (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.

WCED (1987): *Our Common Future*. Oxford; New York: Oxford University Press.

Weber, Barbara (2018): Erfolgsmodell Demokratie - Eine Staatsform in der Krise. Deutschlandfunk. Text abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/erfolgsmodell-demokratie-eine-staatsform-in-der-krise.1148.de.html?dram:article_id=436189 (Zugriff am 18.11.2019).

Weis, Laura/Becker, Sören/Naumann, Matthias (2015): *Energiedemokratie. Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what States make of it. *The Social Construction of Power Politics*. In: *International Organization*, 46 (2), 391–425.

Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2010): *The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger*. New York: Bloomsbury Press.

Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript-Verlag.

- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2010): Intersektionalität: zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript.
- Wissen, Markus (2008): Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt. In: Demirović, Alex (Hrsg.), Kritik und Materialität. Münster: Westfälisches Dampfboot, 73–88.
- Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates: Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wissen, Markus (2016): Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex (Hrsg.), Transformation der Demokratie – demokratische Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, 48–66.
- Wissenburg, Marcel (1998): Green Liberalism: The Free And The Green Society. London: Routledge.
- Wolin, Sheldon S. (2001): Tocqueville between Two Worlds: The Making of a Political and Theoretical Life. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Wolin, Sheldon S. (2008): Democracy Incorporated: Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism. Princeton: Princeton Univers. Press.
- Young, Iris Marion (2010): Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Zakaria, Fareed (2007): Das Ende der Freiheit. Wieviel Demokratie verträgt der Mensch? München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Zeiler, Moritz (2017): Materialistische Staatskritik: eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling.
- Zolo, Danilo (1992): Democracy and Complexity: A Realist Approach. University Park: Pennsylvania State University Press.

10 Anhang

Abstract Deutsch

In dieser Masterarbeit werden anhand des Vergleichs dreier sozialwissenschaftlicher Ansätze, die Zusammenhänge von Demokratie und Ökologie untersucht und nach Möglichkeiten der Bearbeitung der „doppelten Herausforderung“ von demokratischer und ökologischer Krise im Kontext der sozial-ökologischen Transformation gefragt. Die analysierten Ansätze sind dabei Ingolfur Blühdorns „Simulative Demokratie“, Robyn Eckersleys Ausführungen zum „Green State“, sowie die Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie. Die Analyse der Ansätze erfolgt zentral anhand von vier Analysekatoren: des Demokratieverständnisses der Ansätze, deren Staatsverständnisses, des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur und des Transformationsbegriffes. Beim Vergleich der Ansätze werden einerseits Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ansätze erarbeitet, andererseits werden auch die Perspektiven auf die „doppelte Herausforderung“ und der sozial-ökologischen Transformation diskutiert. Damit möchte diese Masterarbeit einen Beitrag zu den wissenschaftlichen Debatten über die sozial-ökologische Krise und Transformation leisten.

Abstract English

In this master's thesis, the connections between democracy and ecology are investigated by comparing three social science approaches and by searching for ways to deal with the "double challenge" of democratic and ecological crisis in the context of socio-ecological transformation. The analysed approaches are Ingolfur Blühdorn's "Simulative Democracy", Robyn Eckersley's remarks on the "Green State", and the perspectives of critical social theory. The analysis of the approaches is based on four central categories: the understanding of democracy, the understanding of the state, the relationship between society and nature, and the concept of transformation. By comparing these approaches, commonalities and differences between the approaches are elaborated. On the other hand, the perspectives on the "double challenge" and the socio-ecological transformation are discussed. In this way, this master's thesis aims to contribute to the scientific debates on the social-ecological crisis and transformation.